

Handelsblatt



Brüssel
Diese Köpfe rangeln um die Top-Jobs in der EU-Kommission.
▶ 13

Innovationen
US-Mobilfunker ringen um ein Weltraumnetz für Smartphones.
▶ 24

Finanzen
Warum der starke Yen eine Chance für Anleger ist.
▶ 36

Pawel Durow
Der Telegram-Gründer wurde in Paris festgenommen.
▶ 21

Vorteil für Chinas Airlines

Wegen des Ukrainekriegs müssen europäische Fluggesellschaften um Russland herumfliegen, chinesische nutzen die alte Route – und bauen ihr Angebot aus.

Flüge Richtung Asien werden für europäische Fluggesellschaften immer mehr zu einem Problem. Seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine müssen sie Russland umfliegen, was die Flugzeiten verlängert und die Verbindungen immer teurer macht. Die staatlichen chinesischen Airlines dagegen fliegen weiter auf der alten Route – und bauen ihr Angebot Richtung Europa massiv aus. Das belegen Daten des Dienstleisters Cirium, die das Handelsblatt ausgewertet hat.

Chinesische Fluggesellschaften haben demnach ihr Sitzplatzangebot zwischen europäischen und asiatischen Metropolen im August gegenüber 2019 um gut 30 Prozent erhöht. Berücksichtigt wurden dabei Frankfurt, München, London und Paris auf der einen sowie Peking und Shanghai auf der anderen Seite. In der gleichen Zeit haben Lufthansa,

30

Prozent
mehr Sitze als noch 2019 bieten chinesische Airlines auf den Strecken Richtung Europa an.
Quelle: Cirium

British Airways und Air France ihre Kapazität um fast 40 Prozent reduziert.

Durch das wachsende chinesische Sitzplatzangebot auf den Strecken sinken nun die Preise. Was Passagiere freut, belastet die europäischen Airlines: Für sie lohnen sich viele Flüge nicht mehr. British Airways setzt deshalb ab Oktober die Strecke von London nach Peking aus, Virgin Atlantic streicht die Verbindung nach Shanghai.

Lufthansa wiederum setzt auf die Politik. Der Konzern beschwert sich schon länger, dass steigende Gebühren und Klimaauflagen den Wettbewerb verzerren würden. Dazu käme nun der zunehmende Wettbewerb aus China, mahnt der Konzern: „Darauf muss die Politik in Deutschland und Europa neue industriepolitische Antworten finden.“ ▶ Fortsetzung auf Seite 4



Märkte

↑ **Dax**
18.633 Pkt.
+0,76 %

↑ **MDax**
25.197 Pkt.
+0,92 %

→ **TecDax**
3.342 Pkt.
+0,16 %

↑ **E-Stoxx 50**
4.909 Pkt.
+0,50 %

↑ **Dow Jones**
41.175 Pkt.
+1,14 %

↑ **Nasdaq**
17.878 Pkt.
+1,47 %

↑ **S&P 500**
5.635 Pkt.
+1,15 %

↑ **Nikkei**
38.364 Pkt.
+0,40 %

↑ **Euro/Dollar**
1,1192 US\$
+0,72 %

↑ **Gold**
2.512,59 US\$
+1,12 %

↑ **Öl**
81,05 US\$
+1,80 %

Dax Gewinner

1 **Siemens Energy**
+2,71 %
25,75 €

2 **Heidelberg Materials**
+1,84 %
94,28 €

3 **Vonovia**
+1,83 %
30,54 €

Verlierer

1 **Porsche Vz.**
-0,74 %
69,82 €

2 **SAP**
-0,47 %
195,62 €

3 **Qiagen**
-0,33 %
42,19 €

Schlusskurs Freitag

Proofing

Wirtschaft wappnet sich für Trump 2.0

Auch wenn die demokratische US-Präsidentenskandidatin Kamala Harris derzeit viel Zuspruch erhält, betreiben deutsche Wirtschaftsverbände weiterhin sogenanntes Trump-Proofing. Sie beraten also ihre Mitglieder in der Frage, wie sie sich auf eine zweite Amtszeit von Donald Trump vorbereiten können. In einer umfassenden Analyse des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) heißt es: Sollte Trump die Wahlen 2024 in den USA gewinnen, „erwarten wir eine Neuordnung der US-Handelspolitik, die erhebliche Auswirkungen auf die europäischen Maschinen- und Anlagenbauer haben wird.“ ▶ 8

Immobilien

Vonovia vor Verkauf der Pflegesparte

Der im Dax notierte Immobilienkonzern Vonovia steht nach Informationen des Handelsblatts vor dem Verkauf seiner Pflegesparte, und zwar in Einzelteilen. Den Bochumern gehören bei einem Teil dieses Portfolios nicht nur die Immobilien, sie betreiben auch die Pflegeheime. Erst vor drei Jahren war die Sparte durch die Übernahme des Wettbewerbers Deutsche Wohnen Teil des Unternehmens geworden, verlor seither jedoch erheblich an Buchwert. Der Kaufpreis für die Deutsche Wohnen von 19 Milliarden Euro hatte bei Vonovia die Verschuldung steil nach oben getrieben. ▶ 22

US-Geldpolitik

Fed-Chef sorgt für Optimismus

Der Chef der US-Notenbank Fed, Jerome Powell, hat den Weg für eine lange erwartete Zinssenkung in den USA endgültig frei gemacht und damit für gute Stimmung an den Börsen gesorgt. „Es ist an der Zeit, die Geldpolitik anzupassen“, hatte Powell auf der Notenbanktagung in Jackson Hole im US-Bundesstaat Wyoming betont. Alle wichtigen Indizes an der Wall Street zogen nach der Rede Powells an. Völlig offen bleibt indes der Umfang der wahrscheinlichen Zinssenkung bei der nächsten Sitzung der Fed am 18. September. ▶ 30

Haftbefehl gegen Terrorverdächtigen

Nach der Messerattacke von Solingen hat der Bundesgerichtshof am Sonntag einen Haftbefehl gegen den mutmaßlichen Täter erlassen. Der 26 Jahre alte Syrer war zuvor per Hubschrauber nach Karlsruhe gebracht worden. Der Generalbundesanwalt ermittelt wegen Terrorverdachts. Unter anderem wird geprüft, ob Verbindungen zur Terrororganisation Islamischer Staat bestehen, die sich zu der Tat bekannt hat. CDU-Chef Friedrich Merz forderte, keine weiteren Flüchtlinge mehr aus Syrien und Afghanistan aufzunehmen und in beide Länder auch wieder abzuschließen. ▶ 6, 17



Hisbollah attackiert mit Raketen Ziele in Israel

Israel reagiert mit Luftschlägen und will so weitere Islamisten-Angriffe vereiteln haben.

Die islamistische Hisbollah-Miliz im Libanon hat am Sonntag in großem Stil israelische Ziele mit Raketen und Drohnen beschossen. Israel verhängte den Ausnahmezustand und reagierte seinerseits mit massiven Luftangriffen im Libanon. Nach Armeeangaben wurden so Stellungen der Hisbollah zerstört, bevor diese Raketen abfeuern konnten. Das heftige Feuergefecht war Teil der Vergeltung, die die vom Iran unterstützte Hisbollah nach der Tötung eines ihrer ranghohen Kommandeure Ende Juli angekündigt hatte. ▶ 7

Industrie baut immer größere Autos

VW, BMW und Mercedes setzen auf schwere Autos – was Straßen und Brücken verschleißt.

Das Gewicht von Autos nimmt immer weiter zu. Die Fahrzeuge deutscher Hersteller wurden im vergangenen Jahrzehnt um bis zu 19 Prozent schwerer. Grund dafür ist die große Nachfrage nach SUVs, aber auch der Trend zu Elektromobilität verschärft das Problem: Mit größeren Batterien erzielen Hersteller bessere Reichweiten, sie machen die Autos aber auch schwerer. Das belastet die Infrastruktur: Ein zwei Tonnen schwerer Pkw beschädigt die Straßen 16 Mal so stark wie ein halb so schweres Fahrzeug. ▶ 20

Das Problem: Mit größeren Batterien erzielen Hersteller bessere Reichweiten, sie machen die Autos aber auch schwerer. Das belastet die Infrastruktur: Ein zwei Tonnen schwerer Pkw beschädigt die Straßen 16 Mal so stark wie ein halb so schweres Fahrzeug. ▶ 20

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 € / 4,50 € Frankreich 4,20 € / 4,50 € Großbritannien 4,00 GBP / 5,00 GBP Schweiz 5,50 CHF / 6,50 CHF Polen 23,00 PLN / 27,00 PLN

Monatsabonnententel: 0211 987 3602
Handelsblatt Print + Premium: 79,88 Euro
Handelsblatt Print + Premium: 79,88 Euro
www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice
Tel. 0211 987 3602
kundenservice@handelsblatt.com

10035
4 190253 103507

PREIS 3,50 €

G 02531

Handelsblatt

Thema des Tages

Airlines Wegen des Ukrainekriegs müssen europäische Fluggesellschaften um Russland herumfliegen, chinesische nutzen die alte Route – und bauen ihr Angebot aus. ▶ 1, 4

Politik

Angriff in Solingen CDU-Chef Merz fordert einen Aufnahmestopp für Syrer und Afghanen. Mit Messer verboten sei es nicht getan. ▶ 6

Nahost Israel und die Hisbollah-Miliz liefern sich ein heftiges Feuergefecht. Verhandler wollen eine Eskalation im Gazakrieg weiter verhindern. ▶ 7

US-Wahl Auch wenn Kamala Harris derzeit viel Zuspruch erntet: Ein Wahlsieg von Donald Trump ist möglich. Verbände warnen vor einer „Neuordnung der Handelspolitik“. ▶ 8

Landtagswahlen Eine Woche vor der Wahl in Sachsen und Thüringen wirbt die SPD in einem Papier für ihre Rentenpolitik. Damit reagiert sie auf jüngste Äußerungen von CDU-Chef Friedrich Merz. ▶ 9

Taiwan Eine Fernsehserie aus Taiwan schildert die mögliche chinesische Invasion. Manche halten dies für nötige Aufklärung, andere für Panikmache. ▶ 10

Beyond the obvious Die Kosten der Energiewende dürfen nicht vertuscht werden. Die Umstellung auf erneuerbare Energien ist unnötig teuer. Die Strompreise sind nicht wettbewerbsfähig, die Versorgungssicherheit ist gefährdet. ▶ 11

EU-Kommission Die EU-Mitgliedstaaten nominieren Kandidaten für die Posten als Kommissare. Wer die besten Chancen hat. ▶ 13

Unternehmen

Soziale Medien Pawel Durow, der in Frankreich verhaftete Gründer des Messenger-Diensts Telegram, kritisiert Russland – das ihm jetzt helfen will. ▶ 21

Immobilien Vonovia will die Pflegeparte verkaufen. Der Immobilienkonzern steuert auf einen wichtigen Deal zu. Doch es gibt einen bitteren Beigeschmack. ▶ 22



dpa

Ukraine-Krieg Die Verteidigung von Kursk hat für Moskau keine Priorität.

×



Künstliche Intelligenz US-Wahlkampf: Die Macht der manipulierten Bilder.

26



PR/carsized

Mercedes, BMW, Volkswagen Autohersteller im Größenrausch – mit unerwünschten Folgen.

20

In dieser Ausgabe

Namensindex	Gruber, Oliver.....28	Nannen, Jan-Oliver28	Stamatelopoulos, Georg27	AST Space Mobile.....24	Estée Lauder.....38	Seven & I37
Adair, Andrew8	Haniija, Ismail.....7	Navarro, Peter8	Stanowaja, Tatjana.....12	AT&T.....24	Globalstar25	Seven-Eleven37
Austin, Lloyd.....7	Harris, Kamala.....1, 8, 26	Netanjahu, Benjamin7	Summers, Larry.....31	Bain Capital23	Google.....24, 27	Shein.....28
Biden, Joe.....26	Hoekstra, Wopke.....13	Niggemann, Michael.....4	Swift, Taylor26	BayernLB40	HSBC.....40	SK Hynix.....23
Bouhmidi, Salah.....38	Holzappel, Helmut20	Okamura, Kei.....37	Timmermans, Frans13	Beiersdorf38	Huawei18	SK Telecom23
Breton, Thierry.....13	Jaecker, Stefan31	Pelosi, Nancy.....10	Trimble, Grady26	Berylls by AlixPartners.....21	Kioxia.....23	SpaceX24
Brunner, Magnus.....13	Köll, Jesper36	Powell, Jerome30, 40	Trittin, Jürgen11	BMW20	KKR31	TAG Immobilien40
Buch, Rolf.....22	Köpping, Petra.....9	Putin, Wladimir12	Trump, Donald1, 8, 26	British Airways.....4	KLM4	Temu.....28
Burgard, Jan21	Krebber, Markus20	Ribera, Teresa13	Tusk, Donald13	Britvic.....31	L'Oréal38	Tesla18, 21, 27
Bush, George.....27	Lai Ching-te17	Schemionek, Christoph8	Xi Jinping13	BYD18	LBBW40	T-Mobile US.....24
Cook, Tim.....25	Lange, Bernd9	Schiller, Markus.....31	von der Leyen, Ursula18	Bytedance.....18	Lingo Telecom.....26	Tokyo Electron37
Djir-Sarai, Bijan.....9	Lewis, Michael.....27	Schmidt, Eric27	Weber, Valentin18	Carlsberg31	Lufthansa.....4	Toshiba.....23
Dombrowskis, Valdis.....9, 13	Libman, Alexander12	Scholz, Olaf.....9	Wilders, Geert13	China Eastern.....4	Mercedes-Benz.....20	Toyota36
El-Erian, Mohamed.....31	Lighthizer, Robert8	Schukr, Fuad7	Woidke, Dietmar.....9	China Southern4	Nio.....18	Travelite.....28
Etzioni, Oren.....26	Lindner, Christian13	Serafin, Piotr.....13	Xi Jinping10	Datasite.....31	Nomura36	Turkish Airways.....5
Fink, Naomi.....37	Lo Ging-zim10	Shen, Puma10	Yong Luo4	DC Advisory31	Opel.....20	Uniper27
Fitto, Raffaele13	Maier, Georg9	Shirai, Sayuri.....36	Unternehmensindex	Delta.....4	Pepsico.....31	Verizon24
Galant, Joaw.....7	Matsuzawa, Naka.....36	Siluanov, Anton12	Advantest.....37	Deutsche Telekom.....24	Qatar Airways5	Vodafone25
Geshev, Nedko.....38	Meloni, Giorgia13	Slater, Adam36	Air China4	Deutsche Wohnen.....22	Rebellions23	Volkswagen.....18
Gruber, Alfred29	Merz, Friedrich9	Spahn, Jens9	Air France.....4	Emirates.....5	RWE.....27	Vonovia.....22
	Miller, Gregory.....26	Spohr, Carsten.....4	Alimentation Couche-Tard37	EnBW27	Samsung Electronics23	Western Digital.....23
	Musk, Elon.....24, 26		Apple.....24	Encavis.....31	Sapeon Korea23	Xpeng18



Die wichtigsten News aus dem Handelsblatt-Korrespondentennetz



Brüssel

Verbände warnen vor einer „Neuordnung der Handelspolitik“, wenn Donald Trump wieder US-Präsident wird. ▶ 8

Taipeh

Eine Fernsehserie aus Taiwan schildert die mögliche chinesische Invasion. Manche halten dies für nötige Aufklärung, andere für Panikmache. ▶ 10

Moskau

Statt die Verteidigung der Region Kursk intensiv anzugehen, scheint sich Moskau auf den Donbass zu konzentrieren. ▶ 12

Brüssel

Die EU-Mitgliedstaaten nominieren Kandidaten für die Posten als Kommissare. Wer die besten Chancen hat. ▶ 13

Riga

Telegram-Gründer Pawel Durov ist in Frankreich verhaftet worden, weil er sein soziales Netzwerk nicht ausreichend beaufsichtigt haben soll. ▶ 21

San Francisco

US-Mobilfunker bauen einen Markt für Satelliten-Internet auf. Ein Milliardenmarkt lockt. ▶ 24

San Francisco

Im Kampf um die US-Präsidentschaft spielen Manipulationen mit Künstlicher Intelligenz eine immer größere Rolle. ▶ 26

Tokio

Der Anstieg des Yen lässt die Kurse von Exportkonzernen sinken. Doch Gewinne sind weiterhin möglich. ▶ 26

KI-Boom Der Speicherchiphersteller Kioxia drängt an die Börse. Die frühere Chipsparte von Toshiba profitiert vom Hype um Künstliche Intelligenz und gehört heute zu den größten Herstellern. ▶ 23

Handelsblatt Insight Innovation US-Mobilfunker bauen einen Markt für Satelliten-Internet auf: Noch 2023 geht in den USA das erste Welt- raumnetz für Smartphones in Betrieb. Vorn dabei sind Elon Musk und die Deutsche Telekom. ▶ 24

Strom Berlin hat ein Konzept vorgelegt, um die Stromversorgung trotz Kohleausstiegs zu sichern. Doch viele Energiekonzerne wollen an Altbewährtem festhalten. ▶ 27

Oliver Gruber und Jan-Oliver Nannen im Interview Der Kofferhersteller Travelite hat die Produktion seiner Marke Titan zurück nach Deutschland geholt. Trotzdem sind sich die Geschäftsführer sicher, gegen Billigkonkurrenz bestehen zu können. ▶ 28

Finanzen

Jackson Hole Bei der Notenbankertagung in Jackson Hole in den USA sorgt Fed-Chef Powell für veränderte Koordinaten: Die Risiken verschieben sich von Rezession zu Inflation. ▶ 30

M&A Experten erwarten mehr Mega-Deals bis Jahresende. Die Bereiche Konsum und Energie boomen. Doch die Gesamtzahl der Transaktionen sinkt. ▶ 31

Geldanlage & Märkte

Yen Der Anstieg der japanischen Währung lässt die Kurse von Exportkonzernen sinken. Doch mit einer angepassten Strategie sind weiterhin Gewinne möglich. ▶ 36

Steuertipp Eine gesunde Frau kann bei einer Krankheit ihres Partners Untersuchungskosten steuerlich geltend machen. ▶ 37

Kosmetikaktien Kosmetikriesen mit Produkten für die tägliche Pflege sind einen Blick wert. ▶ 38

Altersvorsorge Die Bundesregierung will eine private Vorsorge mit börsennotierten Indexfonds (ETFs) und Aktien fördern. Eine Mehrheit der Deutschen will dies nutzen. ▶ 39

Märkte-Insight Nach der Ankündigung der Zinswende in den USA rücken Inflationsdaten in den Mittelpunkt. Aber auch die Zahlen des Chipkonzerns Nvidia werden die Anleger beschäftigen. ▶ 40

Meinung & Analyse

Wahlkampf Ein Harris-Moment für Deutschland: Olaf Scholz und Friedrich Merz sind die falschen Kandidaten für die Bundestagswahl. ▶ 16

Notenbanker Die USA treten auf Gaspedal, egal ob es um die Geld- oder die Fiskalpolitik geht. ▶ 17

Anschlag in Solingen Härtere Anti-Messer-Gesetze garantieren zwar keine Sicherheit, nötig sind sie aber trotzdem. ▶ 17

Gastkommentar



Deutschland muss lernen, das Risiko, das in vielen Bereichen von China ausgeht, entschlossen zu mindern.

Valentin Weber
Senior Research Fellow, DGAP

▶ 18

Anzeige

Handelsblatt
REAL ESTATE
JOURNEY

13/14
Nov
2024
BERLIN

Handelsblatt Jahrestagung

Real Estate

**Die Zukunft schläft nicht:
Künstliche Intelligenz, Wirtschaftsumbruch
und neue Assetklassen**

Dr. Nicole Haft-Zboril
Senior Vice President,
Real Estate Management, BMW

Iris Schöberl
Präsidentin, ZIA Zentraler
Immobilien Ausschuss

Dr. Klaus Bauknecht
Chefvolkswirt,
IKB Deutsche
Industriebank AG

Dr. Benjamin Schiller
Division Manager & Management
Board Member, IPAI

Jetzt anmelden:
live.handelsblatt.com/realestate

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

► Fortsetzung von Seite 1

Die Flüge gen Asien waren für die Manager europäischer Fluggesellschaften wie Lufthansa ein großer Hoffnungsträger. Zwar öffneten Länder wie China ihre Grenzen nach der Pandemie erst sehr spät wieder. Doch der Nachholeffekt werde dann ähnlich groß sein wie zuvor auf den Strecken Richtung Nordamerika, hatte Lufthansa-Chef Carsten Spohr vorhergesagt.

Das Asiengeschäft ist wichtig für die Lufthansa. Im Vorkrisenjahr 2019 verkaufte der Konzern fast ein Viertel der Sitzplatzkapazität in diesem Verkehrsgebiet. Asien steuerte rund 19 Prozent zu den Umsätzen aus dem Passagiergeschäft bei.

Doch es kam anders als von Spohr erwartet: Erst überfiel Russland die Ukraine, seitdem ist Fliegen über Russland für westliche Anbieter nicht mehr möglich. Dann bauten die Rivalen aus China ihr Angebot auch noch aus.

Europäische Fluggesellschaften können kaum dagegenhalten. Die direkte Verbindung zwischen Paris oder London nach Shanghai über Russland hat eine Länge von rund 9300 Kilometern. Die Route über die Türkei und Zentralasien kommt auf gut 10.400 Kilometer. Insider schätzen, dass die Umwege bei Lufthansa alleine 30 Prozent mehr Flotte und Personal binden. Dazu kommen die höheren Treibstoffkosten. Kurzzeitig könne man solche Umwege wirtschaftlich verschmerzen, sagt eine Führungskraft des Unternehmens. Doch der Krieg dauere nun schon zweieinhalb Jahre.

„In Asien haben wir das höchste Wachstum der Branche mit fast 28 Prozent, getrieben durch die großen chinesischen Fluggesellschaften“, sagte Michael Niggemann, Personalvorstand und vorübergehend auch für die Finanzen des Konzerns verantwortlich, vor einigen Wochen bei der Vorlage der Zahlen für das zweite Quartal. Nur stehen dem Plus an Passagieren, niedrigere Einnahmen gegenüber: Die Durchschnittserlöse in Asien sind mit einem Minus von fast zehn Prozent im zweiten Quartal so stark unter Druck geraten wie in keinem anderen Verkehrsgebiet.

China will wieder mehr Touristen ins Land holen

Der Blick auf die Details zeigt, wie stark Air China, China Eastern und China Southern nach Europa drängen. Auf der Verbindung zwischen London und Peking schicken sie laut den Zahlen von Cirium aktuell 41 Prozent mehr Sitze in den Verkauf als im vergleichbaren Zeitraum 2019. Hier fliegt neben Air China mittlerweile auch China Southern Airlines, die diese Strecke 2019 noch nicht im Programm hatten. Neu im Programm in London sind zudem Flüge von China Eastern nach Shanghai.

Wie groß der ökonomische Druck auf diesen Strecken ist, zeigt die Entscheidung von British Airways, aus wirtschaftlichen Gründen vorerst nicht mehr nach Peking zu fliegen. Als die Verbindung im vergangenen Jahr nach dreijähriger Pause wieder gestartet wurde, hatte das Management noch von einer der wichtigsten Verbindungen gesprochen.

Es ist kaum zu erwarten, dass der Druck nachlässt. Die chinesische Konkurrenz hat viel vor. China Eastern wolle eine Fluggesellschaft von Weltklasse werden, gibt das Management das strategische Ziel im jüngsten Geschäftsbericht vor. Dazu sollen die Partnerschaften mit Delta, Air France und KLM innerhalb der Allianz Skyteam gestärkt und ein „goldenes Dreieck des Luftverkehrs“ gebildet werden, das Asien, Nordamerika und Europa miteinander verbindet.



Air China und Lufthansa am Flughafen Frankfurt:
Die Rivalen aus China bauen ihr Geschäft aus.

Vorteil für Chinas Airlines

Auch Air China spricht von einer Luftfahrt-Gruppe von Weltklasse. „Der Fokus von Air China wird weiterhin darauf liegen, Langstreckenverbindungen in Europa, Amerika und Australien zu entwickeln“, sagte Luo Yong, General-Manager für das Marketing bei Air China, kürzlich. Zwar sind Air China und Lufthansa Partner und arbeiten etwa bei der Netzplanung und im Vertrieb zusammen. Das hilft dem deutschen Unternehmen dabei, in China präsent zu sein. An den Überkapazitäten ändert das allerdings nichts.

Der Wachstumshunger in der chinesischen Luftfahrt hat mehrere Gründe. Zum einen will die Regierung in Peking wieder mehr Touristen ins Land holen. Seit Ausbruch der Pandemie waren die Grenzen erst lange zu. Danach kam nur ins Land, wer langwierige Visa-Verfahren durchlaufen hatte.

Nun lockt der Staat die Bürger einiger europäischen Staaten, darunter Deutschlands, mit einer visumfreien Einreise von bis zu 15 Tagen. Ab diesem Monat können die Visa bei längeren Zeiträumen online beantragt werden, was Einreisen nach China weiter erleichtern soll.

Zum anderen haben chinesische Fluggesellschaften in der Pandemie nicht gekürzt. Um Flugzeuge in der Luft zu halten, wurden sogar Großraumjets im Inland eingesetzt. Anders als die Wettbewerber im Westen haben die Anbieter in China also nicht mit Kapazitäts- und Personalengpässen zu kämpfen, die in der Pandemie den Betrieb stark zurückgefahren haben. Deswegen können sie ihre Jets nun wieder auf internationale Strecken schicken.

Mittlerweile sind nicht nur die großen Drehkreuze von der starken Angebotserweiterung betroffen, von denen aus Lufthansa, Air France und British Airways ihre internationalen Strecken bedienen. Zunehmend werden auch etwas kleinere Flughäfen aus China angesteuert. So nahm China Eastern vor wenigen Wochen die Strecke von Shanghai nach Marseille neu ins Programm auf. Auch Venedig steht auf



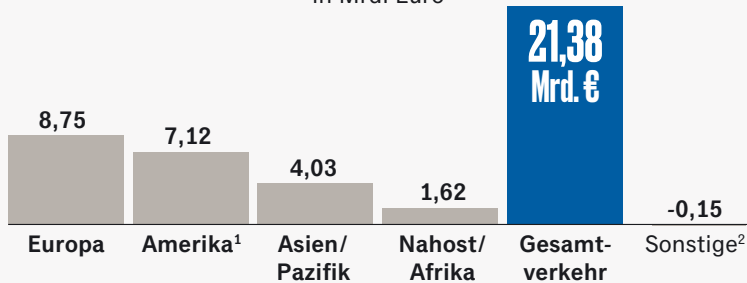
Lufthansa-Chef Spohr:
Das Chinageschäft ist wichtig für die deutsche Airline.

dem Plan. Von Guangzhou steuert das Unternehmen zudem Budapest an.

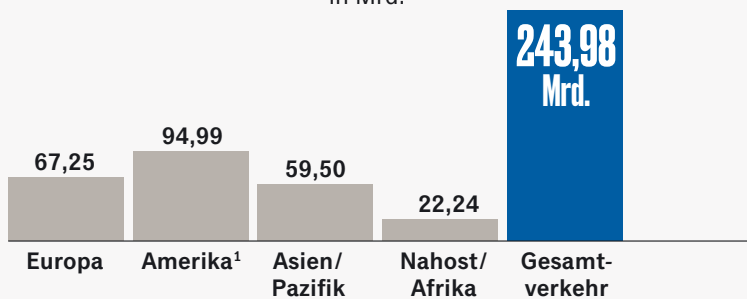
Auch auf Deutschland haben die Rivalen aus Fernost ein Auge geworfen. Ein Luftverkehrsabkommen regelt die Zahl der wöchentlich erlaubten Passagier- und Frachtflüge zwischen Deutschland und China. Bis vor Kurzem waren bis zu 55 Passagier- und bis zu 38 Frachtflüge pro Woche vereinbart. Während Lufthansa diese Zahl wegen des harschen Wettbewerbs nicht ausschöpft, wird aus China geflogen, was möglich ist. Auf den Strecken nach Shanghai sind Air China und China Eastern Airlines laut Cirium-Daten wieder auf dem Vorkrisenniveau

Lufthansa: Wachsender Wettbewerb aus China

Erlöse im Vorkrisenjahr 2019 nach Verkehrsgebieten in Mrd. Euro



Verkaufte Kapazität 2019 nach Verkehrsgebieten in Mrd.³



1) Nord- und Südamerika; 2) Unter anderem Kompensationen für Flugausfälle; 3) Summe aus Zahl der Sitze multipliziert mit den geflogenen Kilometern

Lufthansa, Aktienkurs in Euro



Zahl der angebotenen Sitze auf ausgewählten Nonstop-Flügen¹ 12.8. bis 26.8.2024

Verbindungen Deutschland - China			Zu 2019 ²
Lufthansa	41.546	↘	-32,4 %
Chinesische Airlines	54.868	↗	+6,9 %
Verbindungen Großbritannien - China			
British Airways/Virgin Atlantic	18.844	↘	-28,3 %
Chinesische Airlines	75.690	↗	+88,6 %
Verbindungen Frankreich - China			
Air France	20.878	↘	-54,2 %
Chinesische Airlines	48.882	↗	+7,7 %
EU-Airlines gesamt	81.268	↘	-39,1 %
China Airlines gesamt	179.440	↗	+31,1 %

1) Berücksichtigt sind die Flughäfen in Frankfurt und München sowie in den Großräumen London, Paris, Peking und Shanghai

HADELBLATT • Quellen: Cirium, Lufthansa Geschäftsbericht 2019, Bloomberg

von 2019. Richtung Peking bieten sie sogar mehr Sitze an als 2019.

Gerne würden sie noch mehr fliegen. Im März habe die chinesische Seite angefragt, die Kapazitäten im Passagierbereich zu erhöhen, sagte ein Sprecher des Verkehrsministeriums. Im Gegenzug wollte die deutsche Seite mehr Frachtverbindungen nach China.

Laut Verkehrsministerium hat China nun vier zusätzliche Flüge pro Woche im Sommer kommenden Jahres bekommen, vier weitere im darauffolgenden Herbst. Das sollen deutlich weniger sein als erhofft, berichten Brancheninsider. Deutsche Anbieter bekamen 17 zusätzliche Frachtflüge. Das Ministerium habe die Wettbewerbssituation und insbesondere Wettbewerbsvorteile chinesischer Luftfahrtunternehmen im Blick, sagte ein Sprecher: „Aus diesem Grund haben wir Sorge dafür getragen, dass die Erhöhung der Passagierflüge moderat ausfiel und zeitversetzt erst im nächsten Jahr stufenweise erfolgt.“

Die Zurückhaltung im Verkehrsministerium dürfte auch auf die Lobbyarbeit der Lufthansa zurückzuführen sein. „Europäische Airlines befinden sich mit China, ebenso wie mit den Fluggesellschaften vom Persischen Golf und Bosphorus, in einem extrem ungleichen Wettbewerb“, klagt eine Lufthansa-Sprecherin. Alle Airlines aus diesen Staaten würden von niedrigen Standortkosten, geringen sozialen Standards und hohen staatlichen Investitionen in den Luftverkehrssektor profitieren.

Die Situation erinnert an die der europäischen Autobranche. Auch sie spürt den Wettbewerb durch chinesische Hersteller bei E-Autos, die zum Teil vom Staat unterstützt werden. Die Branche will deshalb Lockerungen beim Verbrenner-Verbot.

Ab dem kommenden Jahr dürfte sich der Druck auf Lufthansa, Air France und British Airways noch mal erhöhen. Ab dann müssen sie nach den Plänen der EU-Kommission ihrem Flugbenzin eine kleine Menge des sehr teuren synthetischen Kerosins (SAF) beimischen.

Das belastet die Wirtschaftlichkeit der Strecken weiter. Und es ist ein Vorteil für den außereuropäischen Wettbewerb. Wenn Emirates, Qatar Airways oder Turkish Airways die Passagiere aus Deutschland über die eigenen Drehkreuze nach Asien bringt, müssen sie für die Strecke gen Asien ab Dubai, Doha oder Istanbul kein SAF tanken.

Lufthansa will die Mehrkosten auf die eigenen Kunden abwälzen und verlangt schon heute für Flüge, die ab Anfang 2025 stattfinden, eine Umweltgebühr. Damit könnte der Mehraufwand zwar zum Teil kompensiert werden. Die Zusatzkosten könnten aber auch dafür sorgen, dass der eine oder andere Kunde erst recht zur Konkurrenz wechselt. Martin Benninghoff, Jens Koenen, Josefine Fokuhl



Nach Attacke in Solingen

Merz fordert Aufnahmestopp für Syrer und Afghanen

Mit Messerverboten in Deutschland ist es nicht getan, meint der CDU-Chef nach dem Angriff von Solingen. Er fordert ein hartes Umsteuern in der Flüchtlingspolitik.

Getty Images



CDU-Chef Merz: Messer sind nicht das Problem, sondern die Personen, die sie nutzen.

Heike Anger, Frank Specht Berlin

Nach der tödlichen Messerattacke bei einem Volksfest in Solingen fordert CDU-Chef Friedrich Merz, keine Flüchtlinge mehr aus Syrien und Afghanistan aufzunehmen. „Es reicht“, schreibt der Politiker in der „Merz-Mail“ genannten wöchentlichen Botschaft an seine Anhänger und im Netzwerk „X“.

Er fordere Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf, „mit uns zusammen schnell Entscheidungen zu treffen, die konsequent darauf ausgerichtet sind, weitere Terroranschläge zu verhindern“, schreibt der Chef der größten Oppositionsfraktion. Dazu gehöre, nach Syrien und Afghanistan abzuschieben und keine Menschen mehr von dort aufzunehmen.

Bei dem Angriff am Freitag waren drei Menschen getötet und mehrere zum Teil schwer verletzt worden. Der Tatverdächtige, ein 26 Jahre alter Flüchtling aus Syrien, hatte wahllos auf seine Opfer eingestochen. Am Samstagabend stellte er sich der Polizei.

Am Sonntag kam der Tatverdächtige in Untersuchungshaft. Ein Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe habe Haftbefehl unter anderem wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) und wegen Mordes erlassen, teilte die Bundesanwaltschaft mit. Der IS reklamiert die Tat für sich. Sie sei aus „Rache für Muslime in Palästina und anderswo“ verübt worden, heißt es in einem Bekennerschreiben. Sollten sich die Verdächtigungen erhärten, dann sind Befürchtungen wahr geworden, dass sich die Gewalt eines Tages auch gegen Länder richten könnte, die Israel im Kampf gegen die islamistische Hamas und die libanesische Hisbollah-Miliz unterstützen.

AfD nutzt Messerattacke für den Wahlkampf

Eine Woche vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen könnte die Tat zudem der rechtspopulistischen AfD und dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) weiteren Auftrieb geben, die die Migrationspolitik der Bundesregierung scharf kritisieren. Laut einer Insa-Umfrage für die „Bild“-Zeitung liegt die AfD in beiden Bundesländern vorn. Nach jetzigem Stand wäre keine Regierungsmehrheit ohne Beteiligung des BSW oder der AfD möglich. Die AfD in Sachsen griff die Terrorattacke von Solingen direkt auf, wandte sich dabei



Überstellung des Tatverdächtigen nach Karlsruhe: Abschiebung gescheitert.

Wir lassen uns in solchen Zeiten nicht spalten, sondern stehen zusammen und lassen es auch nicht zu, dass ein solch furchtbarer Anschlag die Gesellschaft spaltet.

Nancy Faeser
Bundesinnenministerin



aber gegen die CDU, die in dem Bundesland mit Michael Kretschmer den Ministerpräsidenten stellt. Die CDU werde an der jetzigen Situation nichts ändern, schrieb die AfD im Netzwerk „X“. „Die CDU hat diese Situation bewusst zugelassen.“ Und sie mache in Brüssel weiter eine Politik der offenen Grenzen mit noch mehr Migration.

Neu entfacht wird auch die Debatte über schnellere Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern oder straffälligen Flüchtlingen. „Was jetzt erfolgen muss, ist die konsequente Abschiebung von Straftätern und islamistischen Gefährdern auch nach Syrien und Afghanistan“, sagte SPD-Co-Chefin Saskia Esken der „Rheinischen Post“.

Abschiebung von mutmaßlichem Täter von Solingen war geplant

Nach Medienberichten sollte der Tatverdächtige von Solingen im vergangenen Jahr eigentlich nach Bulgarien abgeschoben werden, weil sein Asylantrag abgelehnt worden war. Der Syrer war über Bulgarien in die Europäische Union eingereist.

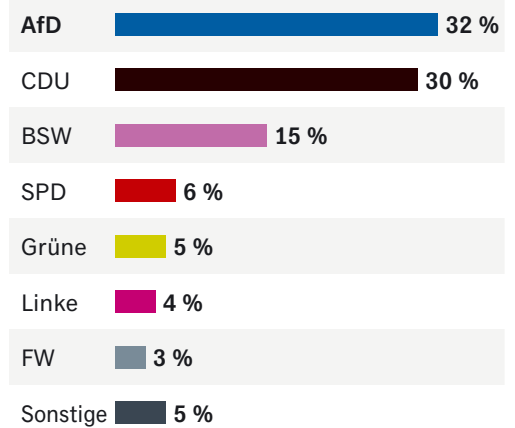
Da er zwischenzeitlich allerdings in Deutschland untergetaucht sei, sei die Abschiebung vorerst hinfällig gewesen, schrieb die „Welt“. Später sei der Syrer nach Solingen überstellt worden. Nach dem sogenannten Dublin-Abkommen ist in der Regel das Land für einen Asylantrag zuständig, das zuerst von einem Asylbewerber betreten wird.

Da es sich bei dem mutmaßlichen Terroranschlag von Solingen erneut um eine Messerattacke handelte, kommt Bewegung in die Debatte über ein strengeres Waffen-

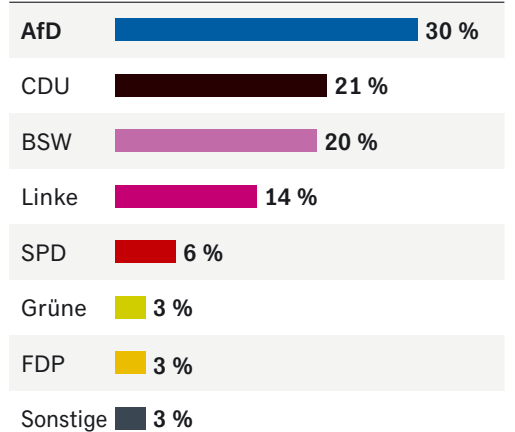
Landtagswahl-Umfrage

Wenn am nächsten Sonntag
Landtagswahl wäre ... Ergebnis in Prozent

Sachsen



Thüringen



1.000 Befragte, 19.8.–23.8.2024
HANDELSBLATT

Quellen: INSA/BamS, Wahlrecht.de

recht. Bislang sahen die Liberalen Vorschläge von Bundesinnenministerin Nancy Faeser zur Ausweitung eines Messerverbots kritisch.

Die SPD-Politikerin will durchsetzen, dass nur noch Messer bis zu einer Klingenlänge von sechs Zentimetern in der Öffentlichkeit mitgeführt werden dürfen. Bislang liegt die Grenze bei zwölf Zentimetern. Außerdem soll es strengere Regeln für gefährliche Springmesser geben.

IMAGO/Jacob Schröter

Getty Images

Zudem rief die Innenministerin die Kommunen auf, mehr Waffen- und Messerverbotzonen einzurichten. Die Länderpolizeien können zeitweise oder dauerhaft Waffenverbotszonen errichten, zum Beispiel für Großveranstaltungen. Auch Verfügungen der Bundespolizei etwa an Bahnhöfen sind möglich. Messer mit langen Klingen, Abwehrsprays oder Schreckschusswaffen werden damit verboten.

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) kündigte Verhandlungen an. „Wir werden nun in der Bundesregierung darüber beraten, wie wir den Kampf gegen diese Art der Messer-Kriminalität weiter voranbringen“, sagte er der „Bild am Sonntag“.

Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) sprach sich ebenfalls für ein strengeres Waffenrecht aus. „Ob die schreckliche Tat von Solingen mit strengeren Gesetzen hätte verhindert werden können, das weiß man nicht“, sagte Habeck. Aber einige rechtliche Verschärfungen seien schlicht richtig und notwendig: „Mehr Waffenverbotszonen und strengere Waffengesetze – Hieb- und Stichwaffen braucht niemand in Deutschland in der Öffentlichkeit. Wir leben nicht mehr im Mittelalter.“

Zahl der Messerangriffe in Deutschland deutlich gestiegen

Dagegen betonte CDU-Chef Merz, nicht die Messer seien das Problem, sondern die Personen, die damit herumlaufen. In der Mehrzahl der Fälle handele es sich um Flüchtlinge und die Mehrzahl der Taten folge islamistischen Motiven.

Nach der jüngsten Kriminalitätsstatistik registrierte die Polizei im vergangenen Jahr 8951 Messerangriffe im Rahmen von Körperverletzungsdelikten, fast zehn Prozent mehr als im Vorjahr.

Hinzu kamen 4893 Messerangriffe im Zusammenhang mit Raubdelikten. Je nach Bundesland hat zwischen einem Drittel und der Hälfte der Tatverdächtigen keinen deutschen Pass.

Zuletzt hatte Kanzler Scholz im Juni in einer Regierungserklärung zur aktuellen Sicherheitslage im Bundestag die Behörden aufgefordert, konsequenter auf Messer- und Waffenverbotszonen zu setzen. Anlass war die tödliche Messerattacke von Mannheim, bei der ein 25 Jahre alter Mann einen Polizisten mit Messerstichen lebensgefährlich verletzt hatte. Der Beamte erlag später seinen Verletzungen.

Kritiker weisen auf Probleme bei der Umsetzbarkeit von schärferen Regeln zum Mitführen von Messern hin, so zum Beispiel die Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden zur Kontrolle im öffentlichen Raum.

Union fordert Sondersitzung des Innenausschusses

Die Unionsfraktion forderte am Sonntag mit Blick auf die „schreckliche Bluttat von Solingen“ eine Sondersitzung des Innenausschusses des Bundestags. Bundesinnenministerin Faeser müsse „umfassend zum aktuellen Stand der Erkenntnisse und zu den weiteren Maßnahmen berichten“, heißt es in einem Schreiben des Parlamentsgeschäftsführers der Unionsfraktion, Thorsten Frei (CDU), an Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD). „Die Sitzung soll schnellstmöglich, spätestens bis zum kommenden Mittwoch einberufen werden“, heißt es weiter.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Alexander Throm (CDU), forderte angesichts der Vorgänge in Solingen neben einer Begrenzung der Asylpolitik eine „konsequente Terrorabwehr“. Dazu gehöre eine Stärkung der Nachrichtendienste mit zusätzlichen Befugnissen. Insbesondere die Möglichkeit von Online-Durchsuchungen und Vorratsdatenspeicherung seien nötig. Die FDP und der Bundesjustizminister „müssen hier endlich ihre gefährliche ideologische Blockade beenden. Diese ist eine Gefahr für Deutschland.“

Mit Material der Deutschen Presse-Agentur.

Nahost

Israel und Hisbollah-Miliz liefern sich heftiges Feuergefecht

Israel bekam vom bevorstehenden Angriff offenbar Wind und attackierte die Miliz im Libanon. Verhandler wollen eine Eskalation im Gazakrieg verhindern.

Die libanesische Hisbollah-Miliz hat nach wochenlanger Ankündigung eigenen Angaben zufolge einen ersten Vergeltungsschlag gegen Israel ausgeführt. 320 Raketen seien am frühen Sonntagmorgen abgefeuert worden, erklärte die vom Iran unterstützte schiitische Miliz. Israeli-Medien sprachen von mehr als 200 Raketen und rund 20 Drohnen. Israels Raketenabwehr habe Dutzende der Geschosse abgefangen. Bestätigte Berichte über Opfer gab es nicht.

Israels Armee erkannte nach eigenen Angaben „die unmittelbare Gefahr für die Bürger des Staates Israel“ und begann zuvor, zahlreiche Ziele im Südlibanon zu attackieren. Die Armee bezeichnete das als einen „Akt der Selbstverteidigung“.

Aus libanesischen Sicherheitskreisen hieß es, Israel habe mindestens 40 Ziele im Süden des Libanons angegriffen. Örtlichen Behörden zufolge wurden dabei zwei Menschen verletzt. Israels Kampfflugzeuge hätten unter anderem Strom- und Wasseranlagen getroffen, berichteten die staatliche libanesische Nachrichtenagentur NNA und Sicherheitskreise. Alle Angaben der Konfliktparteien ließen sich zunächst nicht unabhängig überprüfen.

Ein israelischer Militärsprecher sagte, die Hisbollah habe geplant, zumindest einige Geschosse auf das Zentrum Israels abzufeuern. Das hätte eine ernsthafte Eskalation bedeutet. Die Hisbollah hat bislang hauptsächlich Ziele in der Nähe der Nordgrenze Israels zum Libanon beschossen.

Die „New York Times“ zitierte einen westlichen Geheimdienstmitarbeiter, wonach sich Israels Angriff gegen Raketenwerfer im Libanon gerichtet habe. Diese seien so programmiert gewesen, dass sie am frühen Sonntagmorgen in Richtung Tel Aviv im Zentrum Israels abgefeuert werden sollten.

„Nicht das Ende der Geschichte“

Rund 100 Kampfflugzeuge hätten Ziele der Hisbollah angegriffen, so Israels Armee. Die Raketenabwehr, die Marine und die Luftwaffe seien daran beteiligt gewesen. Die Armee habe Tausende Raketen zerstört, die auf den Norden Israels gerichtet gewesen seien, sowie „viele andere Bedrohungen entfernt“, sagte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Dies sei aber „nicht das Ende der Geschichte“, sagte er zu Beginn einer Sondersitzung der Regierung.

Seit Beginn des Gazakriegs zwischen Israel und der Hamas beschießt die Hisbollah Ziele im Norden Israels.



Wer uns Schaden zufügt, dem werden wir Schaden zufügen.

Benjamin Netanjahu
Israels Ministerpräsident



Israels Raketenabwehr in Aktion: Großangriff der Hisbollah.

Israels Militär wiederum greift regelmäßig Ziele im Nachbarland an. Die Hisbollah handelt nach eigenen Angaben aus Solidarität mit der Hamas.

Ende Juli hatte Israel bei einem Luftangriff in Beirut gezielt den ranghohen Hisbollah-Kommandeur Fuad Schukr getötet. Zudem kam der Auslandschef der Hamas, Ismail Hanija, bei einer Explosion in einem Gästehaus der iranischen Regierung in Teheran ums Leben. Schukrs Tötung reklamierte Israel für sich. Zu Hanijas Tötung äußerte es sich nicht.

Die Hisbollah und der Iran kündigten daraufhin Vergeltung an. Die Hisbollah sprach am Sonntag von einem ersten Teil ihres Vergeltungsangriffs. Dieser sei vorerst beendet. „Unser Militäreinsatz für heute ist abgeschlossen“, teilte die Miliz mit. Sie nannte elf israelische Basen, die ihren Angaben zufolge getroffen worden sein sollen. Von israelischer Seite gab es dafür keine Bestätigung.

Israel verhängte den landesweiten Ausnahmezustand. Er gelte seit sechs Uhr Ortszeit für die nächsten 48 Stunden, sagte Verteidigungsminister Jowaw Galant. Der Rettungsdienst rief laut Medien die höchste Bereitschaftsstufe aus. Bei dem Angriff der Hisbollah seien drei Wohnhäuser getroffen worden, davon eines in der Küstenstadt Akko.

Netanjahu sagte: „Wir sind entschlossen, alles zu unternehmen, um unser Land zu verteidigen, die sichere Rückkehr der Einwohner des Nordens in ihre Häuser zu gewährleisten und weiter eine einfache Regel zu befolgen: Wer uns Schaden zufügt, dem werden wir Schaden zufügen.“

Gespräche über Waffenruhe werden fortgesetzt

Israels Verteidigungsminister Galant sprach nach Beginn der Angriffe mit seinem US-Amtskollegen Lloyd Austin. Die beiden Minister hätten betont, wie wichtig es sei, eine regionale Eskalation zu vermeiden, hieß es. Die USA sind Israels wichtigster Verbündeter. Sie hatten zuletzt zusätzliche Kriegsschiffe, Flugzeuge und auch ein mit Raketen bestücktes Atom-U-Boot in die Region verlegt – wohl auch, um Israel im Fall eines Angriffs durch Kräfte im Libanon oder im Iran unterstützen zu können.

Trotz des gegenseitigen Beschusses von Israel und Hisbollah werden indirekte Gespräche fortgesetzt. Die USA, Ägypten und Katar wollen bei einem neuen Spitzentreffen ihrer Delegationen in Kairo versuchen, eine Einigung über eine Waffenruhe und über die Freilassung der in der Gewalt der Hamas befindlichen israelischen Geiseln zu erreichen. Die Vermittler haben die Hoffnung, dass damit auch eine Eskalation des Konflikts mit der Hisbollah und dem Iran und damit ein Flächenbrand in Nahost verhindert werden kann. dpa

US-Wahl

Wie sich die Wirtschaft auf Trump 2.0 vorbereitet

Auch wenn Kamala Harris derzeit viel Zuspruch erntet: Ein Wahlsieg von Donald Trump ist möglich. Verbände warnen vor einer „Neuordnung der Handelspolitik“.

Dana Heide, Carsten Volkery
Berlin, Brüssel

Seit klar ist, dass Kamala Harris als Präsidentschaftskandidatin antritt, sind die Chancen gestiegen, dass die Demokraten die US-Wahl am 4. November gewinnen. Doch bei aller demokratischen Euphorie: Es ist weiter ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem republikanischen Gegner Donald Trump. Nach den aktuellen Umfragen des US-Fernsehsenders ABC führt Harris gerade einmal um 3,6 Prozentpunkte.

Die deutsche Wirtschaft bereitet sich daher auch auf eine mögliche zweite Amtszeit von Donald Trump vor.

„Sollte Donald Trump die Präsidentschaftswahlen 2024 in den USA gewinnen, erwarten wir eine Neuordnung der US-Handelspolitik, die erhebliche Auswirkungen auf die europäischen Maschinen- und Anlagenbauer haben wird“, heißt es in einer umfassenden Analyse des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt.

Darin haben Experten der Wirtschaftsvertretung unter anderem mittels Umfragen zusammengetragen, was den deutschen Unternehmen mit Geschäften in den USA bei Trump 2.0 droht – und wie sie sich vorbereiten können.

Auch andere Wirtschaftsverbände beraten ihre Mitglieder bei dem sogenannten Trump-Proofing, also der Frage, wie sie sich gegen eine disruptive Präsidentschaft absichern können. Bundesministerien und die EU-Kommission arbeiten ebenfalls mit Szenarien und bereiten mögliche Reaktionen auf Maßnahmen von Trump vor.

VDMA-Experte Andrew Adair, der bereits die erste Trump-Präsidentschaft genau verfolgt hat, hat in den vergangenen Wochen und Monaten Reden und andere Äußerungen des republikanischen Kandidaten für die Wahl analysiert. Zudem hat er Bücher, Aufsätze und Papiere von Trump nahestehenden Personen studiert, die eine entscheidende Rolle in einer künftigen Trump-Regierung spielen könnten.

So wie der gerade aus der Haft entlassene Peter Navarro, Wirtschaftswissenschaftler und in Trumps erster Amtszeit dessen Handelsdirektor. Oder Robert Lighthizer, der in dem VDMA-Papier als möglicher neuer Finanzminister gehandelt wird.

„Viele Mitglieder glauben, dass die ersten Trump-Jahre gute Jahre waren, zum Beispiel weil die Steuern für deutsche Unternehmen in den USA gesenkt wurden“, sagt Adair. „Eine zweite Amtszeit wird jedoch wahrscheinlich ganz anders aussehen.“

In dem Papier werden vor allem zwei mögliche Maßnahmen, die Trump einführen könnte, beleuchtet: die Einführung eines zehnpromzentigen Zolls auf alle Importe in die USA



sowie Zölle von 60 Prozent speziell auf Produkte aus China.

Insbesondere die Einführung des zehnpromzentigen Universalzolls bereitet den Unternehmen Sorgen. Sie könnten die Exporte aus der EU um 150 Milliarden Euro einbrechen lassen, schätzt die EU-Kommission.

Es droht ein Rückgang des Amerika-Geschäfts

Für die deutschen Maschinenbauer sei bei diesem Szenario entscheidend, ob es ein vergleichbares Alternativprodukt gebe, das auf amerikanischem



Boden hergestellt werde, heißt es in der VDMA-Analyse. Denn diese Unternehmen hätten dann im Vergleich zu ihren deutschen Wettbewerbern einen Kostenvorteil.

Von den VDMA-Mitgliedsunternehmen, die in direktem Wettbewerb mit amerikanischen Herstellern stehen, rechneten viele damit, dass zehnpromzentige Zölle zu einem Rückgang ihres Amerika-Geschäfts führen würden, heißt es in der Analyse. Manche Unternehmen könnten ihre Produktion oder Teile davon auch in die USA verlagern.

Donald Trump, BMW-Fahrzeuge: Änderungen in der US-Handelspolitik könnten die deutsche Wirtschaft hart treffen.

Auch andere Wirtschaftsvertretungen arbeiten seit Wochen und Monaten daran, Antworten auf die Frage zu finden, wie sich deutsche Unternehmen auf eine zweite Amtszeit von Trump einstellen können, etwa die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Christoph Schemione, Repräsentant der beiden Industrieverbände in Washington, sagt: „Der Trend zur Lokalisierung der Produktion wird stärker werden.“

Nicht nur die universellen Zölle, sondern auch die spezifischen China-Zölle könnten den deutschen Unternehmen schaden.

Zwar sehen die VDMA-Mitglieder die massiven neuen Zölle auf chinesische Importe eher neutral, und einige sehen sie sogar in einem „positiven Licht“. Denn sie hätten das Potenzial, die Kostenlücke zwischen europäischen und chinesischen Maschinenbauern zu verringern. Umfragen hatten ergeben, dass ein Großteil der deutschen Industrieunternehmen mit starken Wettbewerbern in der Volksrepublik von diesen um mehr als 30 Prozent im Preis unterboten werden.

Aber deutsche Unternehmen wären zumindest indirekt negativ betroffen. So könnte sich durch die drastische Zollerhöhung die Konjunktur weltweit und insbesondere auf dem chinesischen Markt eintrüben. Auch Geschäftsunterbrechun-

gen bei amerikanischen Kunden, die wichtige Vorleistungen aus China beziehen, könnten deutschen Unternehmen schaden, so der Verband. Schließlich beziehen viele deutsche Unternehmen Vorprodukte aus der Volksrepublik – oder produzieren ganz dort.

„Deutsche Unternehmen, die ihre Produkte in China produzieren und in den USA verkaufen, hätten ein Problem, wenn die 60-Prozent-Zölle für Waren aus der Volksrepublik kommen“, warnt BDI- und DIHK-Repräsentant Schemionek.

Als Absicherung könnten die Unternehmen zum Beispiel ihre Lieferketten überprüfen. Oder sie könnten die wichtigsten Vorprodukte auf Vorrat halten oder die eigene Produktion stärker in die USA verlagern.

Die EU hat bereits ihre defensiven Handelsinstrumente verbessert. Dies geschah zwar vor allem mit Blick auf China, aber sie könnten genauso gegen die USA eingesetzt werden.

150

Milliarden

Euro: Um diesen Wert könnte ein Universalzoll der USA die Exporte aus der EU einbrechen lassen.

Quelle: EU-Kommission.

Der Vorsitzende des Handelsausschusses im Europaparlament, Bernd Lange (SPD), sagt, wenn eine mögliche Trump-Regierung Handelsinstrumente wie etwa Zölle als politisches Druckmittel einsetzen sollte, könne die EU dank neuer Gesetze nun kontern. Dann könne man etwa US-Produkte nicht für den EU-Markt zulassen oder die Anerkennung von Patenten zurückziehen.

In Brüssel hofft man, dass diese Überlegungen auch auf Trump einen gewissen Abschreckungseffekt haben. Ein Handelskrieg würde auch für die USA teuer und sei daher nicht im amerikanischen Interesse, lautet die Botschaft aus Brüssel.

EU-Kommission will mit Trump ins Gespräch kommen

Als Trump in seiner ersten Amtszeit Zölle auf europäischen Stahl und Aluminium verhängte, hatte die EU mit Gegenzöllen auf Harley-Davidson-Motorräder und Whisky reagiert. All diese Zölle sind aktuell ausgesetzt. Es wird aber erwartet, dass Trump gleich zu Beginn einer zweiten Amtszeit mit einer Reaktivierung drohen würde, um Zugeständnisse der Europäer zu erreichen.

Die Kommission will zunächst den Dialog mit der Trump-Regierung suchen. In der Vergangenheit hat sie beispielsweise Zollnachlässe auf bestimmte US-Güter gewährt, obwohl es mit den USA kein Freihandelsabkommen gibt. Solche Deals wären wieder denkbar, um auf Trump zuzugehen.

Sollte der Republikaner dennoch neue Einfuhrzölle auf europäische Güter verhängen, etwa um ein Zeichen an seine Anhänger zu senden, würde Brüssel jedoch zu Gegenmaßnahmen greifen. Sprich: ebenfalls die Zölle anheben. Man sei bereit, sich zu verteidigen, betonte Handelskommissar Valdis Dombrovskis kürzlich noch einmal.

Landtagswahlen

Osten sorgt für zugespitzten Rentenwahlkampf

Eine Woche vor der Wahl in Sachsen und Thüringen wirbt die SPD in einem Papier für ihre Rentenpolitik. Damit reagiert sie auf jüngste Äußerungen von CDU-Chef Friedrich Merz.

Frank Specht Berlin

Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen am kommenden Sonntag soll es eigentlich um Landesthemen wie die Bildungspolitik, die Gesundheitsversorgung oder den Fachkräftemangel gehen. Doch knapp eine Woche vor der Wahl versucht die SPD, die in Umfragen in beiden Ländern nur knapp oberhalb der Fünfprozenthürde liegt, noch mit einem bundespolitischen Thema zu punkten: der Rente.

„Sichere Renten gibt es nur mit der SPD!“ ist ein dreiseitiges Papier überschrieben, das das Parteipräsidium an diesem Montag beschließen soll. Es liegt dem Handelsblatt vor.

Darin bekräftigen die Sozialdemokraten ihre rentenpolitischen Grundpositionen: langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus, keine Erhöhung des Renteneintrittsalters, keine Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren – besser als „Rente ab 63“ bekannt – und keine „Privatisierung der Rente“.

Mit dem Papier zielt die SPD auch auf CDU-Chef Friedrich Merz, der zuletzt versucht hatte, Forderungen aus seiner Partei nach einer Anhebung des Renteneintrittsalters zu relativieren. „Es wird weder im Wahlprogramm noch in einem möglichen Koalitionsvertrag mit uns eine Rente mit 70 geben“, hatte der Oppositionschef am Freitag dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) gesagt. Das Thema sei in den Parteigremien besprochen worden.

Allerdings will die CDU laut ihrem neuen Grundsatzprogramm, das der Parteitag im Mai verabschiedet hatte, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln. Kommt das so, würde bei steigender Lebenserwartung irgendwann auch die Rente mit 70 erreicht – wenn auch in ferner Zukunft. „Was gilt denn nun?“, will die SPD jetzt wissen.

In der Ampelkoalition auf Bundesebene haben sich vor allem die Sozial-

demokraten für die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent eingesetzt. Allerdings hat das Rentenpaket II immer noch nicht den Bundestag erreicht. Darin enthalten ist auch das von der FDP gewollte Generationenkapital, also ein schuldenfinanzierter Staatsfonds zur Unterstützung des Rentensystems.

Politisches Kapital konnte die SPD aber bisher aus ihrer Rentenpolitik nicht schlagen. In der sogenannten „Sonntagsfrage“ zur Bundestagswahl rangiert sie in den Umfragen nur zwischen 14 und 16 Prozent – und damit weit unter ihrem Ergebnis von 2021 mit 25,7 Prozent.

”

Es wird weder im Wahlprogramm noch in einem möglichen Koalitionsvertrag mit uns eine Rente mit 70 geben.

Friedrich Merz
CDU-Chef

Nun versucht die SPD, auf den letzten Metern noch in Sachsen und Thüringen Pluspunkte zu sammeln. Drei Wochen später wird auch in Brandenburg gewählt. „Forderungen aus der CDU, die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren abzuschaffen, würden besonders die Menschen in Ostdeutschland hart treffen“, heißt es in dem Papier weiter.

Denn viele Ostdeutsche hätten längere Erwerbsbiografien als gleichaltrige Westdeutsche, rechnen die Verfasser vor. So wiesen bei den neu bewilligten Altersrenten zuletzt mehr als 40 Prozent der ostdeutschen Männer 45 Versicherungsjahre vor, bei den West-Männern lag der Anteil nur bei 34 Prozent. Bei den Frauen waren es 31 Prozent im Osten und 24 Prozent im Westen.

Für eine sofortige Abschaffung der Rente ab 63 machte sich etwa Unionsfraktionsvize Jens Spahn (CDU) stark. Auch innerhalb der Ampelkoalition haben sich führende FDP-Politiker wie Generalsekretär Bijan Djir-Sarai für Beschränkungen bei der vorgezogenen Altersrente ausgesprochen, weil sie zu teuer sei und dem Arbeitsmarkt wertvolle Fachkräfte entziehe. Fast 30 Prozent der Neurentner und -rentnerinnen erhielten im vergangenen Jahr die abschlagsfreie Rente für besonders langjährig Versicherte.

Explizit wird in dem Papier aber auch auf Vorschläge der SPD-Spitzenkandidaten Petra Köpping (Sachsen), Georg Maier (Thüringen) und Dietmar Woidke (Brandenburg) zur Weiterentwicklung der Grundrente verwiesen.

Diese erhält, wer lange gearbeitet, aber nur unterdurchschnittlich verdient hat, sodass die eigene Rente nicht oder nur knapp über der Grundversicherung liegt. So wirbt die Thüringer SPD im Landtagswahlkampf damit, aus Landesmitteln ein Weihnachtsgeld für Grundrentnerinnen und -rentner einführen zu wollen.

In ihrem Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2025 werde die SPD weitere Vorschläge für eine stabile und sichere Rente vorlegen, heißt es in dem Papier. Interessant ist dabei, dass die Sozialdemokraten auch bezahlbare Rentenbeiträge zu ihren Kernanliegen zählen.

Durch die geplante Stabilisierung des Rentenniveaus werden die Beiträge schneller steigen als ohne die Reform.

Um die Beiträge bezahlbar zu halten und gleichzeitig das Rentenniveau zu sichern, setzt die Partei aber offenbar vor allem auf das Prinzip Hoffnung. Denn das Ziel soll vor allem durch mehr Beschäftigung und höhere Löhne erreicht werden. Dazu brauche es einen höheren Mindestlohn – Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat 15 Euro ins Spiel gebracht – und mehr Tarifbindung.



Frau in einer Werkstatt: Das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln?

mauritiu images / Cavan Images

Taiwan

Der Tag, an dem China Ernst macht

Eine Fernsehserie aus Taiwan schildert die mögliche chinesische Invasion. Manche halten dies für nötige Aufklärung, andere für Panikmache.



image images/ZUMA Wire

Klaus Bardenhagel Taipeh

Der Aggressor trägt Pink und zeigt ein starres Lächeln. „Liebe Landsleute in Taiwan“, sagt die chinesische Sprecherin, die plötzlich auf allen Bildschirmen erscheint, als ihr Signal die Krisensprache von Taiwans Präsident unterbricht. „Wir gehören alle zur gleichen Familie.“ Taiwans Bevölkerung habe nichts zu befürchten, säuselt sie, das verspreche die Volksbefreiungsarmee. „Heben Sie die Hände, wenn Sie einem chinesischen Soldaten begegnen. Und melden Sie, wo sich noch Unabhängigkeitsaktivisten verstecken.“

Es ist der Tag, den die meisten Taiwaner fürchten – der Tag, an dem China Ernst macht mit der Einnahme der demokratischen Republik. Allerdings nur in der Fiktion. „Zero Day“ heißt die Serie, mit der Taiwaner erstmals sich selbst und dem Rest der Welt zeigen, wie eine Invasion im Detail ablaufen könnte. Sie rüttelt Taiwan auf, bevor sie überhaupt ganz abgedreht ist. Ein 17-minütiger Teaser ging Ende Juli online, bei 23 Millionen Einwohnern verzeichnet er schon mehr als 1,5 Millionen Abrufe. Ist es dringend nötige Aufklärung, ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte oder Panikmache? Die Diskussion dazu läuft.

China hat Erwähnungen von „Zero Day“ im Internet verboten. Peking dürfte es nicht passen, dass sich viele Zuschauer weltweit erstmals näher mit dem Taiwankonflikt beschäftigen könnten, wenn die zehn Folgen Ende März 2025 erscheinen.

Die Macher der Serie verhehlen nicht, um welche Wirkung es ihnen geht: Er wolle „etwas Bedeutsames schaffen“, erklärte Lo Ging-zim, einer der Regisseure, bei einer Veranstaltung in Taipeh. Die Serie solle das Bewusstsein für Chinas Desinformationskampagnen schärfen und die Versuche, Taiwans Demokratie zu untergraben. So wolle er als Regisseur die Bereitschaft stärken, „unsere Heimat und unseren Lebensstil zu verteidigen“.

Taiwanesischer Soldat: Die Serie „Zero Daily“ will das Bewusstsein für die Bedrohung Taiwans schärfen.

Tatsächlich gehört es zum Leben aller Taiwaner, dass Peking ihre Insel unter Kontrolle bringen will – früher oder später und vielleicht auch mit Gewalt. Doch im Alltag spielt das erstaunlich selten eine Rolle, es ist quasi zum Hintergrundrauschen geworden.

Chinesische Kampfjets in Taiwans Luftverteidigungszone

Seit Jahrzehnten rüstet die Volksrepublik militärisch auf für eine mögliche Invasion. Aber erst unter Staats- und Parteichef Xi Jinping zeigt die Führung der Kommunistischen Partei offen, wie weit sie gehen würde. Im Januar 2019 sagte Xi, um einen Anschluss Taiwans zu erreichen, gebe er „kein Versprechen ab, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten“. Einige Monate später überquerten chinesische Kampfjets erstmals nach 20 Jahren wieder die Mittellinie der Meerenge und drangen in Taiwans Luftverteidigungszone ein, einen Puffer vor dem eigentlichen Luftraum. Solche Manöver mit teilweise Dutzenden Flugzeugen sind seitdem fast alltäglich geworden, zwingen Taiwans Luftwaffe jedes Mal zum Reagieren und erhöhen das Risiko ungewollter Zwischenfälle.

In „Zero Day“ liefert der (mutmaßlich selbst herbeigeführte) Absturz eines Kampfjets über dem Meer den Anlass für China, Taiwan für eine angebliche Rettungsaktion abzuriegeln. Und damit beginnt die lang geplante Übernahme.

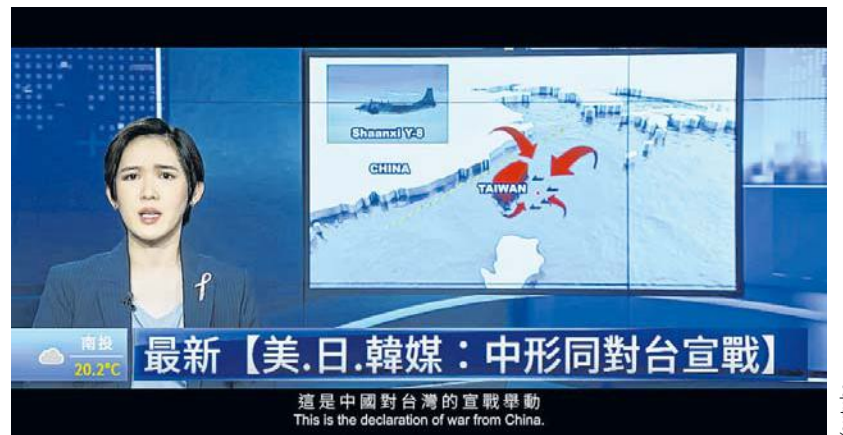
In der Realität nahm Peking 2022 eine Taiwanreise von Nancy Pelosi, damals Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, zum Vorwand für Manöver rund um die Insel. Experten deuteten dies als Generalprobe einer Blockade. Zuletzt gab es im Mai 2024 nach dem Amtsantritt von Taiwans neuem Präsidenten Lai Ching-te ähnliche Übungen.

Den Gefallen, in Panik zu verfallen, haben die Taiwaner Peking damals nicht getan. Sollte Normalisierung und die allmähliche Gewöhnung an einst Undenkbare das Ziel gewesen sein, ist



Unsere Regierung zögert zu sehr, Chinas Schikanen anzusprechen.

Puma Shen
taiwanesischer Abgeordneter



Nachrichtensendung zu Chinas Offensive aus „Zero Day“: Kriegspropaganda?

Pekings Strategie aber erfolgreich. „Die Öffentlichkeit ist nicht vorbereitet auf eine Krise oder einen Krieg“, sagt Puma Shen. Der 42-jährige Abgeordnete wurde erst im Januar ins Parlament gewählt. Bekannt wurde der Jurist als Experte für Fake News und chinesische Einflussnahme. Shen hat auch die Drehbuchautoren von „Zero Day“ beraten.

Die Serie selbst will Shen nicht bewerten, ohne sie komplett gesehen zu haben. Mehr Bewusstsein für einen möglichen Konflikt sei aber in jedem Fall nötig. Viele seiner Landsleute glaubten, dass China die Kriegsdrohungen nicht wirklich ernst meine und dass Taiwans Eigenständigkeit erhalten bleiben könnte, wenn es sich auf Verhandlungen einließe. „Wir sind noch immer gespalten“, sagt Shen. „Viele werfen Leuten wie mir, die die Zivilverteidigung stärken wollen, Kriegstreiberei vor.“ Obwohl Shen auf die Liste der Regierungspartei gewählt wurde, zielt seine Kritik auch aufs eigene Lager: „Unsere Regierung zögert zu sehr, Chinas Schikanen anzusprechen. Sie wollen in Taiwan keine Angst erzeugen.“ Auch gehe es ihnen darum, ausländische Investoren nicht zu verschrecken.

Damit könnte die Haltung der Taiwaner entscheidend sein, wenn es tatsächlich zur Invasion Chinas kommt. „Wenn sich knapp die Hälfte von Tai-

wans Bevölkerung lieber kampflös ergibt, muss die Regierung kapitulieren“, sagt Shen. Laut Umfragen liege dieser Wert bei zwanzig Prozent, während fünfzig Prozent bereit seien, sich zu verteidigen. Der unentschlossene Rest sei die eigentliche Zielgruppe von Chinas Kampagnen. Je weniger Taiwan selbst den Konflikt thematisiere, desto mehr Raum überlasse es der Gegenseite mit ihrer Propaganda und ihren Militärvidéos. „China gibt uns die Bilder vor, wie ein Krieg aussehen würde“, sagt Shen. Die Botschaft laute, dass es jederzeit den Präsidenten töten und Taiwan an einem Tag einnehmen könne.

Tatsächlich gilt eine Landeoperation auf Taiwan für China militärisch als extrem riskant. Daher würde Peking wohl alles daransetzen, dass Taiwan kampflös aufgibt. So wird es auch in „Zero Day“ so gut wie keine Kampf- oder Actionszenen geben. Stattdessen schildert die Serie, wie die Schlinge sich vor der eigentlichen Invasion eine Woche lang immer enger zuzieht.

Der Teaser zeigt, wie Verunsicherung um sich greift und den Widerstandsgeist zu zersetzen droht: Verwirrung in einer Nachrichtenredaktion angesichts der ersten Meldungen, Familien, die per Boot von der Insel fliehen wollen. Influencer reden ihren Followern ein, Widerstand sei zwecklos. Und Gangsterbanden terrorisieren die Bevölkerung. Die gesellschaftliche und staatliche Ordnung droht zu zerbrechen.

Youtube

Statt physischer Konflikte habe sie Fragen der menschlichen Natur ins Zentrum gestellt, erklärt Produzentin Cheng Hsin-mei. „Wie entscheiden Leute, wenn sie unter Druck sind oder bezweifeln, was wahr und was falsch ist? Wie würden die Zuschauer selbst in so einer Situation handeln? Darüber können sie nachdenken und sich mental vorbereiten.“

Vor allem aus Taiwans Oppositionslager wird die Serie kritisiert. Häufige Vorwürfe: Panikmache und Regierungspropaganda. Dass „Zero Day“ auch staatliche Filmförderung bekam, so wie fast alle einheimischen Produktionen, wird als Regierungsfinanzierung dargestellt. Regisseur Lo legt Wert darauf, die kreative Kontrolle nie aus der Hand gegeben zu haben.

Eine Folge wird davon handeln, wie die Grenzen zwischen Wahrheit und Lüge verschwimmen und wie Künstliche Intelligenz dies verschärft. In einer Szene schwört Taiwans Präsident seine Bevölkerung auf Einheit und Durchhalten ein – als seine Berater in einem Stream bemerken, wie China das Video in Echtzeit manipuliert. Passgenau in den Mund gelegt, erklärt der Präsident China den Krieg. Auf solche Fälschungen müssen Menschen sich überall in der Welt einstellen. Was in Taiwan passieren könnte, betrifft nicht nur Taiwan.

itpicture alliance / newscorn

Beyond the obvious

Kosten der Energiewende dürfen nicht vertuscht werden

Die Umstellung auf erneuerbare Energien ist unnötig teuer. Die Strompreise sind nicht wettbewerbsfähig, die Versorgungssicherheit ist gefährdet.

Nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) wird der deutsche Staat erneuerbare Energien in diesem Jahr voraussichtlich mit 23 Milliarden Euro fördern. Das kommt zu den Hunderten Milliarden Euro Förderung hinzu, die aufgelaufen sind, seit der damalige grüne Umweltminister Jürgen Trittin vor 20 Jahren versprach, die Energiewende werde jeden Haushalt nur so viel wie eine Kugel Eis pro Monat kosten.

Wie viele Milliarden es wirklich sind, weiß niemand so genau. Die Bundesregierung, von der man erwarten müsste, bei einem Projekt von derartiger volkswirtschaftlicher Bedeutung besonders gründlich auf Kosten und Nutzen zu achten, erklärte vor einem Jahr, eine solche Analyse sei nicht sinnvoll. Dabei sind Transparenz und Controlling laut der Internationalen Organisation für Normung (ISO) entscheidende Voraussetzungen für den Projekterfolg. Neben dem übergeordneten Ziel – der CO₂-Einsparung – geht es bei der Energiewende um wettbewerbsfähige Strompreise. Sie sollen der Wirtschaft nicht schaden und einen Anreiz für die weitere Elektrifizierung setzen. Gleichzeitig geht es natürlich um die Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

In allen drei Dimensionen fällt die Bilanz der Energiewende nach 20 Jahren enttäuschend aus: Schon vor dem russischen Krieg gegen die Ukraine rangierte der deutsche Strompreis deutlich über dem Niveau in anderen Staaten, vor den wichtigen Wettbewerbern China und USA. Der Bundesrechnungshof warnt, dass bei Fortsetzung des eingeschlagenen Weges noch in diesem Jahrzehnt die Versorgungssicherheit eben nicht mehr gewährleistet ist.

Laut der Europäischen Umweltagentur lagen die spezifischen Treibhausgas-Emissionen der Stromerzeugung 2022 in Deutschland bei 366 Gramm pro Kilowattstunde. Sie werden in CO₂-Äquivalenten (CO₂e) berechnet. Von den größeren EU-Staaten wies nur Polen einen höheren Wert aus.

Nicht nur das absolute Niveau der Emissionen ist enttäuschend, vor allem ist es die Veränderung seit 1990. Damals lag der CO₂-Ausstoß in Deutschland noch bei 652 Gramm pro Kilowattstunde. Der Rückgang um 286 Gramm oder 44 Prozent ist zwar deutlich, hinkt aber selbst hinter dem vermeintlichen Klimaschädiger Polen zurück. Dort sank der CO₂-Ausstoß ohne groß angekündigte Energiewende seit 1990 um 49 Prozent.



Der Ökonomie-Podcast

Daniel Stelter ist Gründer des auf Strategie und Makroökonomie spezialisierten Diskussionsforums beyond the obvious. Jeden Sonntag geht sein Podcast online. In der aktuellen Folge wird das Thema „Energiewende“ besprochen. handelsblatt.com/audio/bto/

Die Energiewende hat nicht nur ihre Ziele verfehlt, sie war auch noch unnötig teuer. Der CO₂-Ausstoß der Energieerzeugung ist laut Umweltbundesamt von 2000 bis 2020 um 140 Millionen Tonnen gesunken.

Die jährlichen Vermeidungskosten für CO₂ liegen derzeit laut einer Analyse von der Investmentbank Goldman Sachs bei rund 100 Euro pro Tonne. Dabei wird angenommen, dass die Vermeidung dort stattfindet, wo sie am günstigsten umzusetzen ist. Früher waren die Vermeidungskosten niedriger. Aber selbst wenn man für die ganze Zeit 100 Euro ansetzt, ergeben sich nur Kosten von 280 Milliarden Euro über 20 Jahre. Das wäre deutlich weniger als die Kosten von vermutlich 500 Milliarden bis 1000 Milliarden Euro für die Energiewende bis 2021. Dass bis zum Jahr 2030 für bessere Stromnetze und neue Anlagen zur Stromerzeugung weitere 1000 Milliarden hinzukommen sollen, macht das Bild noch desaströser.

Die Energiewende wächst Deutschland über den Kopf. Das größte Transformationsprojekt braucht endlich ein qualifiziertes Management. Stattdessen betreibt eine überforderte Politik eine Strategie der Kostenvertuschung.

Anzeige

Media
Frankfurt

Premium-Landebahn für Ihre Brand

Media Frankfurt.

Der Nr. 1 Flughafenvermarkter.

Insider-Informationen,
Beratung & Buchung:



Excellence in airport advertising –
Your premium way to global visibility

Mareike Müller Moskau

Seit über zwei Wochen kontrollieren ukrainische Truppen mittlerweile Teile des russischen Staatsgebiets. Und nicht nur in sozialen Netzwerken zeigen sich Einwohner der betroffenen Region Kursk empört darüber, dass es an staatlicher Unterstützung mangelt. So berichten selbst etablierte russische Medien – wie die Zeitung „Kommersant“ – über Menschen, die sich beklagen. Es geht dabei etwa um Evakuierungen, die unterbrochen wurden, oder um den Mangel an offiziellen Informationen.

Mikhail Polianskii vom Leibniz Institut für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt (PRIF) sagt: „Überraschend ist, dass auch in den staatlichen Medien kritische Töne zu hören sind. Es wurde zum Beispiel die Frage aufgeworfen, ob Russlands Militär und das Verteidigungssystem an ihre Grenzen gestoßen sind.“

Doch offenbar hat die Versorgung der eigenen Landsleute in der Region für die Führung in Moskau derzeit keine höchste Priorität. Auch die Region zurückzuerobern und die angrenzenden Gebiete zu verteidigen, um weitere Vorstöße der ukrainischen Streitkräfte zu vermeiden, ist derzeit anscheinend nicht vorrangig.

So beobachtet das US-Analysehaus Institute for the Study of War zwar, dass russische Truppen aus „weniger kritischen Bereichen der Front“, darunter die Regionen Saporischschja und Cherson, abgezogen würden. Man gehe aber davon aus, dass das russische Militär „wahrscheinlich weiterhin“ die Angriffsoperationen in der Ostukraine priorisieren werde.

Das könnte zu weiteren Problemen führen: Die Gouverneure einiger Regionen im Südwesten Russlands bemängeln bereits, sie hätten nicht genug Mittel zur Verfügung, um sich zu verteidigen. Die Regierenden der angrenzenden Regionen Brjansk und Belgorod baten Moskau bereits um die Zuteilung weiterer finanzieller Mittel.



Wie die russische staatliche Nachrichtenagentur Interfax meldete, sagte der Gouverneur der Region Belgorod: „Angesichts der aktuellen Situation ist uns klar, dass wir ohne systemische Unterstützung in Form von Zahlungen für unsere Selbstverteidigung nicht in der Lage sein werden, aus eigener Kraft zu rechtzukommen.“

Auch der Gouverneur der Region Brjansk soll beklagt haben, dass es kein Geld für die Verteidigung der Region gebe. Russischen Medienberichten zufolge soll der russische Präsident Wladimir Putin auf die Beschwerden auch geantwortet haben. Er habe die Leitung der Strafverfolgungsbehörden bereits angewiesen, sich mit der Frage zu befassen. Allerdings soll der Chef des Fi-



NANNA HEITMANN/The New York Times/Redux/latif

Russland

Kursk ist keine Priorität

Statt die Verteidigung von Kursk und der Region intensiv anzugehen, scheint sich Moskau auf den Donbass zu konzentrieren. Das könnte zu weiteren Problemen führen.

nanzministeriums, Anton Siluanov, erwidert haben, dass die Mittel noch nicht bereitgestellt werden könnten.

In angrenzenden Regionen dürfte die Sorge groß sein, ähnliche Szenen wie in der Region Kursk erleben zu müssen. Dort stoppten die Behörden Berichten zufolge etwa die Evakuierung von Zivilistinnen und Zivilisten, obwohl der zuständige Gouverneur diese bereits zugesagt hatte. Das berichtete am Mittwoch die unabhängige Zeitung „The Moscow Times“. Betroffen seien vor allem alte Menschen und solche, die nicht allein flüchten konnten. Auch die unabhängige Investigativplattform „The Insider“ berichtete in einer Reportage davon, dass sich lokale Anwohnerinnen und Anwohner im Stich gelassen fühlten. Einer der Reporter der Plattform hatte vor Ort recherchiert.

Beschwerden ohne Folgen

Dass die lokalen Beschwerden in Moskau aber etwas ausrichten, daran glauben die wenigsten. Die russische Politikanalytikerin Tatjana Stanowaja schreibt in einer Einschätzung der Lage, die Situation vor Ort sei „zu lokal, um die nationale Stimmung zu beeinflussen“. Zwar könnte es in einer relativ kleinen Gruppe zu einem „starken Anstieg der Unzufriedenheit“ kommen. Der Trend im ganzen Land könne sich dennoch sogar in die umgekehrte Richtung entwickeln – hin zu einer Verstärkung antiukrainischer und antiwestlicher Ge-

fühle. Darüber hinaus ist es Stanowaja zufolge eindeutig, dass Moskau „keine wirksame und schnelle militärische Lösung“ habe. „Truppen von der Hauptfront abzuziehen bedeutet, in eine Falle zu tappen“, argumentiert sie.

Auch der russische Politikwissenschaftler Alexander Libman von der Freien Universität Berlin vertritt diese Haltung. „Russland ist sehr groß“, sagt er dem Handelsblatt. „Im Grunde geht es also um ein paar Grenzdörfer, die aus Kremlperspektive vielleicht einfach unbedeutend sind.“

So ist Libman davon überzeugt: „Die genauen Grenzen sind für den Kreml nicht das Wichtigste, sondern das Erreichen der Kriegsziele.“ Die Armee werde aus dem Donbass offenbar nur minimal abgezogen. „Es gibt möglicherweise auch einen Mangel an Munition der Ukrainer dort. Das legt die russische Führung als Schwäche der Ukrainer aus und versucht, das auszunutzen“, vermutet er.

Aus Libmans Sicht käme eine direkte Reaktion Putins auf das Vordringen der ukrainischen Truppen einem Eingeständnis von Schwäche gleich. Er geht daher davon aus, dass Putin nicht kurzfristig reagieren wird. Mittelfristig dürfte es aber durchaus Konsequenzen geben. So könnte es zum Beispiel zu Verfahren gegen Entscheidungsträger im Verteidigungsministerium kommen, meint der Wissenschaftler.

Eine Konsequenz, die in Russland weit mehr Menschen betreffen dürfte,

wäre eine erneute Mobilisierung. Darüber wird schon seit einiger Zeit in Russland spekuliert. Zuletzt hatte der Kreml im September 2022 Männer im wehrpflichtigen Alter zum Dienst in der Armee beordert. Hunderttausende Menschen verließen daraufhin das Land. Weil die Maßnahme so unbeliebt war, gab es bisher keine zweite, breit angelegte offizielle Mobilisierung. „Eine neue Mobilmachung wird jetzt wieder verstärkt diskutiert“, sagt Libman. Aber die wolle Putin eigentlich unbedingt vermeiden. „Die Menschen in Kursk sind Putin letztendlich egal, und die einzelnen Soldaten auch.“

Angst vor Mobilisierung

Klar ist: Es fehlt an Soldaten. Eine Vielzahl derer, die in der Region Kursk stationiert waren, waren lediglich Wehrpflichtige. Viele der jungen Männer gerieten seit Beginn des ukrainischen Vorstoßes in Kriegsgefangenschaft oder gelten als vermisst.

Der Vorstoß der ukrainischen Truppen markiert damit auch einen Tabubruch vonseiten Putins: Dieser hatte den Russinnen und Russen stets versprochen, dass nur professionelle Soldaten kämpfen müssten. Gegen den Einsatz der jungen Männer, die lediglich einen einjährigen Ausbildungsdienst leisten, regt sich in Russland bereits Widerstand. Doch auch durch eine neue Mobilisierung könnte Putin „in einen Konflikt mit der Gesellschaft“ geraten, schreibt Tatjana Stanowaja. Und sie sei sich „nicht sicher, ob Putin aktuell dazu bereit ist“.



Truppen von der Hauptfront abzuziehen bedeutet, in eine Falle zu tappen.

Tatjana Stanowaja
Russische Politikanalytikerin

Ob eine neue Mobilisierungswelle außerdem die Betroffenen vor Ort beschwichtigen würde, ist fraglich. Kurzfristig effektiver sind direkte Zahlungen. Der Kreml hat bereits versprochen, 10.000 Rubel (etwa 100 Euro) pro Person an Menschen zu zahlen, die wegen der Kämpfe vertrieben wurden. Experte Polianskii vom PRIF sieht dieses Vorhaben aber kritisch. Diese Summe sei lediglich „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Überraschend sei für ihn, dass mittlerweile sogar in den staatlichen Medien Kritik wie die Folgende zu hören sei: „Es wurde zum Beispiel die Frage aufgeworfen, ob Russlands Militär und das Verteidigungssystem an ihre Grenzen gestoßen sind.“ Allerdings solle man die Ereignisse auch nicht überinterpretieren.

Einige Analysten gehen davon aus, dass die ukrainische Besetzung rund um Kursk nun anhalten dürfte. Stanowaja etwa glaubt, dass „die ukrainische Präsenz in den russischen Grenzregionen über Monate, wenn nicht Jahre bestehen bleiben“ könnte. „Und alle werden sich daran gewöhnen.“

Davon geht womöglich auch der Kreml aus: Das unabhängige Medienportal Meduza berichtete unter Berufung auf Quellen im Umfeld der Präsidentschaftsverwaltung, dass die Kämpfe zur Abwehr des ukrainischen Einmarsches Monate dauern könnten. Daher müsse man die Bevölkerung auf den neuen Normalzustand vorbereiten.



Piotr Serafin, Ursula von der Leyen, Wopke Hoekstra, Magnus Brunner, Thierry Breton, Raffaele Fitto (v.o.): Die EU-Kommissionschefin muss aus den Kandidaten auswählen.

Magnus Brunner, Piotr Serafin, Raffaele Fitto, Wopke Hoekstra

Europas begehrteste Jobs

Die EU-Mitgliedstaaten nominieren Kandidaten für die Posten als Kommissare. Wer die besten Chancen hat.

Olga Scheer, Carsten Volkery
Brüssel

Die Suche nach dem Spitzenpersonal der neuen EU-Kommission hat begonnen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) ist derzeit dabei, die von den Regierungen nominierten Bewerber für ihre Behörde zu prüfen. Schon jetzt ist absehbar, dass es einen erbitterten Kampf um die mächtigen Wirtschaftsposten geben wird – denn es sind mehr Bewerber als Jobs.

Bisher gibt es sechs Kernressorts: Wirtschaft, Wettbewerb, Handel, Binnenmarkt, Haushalt und Finanzdienstleistungen. Einige Portfolios werden voraussichtlich neu zugeschnitten, daher könnte es künftig auch noch andere Posten mit Wirtschaftsbezug geben. Neben den großen Staaten Frankreich, Italien und Polen haben eine Reihe kleinerer Länder Anspruch auf einen dieser Posten angemeldet. Noch haben nicht alle 27 Regierungen ihre Kandidaten nominiert, die Frist endet im August.

Das Handelsblatt hat sich die Bewerber genauer angeschaut: Wer haben die besten Chancen?

Magnus Brunner

Land: Österreich

Aktueller Job: Finanzminister
Der österreichische Finanzminister Magnus Brunner ist in Brüssel wohl bekannt – als konservative Stimme im Rat der Finanzminister und vehementer Gegner von neuen EU-Schulden. Zusammen mit seinem deutschen Kollegen Christian Lindner (FDP)

kämpft er beispielsweise gegen Euro-Bonds. Auch das geplante Verbrenner-Aus für Neuwagen ab 2035 lehnt der ehemalige Umweltstaatssekretär ab.

Der Jurist aus Bregenz muss von der Leyen und hinterher das Europaparlament davon überzeugen, dass er über die nationalen Interessen Österreichs hinausdenken kann. Er wäre nicht der erste Politiker, der in den wöchentlichen College-Sitzungen der Kommissare eine andere Sicht auf die Rolle der Mitgliedstaaten gewinnt. Als Finanzminister kennt er sich mit den Themen Kapitalmarktunion, Haushalt und Defizitverfahren aus.

Piotr Serafin

Land: Polen

Aktueller Job: EU-Botschafter

Der umgängliche Jurist Piotr Serafin ist seit Dezember polnischer EU-Botschafter. Er kennt die Brüsseler Szene seit vielen Jahren und ist nicht zuletzt dank seines trockenen Humors beliebt bei Abgeordneten, Beamten und Journalisten. Als polnischer Beamter arbeitete er bereits in den Nullerjahren an EU-Haushalten mit.

Von 2014 bis 2019 war er Kabinettschef des damaligen EU-Ratspräsidenten Donald Tusk. Dieser ist inzwischen polnischer Ministerpräsident und schickt nun seinen Vertrauten Serafin in die Kommission. Aufgrund seiner Erfahrung mit Budgetfragen wäre der Diplomat gut geeignet für den Haushaltsposten.

Raffaele Fitto

Land: Italien

Aktueller Job: Europaminister

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat ihren Kandidaten noch nicht nominiert, doch gilt der 54-jährige Europaminister Raffaele Fitto als klarer Favorit. Der ehemalige Europaabgeordnete ist einer der wenigen Pro-Europäer in der rechtsnationalen Partei Fratelli d'Italia. Er war früher Mitglied der Forza Italia, wechselte aber 2018 nach einem Streit mit Forza-Gründer Silvio Berlusconi zu den Fratelli.

Meloni will Italiens Einfluss in der Kommission sichern, idealerweise durch einen Vizepräsidentenposten mit einem großen wirtschaftlichen Portfolio. Fitto war in Rom unter anderem zuständig für die Verteilung der Gelder aus dem Corona-Wiederaufbaufonds NextGenEU. Dabei hatte er Probleme, ausreichend sinnvolle Projekte für die Mittel zu finden. In Brüssel genießt er einen guten Ruf als lösungsorientierter Politiker.

Wopke Hoekstra

Land: Niederlande

Aktueller Job: EU-Klimakommissar
Lange war nicht ausgemacht, ob die Niederlande nach dem Regierungswechsel in Den Haag den amtierenden Klimakommissar Wopke Hoekstra noch einmal nominieren. Doch hielt die Rechtskoalition von Geert Wilders an dem Christdemokraten fest, weil er in seinem ersten Jahr in Brüssel gute Arbeit geleistet hat.

Der ehemalige Manager des Ölkonzerns Shell folgte auf den Sozialdemokraten Frans Timmermans, den Erfinder des „Green Deals“. In den Anhörungen im Europaparlament musste

Hoekstra beweisen, dass er die Klimapolitik der EU fortführen und zugleich stärker auf die Bedenken der Wirtschaft eingehen wird. Der Klimaposten war für den ehemaligen niederländischen Finanz- und Außenminister jedoch nur ein Sprungbrett. Als neue Klimakommissarin wird die spanische Vize-Regierungschefin Teresa Ribera gehandelt. Hoekstra hingegen will einen Posten mit mehr Prestige.

Von der Leyen muss nun kreativ werden. Auch Irland, Slowenien und Tschechien haben ihr Interesse an den beliebten Posten bekundet. Zudem fordern zwei Bekannte aus der alten Kommission wieder ein Wirtschaftsportfolio: der lettische Handelskommissar Valdis Dombrovskis und der französische Binnenmarktkommissar Thierry Breton. Die Kommissionschefin könnte zusätzliche Posten mit Wirtschaftsbezug schaffen, indem sie die Portfolios neu definiert. Angekündigt hat sie bereits zwei neue Ressorts für die Rüstungsindustrie und den Wohnungsbau.

Nicht gefallen dürfte ihr, dass fast alle Regierungen ihre Aufforderung ignoriert haben, je einen Mann und eine Frau vorzuschlagen. Unter den 22 bisher bekannten Bewerbungen sind nur fünf Frauen. Von der Leyen könnte ihre Kommission womöglich nicht wie versprochen paritätisch besetzen. Es könnte ein Vorteil sein, dass so viele Staaten Kandidaten mit Wirtschafts- und Finanzexpertise benannt haben. Da die Zahl dieser Jobs begrenzt ist, könnte von der Leyen einige Männer abweisen – und erneut um weibliche Namen bitten.

5

Frauen sind unter den 22 bisher bekannten Bewerbungen.

KREATIVE NACHWUCHSGEWINNUNG VORSPRUNG DURCH DEN EIGENEN TALENT-POOL



Ein Talent-Pool ist mehr als nur eine Datenbank mit Adressen potenzieller Kandidat:innen zur Besetzung von Jobs. Clever gepflegt, erweist sich ein Talent-Pool als wirksames Werkzeug für Unternehmen, um sich im aktuell verschärften „War for Talents“ Vorteile zu sichern.

Der Fachkräftemangel setzt der deutschen Wirtschaft zu. Einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge wird die Zahl der Fachkräfte, die dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, bis 2035 um 7 Millionen abnehmen, bis 2060 sogar um 16 Millionen. Anlass genug für deutsche Unternehmen, die derzeit raren Talente proaktiv zu finden und zu binden – mithilfe eines Talent-Pools.

„Ein Talent-Pool ist eine strategische Sammlung potenzieller Kandidat:innen, die für zukünftige Stellenangebote im Unternehmen in Betracht gezogen werden“, erklärt Lenke Taylor, Chief People Officer (CPO) beim HR-Software-Unternehmen Personio. „Diese Datenbank kann durchaus

breit gefächert sein und sowohl Personen umfassen, die dem Unternehmen bereits bekannt sind – etwa durch eine vorherige Bewerbung oder als bestehende Mitarbeitende, die als wertvolle Talente identifiziert wurden –, als auch ganz neue Kandidat:innen, die dem Unternehmen noch nicht bekannt sind, aber für zukünftige Stellen im Unternehmen infrage kommen könnten.“

Viele Quellen nutzen

Um einen Talent-Pool nachhaltig und sinnvoll aufzubauen, bräuchten Unternehmen zunächst eine klare Strategie zur Identifikation und Erfassung passender Kandidat:innen, so Taylor. „Dabei ist es durchaus sinnvoll, Talent-Pools aus einer Vielzahl unterschiedlicher Quellen aufzubauen“, rät die Expertin. „Die Nutzung von beruflichen

Unternehmen brauchen eine klare Strategie zur Erfassung passender Kandidat:innen.

Lenke Taylor, Chief People Officer bei Personio

Netzwerken, Karrieremessen, sozialen Medien oder Empfehlungen von Mitarbeitenden sind nur einige Beispiele. Ein weiterer Tipp, um das Netzwerk auszubauen: Personen, die bereits Teil des Talent-Pools sind, dazu animieren, Verbindungen zu möglichen neuen Kandidat:innen herzustellen, die ebenfalls für das Unternehmen interessant sein könnten.“

Aktivitäten im Real Life wichtig

Rein technisch gesehen, sei eine gute Software wichtig, ergänzt Andrea König, Employer Branding Specialist bei Wien Energie, dem größten österreichischen Energieversorger. „Die Anmeldung für den Talent-Pool sollte einfach sein und die Software sollte der Gefahr von Karteileichen vorbeugen, indem sie den registrierten Kandi-

AUSGEZEICHNETER KARRIERESTART

Handelsblatt



Von Unternehmenskultur über Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben bis zu Weiterentwicklung: Bei geprüften Fair Companies finden Berufseinsteiger:innen und Young Professionals ein faires Arbeitsumfeld und spannende Perspektiven.



Jetzt diese und alle weiteren Fair Companies sowie attraktive Jobs entdecken auf [faircompany.de](https://www.faircompany.de)

dat:innen regelmäßig Reminder mit der Bitte um Datenupdates sendet“, sagt König. „Auf diese Weise wird auch der Curriculum Vitae (CV) immer auf dem neuesten Stand gehalten.“

Ebenso relevant, so König, „ist eine sinnvolle Filterfunktion, die Talente nach Ausbildung, Studium oder dem Ort filtert, an dem ein Unternehmen das Talent persönlich kennengelernt hat“. Mit einer reinen Techniklösung ist es nämlich nicht getan – genauso essenziell sind Aktivitäten im Real Life, mit denen das Unternehmen die Talente in die Datenbank holt. Hochaktiv ist da beispielsweise die Telefongesellschaft Sipgate mit Sitz in Düsseldorf.

Mit TikTok den Talent-Pool aufbauen

So baut das Unternehmen seinen hauseigenen Talent-Pool etwa mit dem Programm „Hacking Talents“ auf, wie Bastian Wilhelms, Mitglied der Geschäftsleitung bei Sipgate, verrät. „Bei ‚Hacking Talents‘ arbeiten wir mit Universitäten wie der Hochschule Ruhr West im Ruhrgebiet, der Universität Duisburg-Essen und der Hochschule Düsseldorf zusammen, um mögliche Kandidat:innen für ein Praktikum schon abzugreifen, während diese sich noch im Bewerbungsprozess um einen Studienplatz an der Uni befinden.“ Die Erfolgsquote dabei sei enorm, „pro Jahr generieren wir bis zu 3.000 Bewerber:innen“, sagt Wilhelms.

Auch die Deutsche Bahn (DB) setzt auf die junge Zielgruppe, um ihren Talent-Pool aufzubauen. Nachdem die DB in den letzten Jahren unter anderem Informationen zu ihren Ausbildungsberufen auf TikTok veröffentlicht hat, nutzt sie die Plattform im Jahr 2024 nun auch verstärkt als möglichen Kanal, um konkrete Jobs hervorzuheben und Bewerbungen zu generieren. „TikTok ist eine wertvolle Ergänzung in unserem Marketingmix, um die Deutsche Bahn als attraktive Arbeitgeberin zu präsentieren und langfristig neue Talente zu gewinnen“, unterstreicht Kerstin Wagner, Leiterin Personalgewinnung bei der DB.

Lust aufs Mitmachen wecken

Der Pharmadienleister Vetter nutzt ebenfalls soziale Medien, wie Christian Schumacher, Manager Talent Acquisition bei Vetter, erklärt. „Basierend auf unserem speziellen Anforderungsprofil, knüpfen wir über Plattformen wie LinkedIn einen unverbindlichen Erstkontakt zu potenziellen Stellenkandidat:innen“, so Schumacher. „Bei beidseitigem Interesse und Passung nehmen wir diese Kontakte gerne in unseren Talent-Pool auf und bleiben darüber im Austausch mit ihnen.“ Als Teil des Innovationsansatzes veranstaltet Vetter zudem „Hackathons“, bei denen die Mitarbeitenden gemeinsam nach innovativen Lösungen suchen, etwa im Bereich der Digitalisierung, so Schumacher: „Damit wecken wir Interesse zum Mitmachen, sowohl bei bestehenden Mitarbeitenden als auch bei potenziellen Kandidat:innen.“

Risiko einer Fehlauswahl sinkt

Ein weises Vorgehen, so Personio-CPO Lenke Taylor: „Ein Talent-Pool optimiert die Vorauswahl durch vorhandene Informationen und der Rekrutierungsprozess muss nicht jedes Mal bei null beginnen.“ Zudem sinke das Risiko einer Fehlauswahl, so Taylor: „Wenn Unternehmen jederzeit über eine ‚Talent-Reserve‘ verfügen, kann flexibler eingestellt werden – zum Beispiel für Stellen, die sehr schnell besetzt werden müssen, um bei der Bewältigung neuer Herausforderungen zu helfen.“ Und das ist wichtig – denn an neuen Herausforderungen wird es künftig garantiert nicht mangeln.

Aufbau eines Talent-Pools: 7 Hacks



Präsenz bei Jobmessen: Nutzen Sie Karriere- und Jobmessen, um sich und Ihr Unternehmen vorzustellen und den persönlichen Kontakt zu neuen Talenten zu suchen. Jobmessen bieten dafür den perfekten Rahmen, um potenzielle Bewerber:innen kennenzulernen und Kontaktdaten zu sammeln.



Zusammenarbeit mit Hochschulen: Greifen Sie den Nachwuchs dort ab, wo er seine berufliche Laufbahn beginnt: an Universitäten, Fachhochschulen, Akademien. Unternehmen wie Sipgate machen es durch Kooperationen mit Hochschulen vor, die ihnen Talente vermitteln (nachzulesen in unserem Artikel). Auch durch Events oder Infostände auf dem Campus können Sie den Nachwuchs erreichen.



Aktionen bei Social Media: Manche Unternehmen sind so schlau, neue Talente in den sozialen Medien zu suchen. Junge Erwachsene sind täglich mehrere Stunden auf Instagram und TikTok unterwegs; mit Videos und Accounts auf diesen Social-Media-Kanälen für das eigene Unternehmen zu werben, lohnt also und bringt Sie mit Ihrem Nachwuchs auf Augenhöhe.



Mundpropaganda: Bitten Sie Ihr Personal, Stellenanzeigen in ihren eigenen sozialen Kanälen zu teilen oder geeignete Kandidat:innen aus ihrem Freundes- und Bekanntenkreis weiterzempfehlen.



Weiterbildung: Für den Aufbau eines Talent-Pools ist nicht nur die Neuaquise von Talenten wichtig, sondern auch die Pflege der bereits im Unternehmen arbeitenden Talente. Durch Weiterbildungen können Unternehmen sie an sich binden und gleichzeitig benötigte Kompetenzen gezielt aufbauen.



„Talent-Pool“-Software nutzen: Pflegen Sie die Kontaktdaten potenzieller Talente, die Sie im Real Life einsammeln, in ein Tool ein, das eigens als „Talent-Pool“ konzipiert wurde. Verwenden Sie zudem eine „Talent-Pool“-Software mit einer unkomplizierten Usability und dem automatischen Versand von Remindern für Updates persönlicher Daten, um Karteileichen zu vermeiden.



Strategisches Bewerbermanagement: Schaffen Sie eine positive Candidate Journey. Senden Sie guten Kandidat:innen oder der Zweitwahl für eine Stelle nicht einfach eine Absage, sondern halten Sie Kontakt mit Blick auf andere/künftige Stellen.

Fair Company Jubiläum

Seit 20 Jahren schafft Fair Company Transparenz für den Berufsstart. Initiiert wurde das Netzwerk 2004 vom Handelsblatt, um auch in einem schwierigen Arbeitsmarkt gute Bedingungen zu schaffen und der damaligen „Generation Praktikum“ einen besseren Berufsstart zu ermöglichen. Mit der Arbeitswelt und dem Wandel zum Bewerbermarkt verändern sich stetig auch die Kriterien, die Unternehmen zu einem attraktiven Arbeitgeber für Young Talents machen. Die Prüfung und Aufnahme als Fair Company erfolgt zusammen mit dem Institut für Beschäftigung und Employability (IBE) als wissenschaftlichem Partner.

Fair Company verbindet Unternehmen und Nachwuchskräfte: Werden auch Sie Teil des Netzwerks!



Teamwork statt Tretmühle.

Zeige Wirkung in der Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung oder Unternehmensberatung. Genau dort, wo Du gerade stehst, kannst Du mit uns Deine Karriere starten oder weiter wachsen lassen. Wir begleiten Dich persönlich – so wie Dijana.

„Hier erlebe ich Wertschätzung.“



Checklisten-Fan. Powerfrau. Senior Consultant im Advisory. Ein Ich von über 1.900 Wir. Passen wir zu Dir? Lerne Dijana und uns kennen.

Lerne uns kennen. [grantthornton.de/zukunft](https://www.grantthornton.de/zukunft)



Audit & Assurance | Tax | Advisory | Legal

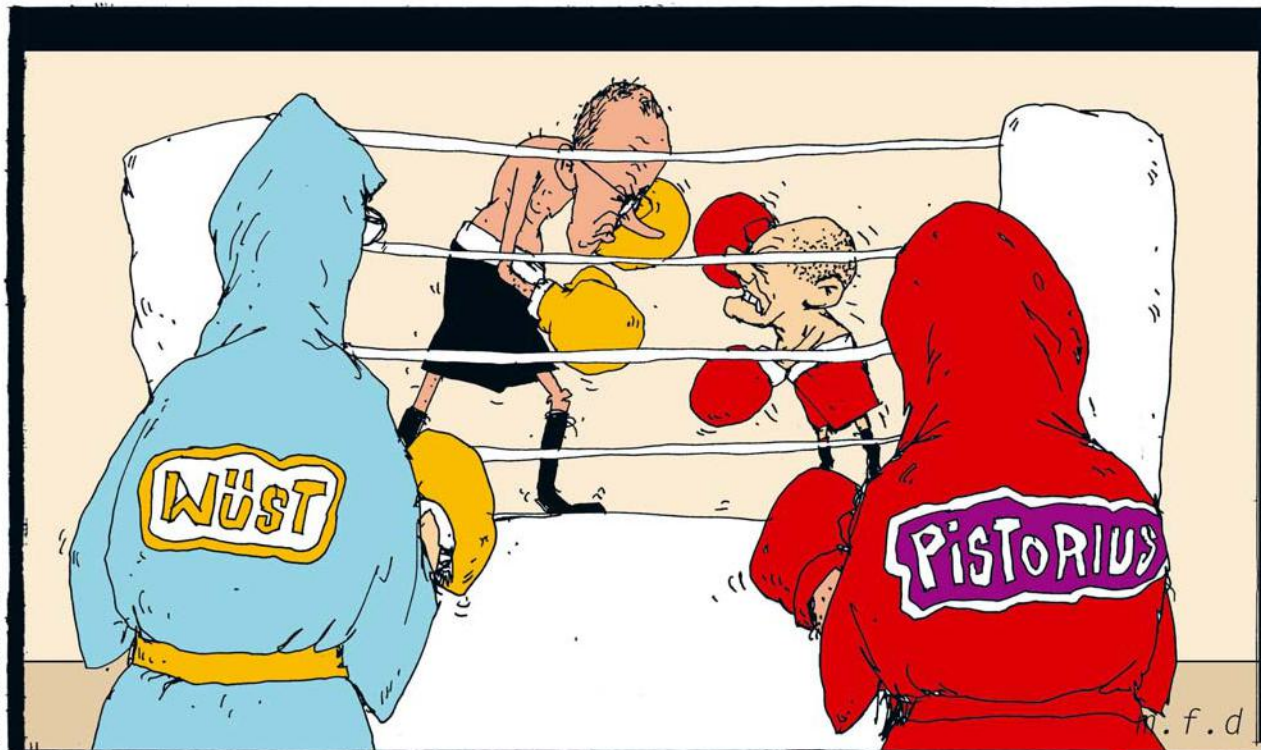
© 2024 Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

TikTok ist eine wertvolle Ergänzung in unserem Marketingmix.

Kerstin Wagner,
 Leiterin Personalgewinnung bei der Deutschen Bahn

Wir arbeiten mit Universitäten zusammen, um mögliche Talents schon früh abzugreifen.

Bastian Wilhelms,
 Teil der Geschäftsleitung bei Sipgate



Ein Harris-Moment für Deutschland

Merz gegen Scholz? Nein danke!

SPD und CDU sollten mit Hendrik Wüst und Boris Pistorius in den Wahlkampf ziehen.

Es ist ein Umschwung, der noch vor vier Wochen unmöglich erschien: Wo sich Untergangsstimmung ausbreitete, herrscht plötzlich Jubel. Heiterkeit und Zuversicht verdrängen Depression und Defätismus. Der Parteitag der US-Demokraten in Chicago war ein Spektakel, bei dem nicht nur die neue Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris gefeiert wurde, sondern auch die Wiederentdeckung der Obama-Versprechen von „Hope“ und „Change“. Der Traum vom politischen Aufbruch lebt. Zumindest in den Vereinigten Staaten.

Der Kontrast zur tristen Berliner Wirklichkeit könnte kaum größer sein. Lange waren die Deutschen mit einem nüchtern-pragmatisch vor sich hin regierenden Führungspersonal zufrieden, wähten ihr Land in kompetenten Händen. Damit ist es vorbei. Das Berliner Establishment findet kein Rezept gegen die grassierende Abstiegsangst, verliert die Bindung an die Bevölkerung. Die Ampelkoalition hat fertig, in lichten Momenten räumen ihre Spitzenvertreter das sogar selbst ein. Die Union profitiert von der Schwäche der Regierung, aber Aufbruchstimmung verbreitet auch sie nicht.

Ein Kanzler, dem praktisch nichts mehr gelingt, ein Oppositionschef, der aus der Zeit gefallen ist: Olaf Scholz und Friedrich Merz, die beiden Männer, die aller Voraussicht nach 2025 die Kanzlerschaft unter sich ausmachen werden, sind die führenden Repräsentanten des Status quo, dessen viele Wähler überdrüssig sind. Wenn etwas derzeit Konjunktur hat in Deutschland, dann ist es schlechte Laune. Der Blick in die USA zeigt allerdings, wie flüchtig solche Stimmungen sein können. Noch im Juli schien Amerika im Stimmungstief gefangen zu sein. Präsident Joe Biden gegen Donald Trump – die Wahl zwischen zwei alten, verbitterten und zunehmend unzurechnungsfähigen Männern trieb die Wähler in die Verzweiflung. Trumps innerparteiliche Konkurrentin Nikki Haley hat früh erfasst, was das bedeutet: „Die erste Partei, die ihren 80-jährigen Kandidaten in Rente schickt,



Moritz Koch ist Politikchef.
Sie erreichen ihn unter:
koch@handelsblatt.com

wird die Wahl gewinnen“, sagte sie voraus. Ob Haley recht behält, ist offen. Die Umfragen bleiben knapp.

Die demokratische Jubelarie von Chicago darf nicht darüber hinwegtäuschen, wie stark der Rückhalt für den Republikaner weiterhin ist. Aber mit Biden als Kandidaten wäre die Wahl für die Demokraten schon gelaufen gewesen. Das ist der Grund, warum jetzt vom „Harris-Effekt“ die Rede ist. Der Harris-Effekt lehrt, was möglich ist, wenn Parteien ihr Führungspersonal im richtigen Moment austauschen. Und er beweist, dass nicht nur die Radikalen mobilisieren können, sondern auch die Anständigen. Das Begeisterungsvermögen einer wachgeküssten Demokratie – so lässt sich beschreiben, was in Chicago wie politische Magie erschien.

Populisten, deren Geschäft die Angstmacherei ist, fürchten nichts so sehr wie Zuversicht: Angesichts der hohen Umfragewerte für das links-nationale Bündnis Sahra Wagenknecht und die ultrarechte AfD können auch deutsche Parteistrategen viel von dieser Erkenntnis lernen. Nur, wer soll diese Zuversicht in Deutschland wecken? Scholz, der wortkarge Chef einer hoffnungslos zerstrittenen Koalition? Merz, dessen Machtstreben wie eine Therapie für sein Merkel-Trauma wirkt? Sicher nicht. Scholz' Ankündigung, erneut zu kandidieren, trifft bei nicht einmal 30 Prozent der Wähler auf ein positives Echo. Merz halten sogar nur 18 Prozent für den

geeigneten Kanzlerkandidaten der Union. Das Land braucht einen Ruck, einen Neustart, einen Harris-Moment. CDU und SPD müssen bereit sein, die Führungsfrage zu stellen.

Deutschlands beliebtester Politiker ist Verteidigungsminister Boris Pistorius, er könnte die SPD aus dem Umfragetief ziehen. Pistorius ist, was Scholz nie sein wird: geradeheraus und nahbar. Ein Bürgermeister der Nation. Dass er parteiintern wegen seiner klaren proukrainischen Haltung umstritten ist, spricht nicht gegen, sondern für ihn. Die Union hätte die Wahl zwischen zwei ambitionierten Ministerpräsidenten: Markus Söder aus Bayern und Hendrik Wüst aus Nordrhein-Westfalen. Söder hat sich mit opportunistischen Pirouetten selbst ins Abseits befördert. Erst konnte ihm der Atomausstieg nicht schnell genug gehen, dann war das Aus der AKW ein „schwerer Fehler“. Erst machte sich der CSU-Mann an die Grünen ran, dann erklärte er sie zu politisch unerwünschten Personen.

Wüst hingegen beweist, dass ein ruhiger, konsensorientierter Stil die Wähler überzeugt. In Nordrhein-Westfalen erreicht die CDU Werte, von denen sie im Bund nur träumen kann: Aktuell liegt sie zwischen 38 und 40 Prozent. Und auch das zeigen die Daten: Mit einem Mittelkurs lassen sich BSW und AfD kleinhalten. Gute Laune, klare Linie, verständliche Sprache: Das wäre auch für Deutschland ein Erfolgsrezept, setzt aber den Mut voraus, die eigene Führung infrage zu stellen. Bisher ist von diesem Mut wenig zu spüren. Doch wenn am ersten September-Sonntag AfD und BSW bei den Landtagswahlen triumphieren, könnte sich das ändern.

Jedenfalls dürfte die Einsicht der Trump-Rivalin Nikki Haley auch für Deutschland gelten. Die beste Aussicht darauf, das Kanzleramt zu gewinnen, hat jene Partei, der es als erste gelingt, ihren unbeliebten Spitzenkandidaten aufs Altenteil zu schicken.

► Bericht Seite 8

Notenbankertreffen in Jackson Hole

Der amerikanische Weg

Im Zweifel Gas geben – so funktioniert die Geld- und Finanzpolitik der USA.

Der Chef der US-Notenbank (Fed) hat den Märkten gegeben, was sie wollten. Bei der Notenbanker-Tagung in Jackson Hole im US-Staat Wyoming kündigte er an, die Zeit für niedrigere Zinsen sei gekommen. Im Vorfeld hatte es geheißt, Powell müsse nun klarmachen, wo die Fed geldpolitisch steht, er solle Führung zeigen. Aber führt er wirklich oder lässt er sich von den Erwartungen der Märkte führen?

Klar ist jedenfalls: In den USA befinden sich Geld- und Finanzpolitik jetzt im Einklang. Beide Strategien sind auf Expansion geschaltet. Das ist der große Unterschied zu Europa, der sich in der Vergangenheit auch schon häufig gezeigt hat. Während Amerikaner auf der Straße sehr vorsichtig fahren und deutsche Autobahnen ohne Tempolimit exotisch finden, treten sie in finanziellen Fragen lieber aufs Gas. Das ist in Europa umgekehrt, wo Deutschland mit der viel diskutierten Schuldenbremse beschäftigt ist, die eine expansive Finanzpolitik in der größten europäischen Volkswirtschaft verhindert.



Frank Wiebe ist Chefkomentator im Finanzressort. Sie erreichen ihn unter: wiebe@handelsblatt.com

Der „American Way“ ist mit großen Risiken verbunden. Schon gibt es Warnungen vor einem Wiederaufblühen der Inflation. Seit Monaten wird zudem über die steigende Verschuldung der USA diskutiert. Dabei herrscht Einigkeit, dass die Situation so nicht tragbar ist, sich aber nichts daran ändern wird.

Es geht nicht darum, die expansive Politik der USA den Europäern als Vorbild zu empfehlen. Aber häufig wird übersehen, dass sie wahrscheinlich der wichtigste Grund dafür ist, dass die Vereinigten Staaten immer wieder ein höheres Wirtschaftswachstum zeigen. Es gibt auch andere Gründe, etwa die Offenheit für neue Technologien, während in Deutschland „Technologie-Offen-

heit“ ein Codewort für das Festhalten am Althergebrachten ist.

Oft wird auch die Illusion verbreitet, in den Vereinigten Staaten sei alles unkomplizierter und unbürokratischer. Eine Aussage, die allerdings nur von Menschen kommen dürfte, die noch nie etwas mit US-Behörden zu tun hatten und in den USA noch nie eine Steuererklärung abgeben mussten.

Wer sich fragt, warum Europa wirtschaftlich immer wieder schwächer ist als die USA, sollte sich ein realistisches Bild von den Unterschieden machen. Dazu gehört, dass Geld- und Finanzpolitik auf der anderen Seite des Atlantiks anders ticken.

Der US-Weg ist, mit Wachstum aus der immer höheren Staatsverschuldung herauszuwachsen, der Weg im Euro-Raum sieht vor, das gleiche Ziel mit Regeln und Grenzen zu erreichen. Der amerikanische Weg ist mit Sicherheit der riskantere, der Euro-Weg kostet die Währungsunion jetzt schon Wachstum. Das alles ist kein Schicksal, sondern das Resultat von Politik.

► Bericht Seite 30

Außenansichten

THE TIMES

Zum Präsidentschaftswahlkampf in den USA meint die britische Zeitung „The Times“:

Für Kamala Harris beginnt jetzt der schwierige Teil. Sie wird zeigen müssen, dass sie in der für den 10. September angesetzten TV-Debatte mit Donald Trump mithalten kann. Trump hat Erfahrung mit solchen Duellen, sie hingegen fast keine. Zudem muss sich Harris schwierigen Fragen von Reportern stellen. Sie muss eine Wirtschaftspolitik erklären, die von einigen als wenig kohärent bezeichnet wurde. Und sie muss einem größtenteils skeptischen Amerika sowie Verbündeten versichern, dass sie tatsächlich am Engagement der USA in der Nato festhalten und die Ukraine weiterhin unterstützen wird. Europa hat bei Amerikas Wahlkampf kein Mitspracherecht. Aber es hat ein Interesse daran, ein enges Bündnis mit Washington aufrechtzuerhalten und sicherzustellen, dass die Ukraine nicht im Stich gelassen wird. Außerdem muss es beide Parteien davon überzeugen, dass eine massive Erhöhung der US-Einfuhrzölle nicht nur den Verbündeten, sondern auch den USA schaden würde.

Neue Zürcher Zeitung

Zum Besuch des indischen Premierministers Narendra Modi in Kiew heißt es in der „Neuen Zürcher Zeitung“:

Es ist eine heikle Gratwanderung für Narendra Modi im Krieg um die Ukraine. Der indische Premierminister will einerseits den langjährigen Partner Russland nicht verärgern, zugleich aber auch den Sorgen des Westens Rechnung tragen. (...) Seit Beginn des Krieges betont Indien die Bedeutung der Diplomatie für die Lösung von Konflikten. Zwar hat es die humanitären Konsequenzen des Krieges bedauert, zur Einstellung der Feindseligkeiten aufgerufen und den Respekt für die Souveränität und Integrität der Staaten angemahnt. Es hat aber stets vermieden, Moskaus Verantwortung für den Krieg klar zu benennen. Delhi ist aber zugleich bemüht, seine Neutralität unter Beweis zu stellen. Auch wenn Modi seinen Besuch in Kiew nicht als Wiedergutmachung für die Visite in Moskau verstanden wissen will, ist er ein klares Signal an den Westen, dass Indien bei aller Nähe zu Moskau dessen Krieg nicht unterstützt.

the guardian

Die britische Regierung unter Labour-Premierminister Keir Starmer will das Verhältnis zur EU reparieren. Dazu meint der Londoner „Guardian“:

Es ist bislang nicht klar, inwieweit die Labour-Regierung grundsätzlich bereit ist, in den Beziehungen zur Europäischen Union Kompromisse einzugehen. Ein gewisser Wille ist zweifellos vorhanden. Die neue Regierung wird aber auch wissen, dass ein nur stückweiser Ansatz, etwa hinsichtlich der Grenzkontrollen für Urlauber, nicht ausreichen wird. (...) Bei allen Themen ist Großbritannien am Zug. Der Wunsch der Labour-Regierung, die Beziehungen zu Europa zu verbessern, ist durchaus begrüßenswert. Zugeständnisse an die EU sind erforderlich. Das wird zwangsläufig Empörung in den üblichen Kreisen der britischen Politik hervorrufen. Aber die Regierung muss standhaft bleiben. Großbritannien hat ein überwältigendes nationales Interesse an engeren und harmonischeren Beziehungen zu Europa. Und Millionen von Briten jeglicher politischer Couleur wollen auf Jahre hinaus so einfach wie möglich dorthin reisen und dort arbeiten können.

Tödlicher Anschlag

Solingen kann überall sein

Es ist unbegreiflich, dass es noch Kritik an härteren Anti-Messer-Regeln gibt.

Schon wieder Solingen. 31 Jahre nach dem rechtsextremen Brandanschlag auf ein Haus türkischstämmiger Familien erlebt die Stadt ein weiteres Trauma durch eine unfassbare Gewalttat: Auf dem Solinger Volksfest kommen drei Menschen ums Leben, acht weitere werden zum Teil schwer verletzt. Ein 26-jähriger Syrer hat sich nun der Polizei gestellt.

Die Reaktionen aus der Politik könnte man zynisch schon als gewohnten Alltag abtun. Bundeskanzler Olaf Scholz fordert harte Strafen. Innenministerin Nancy Faeser nennt den Anschlag „widerwärtig“ und versichert: „Wir lassen uns in solchen Zeiten nicht spalten, sondern stehen zusammen.“ Die Menschen hören diese Aussagen und fragen sich, ob sie reichen. Der Staat tut zwar viel für die Sicherheit seiner Bürger, aber nach solchen Taten wachsen die Zweifel an der Wirksamkeit. Was ist zu tun?

Erstens: Deutschland braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung für seine nationale Sicherheit. Alle Forderungen der Sicherheitskräfte sind bekannt. Nur die Umsetzung fehlt.



Thomas Sigmund leitet das Meinungsressort. Sie erreichen ihn unter: sigmund@handelsblatt.com

Neu ist: Das Messer ist inzwischen zur Alltagswaffe geworden. Die jüngst vorgestellte Kriminalitätsstatistik belegt das und benennt auch die Tätergruppe, die vor allem zu dieser Waffe greift. Es ist deshalb unbegreiflich, warum es immer noch Kritik an einem verschärften Anti-Messer-Gesetz gibt.

Natürlich kann ein Verbot des Tragens von Messern mit sechs Zentimeter langen Klingen in bestimmten Gebieten keine absolute Sicherheit garantieren. Doch wenn der Staat nicht jede Möglichkeit nutzt, um gegen diese Entwicklung vorzugehen, dann ist ihm nicht zu helfen.

Zweitens: Deutschland braucht einen starken Rechtsstaat und keinen

starken rechten Staat. Eine Woche vor den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen dürfte die Bluttat von Solingen der AfD weiter Auftrieb geben. Es braucht deshalb eine breite Debatte darüber, wie wir mit Menschen umgehen sollen, die nach der Grenzöffnung 2015 zu uns gekommen sind und ein völlig anderes Weltbild haben.

Die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) hat sich in einem Schreiben zu dem Angriff in Solingen bekannt. Der IS hasst so etwas wie ein „Fest der Vielfalt“. Wenn die Politik Abschiebungen im großen Stil nur ankündigt und keine Taten folgen, profitiert die AfD weiter.

Drittens: Wir sollten uns ein Beispiel an Mevlüde Genc nehmen, die in der Solinger Brandnacht vor 31 Jahren zwei Töchter, zwei Enkelinnen und eine Nichte verloren hat. Sie hat sich danach für Verständigung und Versöhnung zwischen Muslimen und Christen eingesetzt. Das mag für viele gerade nach einer solchen Gewalttat schwer vorstellbar sein. Der Hass lässt sicher aber nur so besiegen.

► Bericht Seite 6

Handelsblatt
— Gastkommentar —

Chinesische Technologien frühzeitig begrenzen

Während Tech-Unternehmen der Volksrepublik global expandieren, fehlt Berlin eine Strategie, um damit verbundene Sicherheitsrisiken zu kontrollieren. Die Folgen können gravierend sein.

Von **Valentin Weber**

Im August 2018 verbot Australien Huawei aus Gründen der nationalen Sicherheit den Ausbau des australischen 5G Netzwerks. Sechs Jahre später, im Juli 2024, folgte Deutschland diesem Beispiel. Doch 5G ist bei Weitem nicht die einzige Technologie, bei der chinesische Unternehmen eine bedeutende Rolle spielen und deren Teilnahme Deutschland im deutschen Markt regulieren muss.

In vielen Bereichen wie in grünen Technologien, bei Sicherheitssystemen wie Überwachungskameras, aber auch in den sozialen Medien ist Deutschland stark abhängig von chinesischen Lieferanten – trotz großer Sicherheitsbedenken. Es gibt von der Bundesregierung und Ministerien noch keinen Ansatz, wie das systemische Risiko, welches von chinesischen Technologien ausgeht, behandelt werden sollte.

Zweifellos können chinesische Komponenten in kritischer Infrastruktur wie im Finanzwesen, in der Logistik oder der Energieinfrastruktur zu einem Risiko werden – vor allem wenn Peking Berlins Positionen im Taiwan-Konflikt oder in anderen geopolitischen Auseinandersetzungen nicht gefallen. Deswegen sollte es in der Bundesrepublik klare und unmissverständliche Kriterien für eine Risikoreduzierung geben. Meine Vorschläge wären die drei folgenden:

Erstens: Chinesische Technologien mit Sicherheitsrisiko sollten aus Kommunen und öffentlichen Einrichtungen entfernt werden. Am Flughafen Berlin-Brandenburg zum Beispiel befinden sich Hikvision-Überwachungskameras, die ein- und ausfahrende Fahrzeuge aufnehmen und analysieren. So könnte China, das privilegierten Zugang zu Hikvision-Kameras hat, beobachten, ob, wann, wie oft und wohin Bedienstete des Bundesnachrichtendienstes (BND), der Bundeswehr oder des diplomatischen Corps ein- und ausreisen.

Zweitens: Chinesische Technologien sollten sich nicht auf Regierungs- und Militärgeländen wiederfinden. Auch sollten chinesische Elektroautos wie BYD oder Nio, die wie alle Elektroautos mit zahlreichen Kameras ausgestattet sind, genauso behandelt werden wie stationäre Kameras. Die Nutzung von chinesischer Software in Fahrzeugen (Volkswagens Softwareprodukte, die mit Xpeng entwickelt wurden) sollte wirklich kritisch überdacht werden. Die USA planen, autonome Fahrzeuge, die mit chinesischer Software ausgestattet sind, auf Amerikas Straßen zu verbieten.

Das bedeutet, dass auch deutsche Fahrzeuge, die auf solche chinesische Software zurückgreifen, zukünftig nicht in die USA exportiert werden dürften. Denn Fahrzeuge mit chinesischer Software, die eine erhöhte Autonomie aufweisen, können weitläufig raumbezogene Daten zur Objektbeschrei-



bung natürlich auch in Deutschland sammeln. Beispiel: Im August 2024 wurde bekannt, dass im Jahr 2021 das deutsche Bundesamt für Kartographie und Geodäsie von chinesischen Hackern kompromittiert wurde. Der Vorfall war so schwerwiegend, dass Berlin den chinesischen Botschafter einberief.

Drittens: Um das Risiko von chinesischen Technologien zu reduzieren, sollte deren Verbreitungsgrad begrenzt werden. Letztes Jahr nutzten 20,9 Millionen Menschen in Deutschland TikTok, was einem Verbreitungsgrad von 31 Prozent bei den 67 Millionen Internetnutzern entspricht. In den USA wird bekanntlich schon länger über ein TikTok-Verbot diskutiert und kürzlich auch ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Ein vollständiges Verbot ist umstritten, eine Limitierung der Verbreitung aber durchaus sinnvoll. Denn es ist offensichtlich, dass die Regierung in Peking über den Aufsichtsrat von Tiktoks Muttergesellschaft ByteDance den Algorithmus mitbestimmt.

In den USA verbietet die Bundeskommunikationsbehörde (FCC) amerikanischen und ausländischen Organisationen, TV-Stationen zu besitzen, die mehr als 39 Prozent der Ameri-

Hikvision-Kameras:
In vielen Bereichen ist Deutschland stark abhängig von chinesischen Lieferanten.

kaner erreichen. Ein ähnliches Limit könnte auch für soziale Medien in Deutschland in Betracht gezogen werden, wenn sie unter Einfluss der chinesischen Regierung stehen.

Meine vorgeschlagenen Maßnahmen zielen nicht auf die Abkopplung Chinas ab. Sie sind vielmehr als Beitrag zum Derisking gedacht. Während eine Abkopplung willkürliche Verbote bedeutet, stützt sich Derisking auf Risikoanalysen, Zahlen und Transparenz.

China musste nie wirklich Derisking im großen Maße betreiben, da es dem Großteil der westlichen Firmen nicht erlaubt, eine bedeutende Marktpräsenz aufzubauen. Und wenn China Risiko zulässt, dann gezielt. Wie zum Beispiel im Segment der elektrischen Fahrzeuge, wo Teslas Model 3 und Y nur in Regierungs- und Militärgelände einfahren dürfen, wenn sie in Shanghai hergestellt wurden.

In China wird jedes Risiko, das von westlichen Technologien ausgeht, von vornherein unterbunden oder niedrig gehalten. Deutschland muss lernen, das Risiko, das in vielen Bereichen von China ausgeht, entschlossen zu mindern und bei neuen chinesischen Technologien und Apps das Risiko frühzeitig zu begrenzen.



Der Autor

Valentin Weber ist Senior Research Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

How to Handelsblatt BUSINESS

WEBINAR DIGITALER KUNDENSERVICE IM ZEITALTER VON KI & CO - BEST PRACTICE & TRENDS

10. SEPTEMBER 2024 | 14:00 UHR

Angesichts steigender Kundenerwartungen an einen schnellen und personalisierten Service müssen Unternehmen ihren Kundenservice kontinuierlich optimieren. In diesem Webinar berichten Expertinnen und Experten aus der Praxis, wie Digital Experience Platforms (DXP) den Kundenservice transformieren können.

Ihre Expertinnen & Experten:



Michael Bartz
Director Digital Business,
USU Software AG



Katrin Cyrys
Account Executive,
Liferay GmbH



Martin Dietz
MY Putzmeister Program
Manager, Putzmeister
Holding GmbH

Jetzt kostenlos ansehen:
how-to-business.handelsblatt.com



Sponsored by



Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Franz Hubik Wien

Neuwagen werden noch größer und schwerer. So plant etwa der Stuttgarter Autobauer Mercedes-Benz im Zuge seiner Luxusstrategie, völlig neue Proportionen bei der nächsten Generation seiner Limousinen einzuführen. Demnach soll der 2025 erscheinende CLA einige Zentimeter länger und breiter ausfallen als die aktuelle Version. In seinen Ausmaßen wird er dann eher einer C-Klasse ähneln, erfährt das Handelsblatt aus Konzernkreisen. Mercedes strebe damit de facto eine Segmentverschiebung nach oben an, heißt es intern. Zumal der CLA mit dem bevorstehenden Ende der kompakten A-Klasse perspektivisch das Einstiegsfabrikat der Marke mit dem Stern darstellt.

Darüber hinaus soll sich die nächste C-Klasse bei Länge, Breite und Höhe an der derzeitigen E-Klasse orientieren. Die E-Klasse wiederum an

Schwerer und größer

Leergewicht von Neuwagen in Deutschland 2023 in Kilogramm

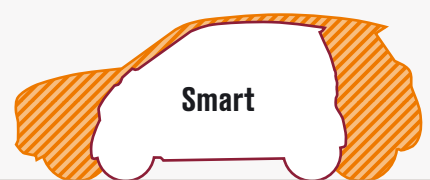
Zu 2013

Mercedes-Benz	2.011 kg	↗ +19 %
Porsche	1.988 kg	↗ +9 %
BMW	1.893 kg	↗ +15 %
Audi	1.772 kg	↗ +12 %
VW	1.590 kg	↗ +10 %
Opel	1.444 kg	↘ -1 %
Durchschnitt ¹	1.696 kg	↗ +15 %

Veränderung ausgewählter Modelle:



	Golf 1	Golf 8	Veränd.
Länge in cm	370,5	428,4	+58 %
Breite in cm	161,0	178,9	+18 %
Höhe in cm	139,5	149,1	+10 %



	ForTwo	Smart #1	Veränd.
Länge in cm	250,0	427,0	+177 %
Breite in cm	151,5	182,2	+31 %
Höhe in cm	154,9	163,6	+9 %



	2000	2021	Veränd.
Limousine			
Länge in cm	452,6	475,1	+23 %
Breite in cm	172,8	182,0	+9 %
Höhe in cm	142,6	143,7	+1 %

¹) Alle Zulassungen, alle Marken
HANDELSBLATT

Quellen: KBA, Carsized.com



Mercedes, BMW, VW

Autobauer im Größenrausch

VW, BMW und Mercedes setzen verstärkt auf Luxus und Masse. Baureihen wie CLA und S-Klasse werden immer wuchtiger. Experten warnen derweil vor Verschleiß von Straßen und Brücken.

der S-Klasse – und die S-Klasse in einigen Jahren in gänzlich neue Dimensionen vorstoßen. Mercedes wollte sich dazu nicht äußern.

Das Vorgehen der Schwaben ist kein Einzelfall. Einer Analyse der Umwelt-NGO Transport & Environment (T&E) zufolge werden Neuwagen in Europa alle zwei Jahre um einen Zentimeter breiter. Ein Ende des Größenrauschs ist nicht in Sicht. Der SUV-Boom, gepaart mit dem Ansatz vieler Hersteller, üppige Batterien bei Elektroautos zu verbauen, um hohe Reichweiten zu garantieren, steigert Abmessungen und Gewicht der Fahrzeuge weiter.

Der Kasseler Verkehrsforscher Helmut Holzappel warnt vor den Folgen. „Unsere Straßen, Brücken und Garagen sind nicht für so große und schwere Fahrzeuge konzipiert.“ Die Infrastruktur leide: „Ein zwei Tonnen schwerer Pkw verursacht etwa 16-mal so viele Schäden auf dem Asphalt wie ein Fahrzeug, das nur eine Tonne wiegt.“

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat bereits vor einem Jahr geschätzt, dass in deutschen Städten, Landkreisen und Gemeinden bis 2030 mehr als 280 Milliarden Euro für den Erhalt und die Erweiterung des Straßenverkehrswesens investiert werden müssten. Ein Drittel der Straßen in den Kommunen weist demnach größere Mängel auf, beinahe jede zweite Brücke ist in keinem guten Zustand. Auftraggeber der Studie war unter anderem der Verkehrsclub ADAC.

Vor allem Transporter, Lastwagen und 40 Tonnen schwere Sattelschlepper belasten die Infrastruktur. Doch auch die Masse an stetig wuchtiger werdenden Pkw wird zum Problem. Im Schnitt beträgt das Leergewicht eines Neuwagens

“

In vielen Garagen ist es längst so eng, dass man beinahe ein Artist sein muss, um aus aktuellen Autos wieder auszusteigen.

Jan Burgard
Chef von Berylls
by AlixPartners

in Deutschland laut Kraftfahrt-Bundesamt mittlerweile fast 1,7 Tonnen. Das ist ein Zuwachs von mehr als 15 Prozent seit dem Jahr 2013.

Mit Ausnahme von Opel haben alle deutschen Automarken binnen eines Jahrzehnts zwischen neun und 19 Prozent an Gewicht zugelegt. Am meisten Masse angesetzt haben in dieser Zeitspanne Mercedes und BMW.

Das liegt auch am Wunsch nach mehr Komfort für Fahrer und Passagiere: Mehr Sensoren, Assistenzsysteme, Massagesitze und umfangreiche Soundanlagen sowie große Displays, gerade bei Premiumfahrzeugen, sollen ins Auto passen. Darüber hinaus müssen alle Hersteller immer strengere Crashtests erfüllen und den Schadstoffausstoß von Verbrennern durch aufwendige Abgasnachbehandlungssysteme und Riemen-Starter-Generatoren senken.

Mit den steigenden Zulassungen von Elektroautos und Plug-in-Hybriden wird das Durchschnittsgewicht der Neuwagen zudem mittelfristig weiter zulegen. Hintergrund sind die Energiespeicher der Fahrzeuge. Um Reichweitenängsten vorzubeugen, werden gerade bei vollelektrischen Neuwagen der Premiumkategorie häufig Akkus mit einem Energieinhalt von teils mehr als 100 Kilowattstunden verbaut. Die können schnell 600 Kilogramm oder mehr wiegen.

Um derart große Batterien im Unterboden der Fahrzeuge unterzubringen, reicht der bestehende Platz zwischen Vorderachse und Hinterachse meist nicht aus. Die Radstände der etablierten Baureihen müssen verlängert werden. Was folgt, ist ein Kaskadeneffekt: größere Räder, wuchtigere Gesamtproportionen.

Mercedes CLA: Die Neuauflage des Modells soll ab 2025 noch einige Zentimeter breiter und länger sein. Schon die voluminöse G-Klasse (unten) gilt als Verkaufsschlager.



Mercedes-Benz AG, dpa

Nur so lassen sich Brancheninsidern zufolge noch ansprechende Exterieur-Designs umsetzen. Und Abstriche will hier niemand machen. Für viele Verbraucher sind schöne Silhouetten und optische Details zentrale Kaufkriterien. Dabei wiegen die meisten Elektroautos schon heute deutlich mehr als zwei Tonnen. Einige Anbieter loten zudem längst die Grenzen des Möglichen aus.

Der vollelektrische Monster-Pick-up GMC Hummer EV wiegt fast 4,5 Tonnen, die Elektroversion des Geländewagens G-Klasse von Mercedes kommt auf rund 3,1 Tonnen, der Cybertruck von Tesla auf drei Tonnen, und das RiesensUV XM von BMW bringt es als Plug-in-Hybrid bei mehr als fünf Meter Länge immer noch auf 2,7 Tonnen.

Die Renditen, die sich mit solchen Kolossen erzielen lassen, sind in der Regel weit höher als jene mit kleinen und kompakten Fahrzeugen. Daher wird bei Letzteren das Angebot bei den meisten Herstellern sukzessive ausgedünnt. Die Marke Smart, einst Synonym für Kleinstwagen, die auch quer in Parklücken passen, produziert heute über vier Meter lange SUVs und Crossover.

Bestseller wie der VW Golf sind über die Jahre enorm gewachsen. Die erste Generation des Modells, die in den 70er-Jahren auf den Markt kam, wog weniger als 800 Kilogramm und war 3,7 Meter kurz und 1,6 Meter schmal. In seiner achten Generation ist der Golf im Vergleich dazu um 58 Zentimeter länger geworden, um 17 Zentimeter breiter und um mehr als 500 Kilogramm schwerer.

Das Problem bei dem Trend zur Größe: Die Infrastruktur wächst nur bedingt mit. So beträgt die Regel-Stellplatzbreite für Pkw in Garagen seit Jahren 2,30 Meter. Der Bundesverband Parken



Größenentwicklung der Smarts: Statt Kleinstwagen setzt die Automarke mittlerweile auf SUVs.

3,1

Tonnen

wiegt die äußerst beliebte G-Klasse von Mercedes.

Quelle: Mercedes-Benz

e.V. fordert seit Langem eine Anhebung auf 2,50 Meter in der Muster-Garagenverordnung (MGarVO). Insbesondere bei Bestandsbauten sei es oft „nicht problemlos“ möglich, auf freiwilliger Basis die Stellplätze zu verbeitern, da sonst Bau- und Betriebsgenehmigungen erlöschen könnten.

Mehr als die Hälfte der hundert meistverkauften Pkw sind laut einer Auswertung der Umwelt-NGO T&E mittlerweile breiter als die Mindestparkplatzgröße auf den Straßen von europäischen Großstädten wie London, Paris oder Rom. Die Organisation kritisiert, dass immer mehr große SUVs und Picks-ups nach amerikanischem Vorbild auf Gehwegen parken und Fußgänger und Radfahrer gefährden würden.

„Es ist mittlerweile wirklich unnötig, dass viele Pkw-Baureihen immer breiter und größer werden“, moniert auch Jan Burgard, Chef der Unternehmensberatung Berylls by AlixPartners. „In vielen Garagen ist es längst so eng, dass man beinahe ein Artist sein muss, um aus aktuellen Autos wieder auszusteigen.“

Die Autobauer sollten Burgard zufolge auf überragende Technik und ein rundes Gesamtpaket setzen statt auf XL-Maße. Zumindest langfristig könne auch die Batterie keine Ausrede mehr für übergroße Fahrzeuge sein. „Die Energiespeicher werden bei gleichem Bauraum immer leistungsstärker und effizienter.“

PR/Carsized [M]



Getty Images

Pawel Durow gründete 2013 mit seinem Bruder den Messenger-Dienst Telegram.

Soziale Medien

Die Widersprüche des Pawel Durow

Der in Frankreich verhaftete Gründer des Messenger-Diensts Telegram kritisiert Russland – das ihm jetzt helfen will.

Mareike Müller Riga

In seinen Instagram-Posts ist die Botschaft von Pawel Durow, klar. „Um wirklich frei zu sein, solltest du bereit sein, alles für die Freiheit zu riskieren“, schreibt der Gründer der Social-Media-Plattform Telegram.

Diese Freiheit gilt auch für Telegram. Dort werden die Inhalte der Nachrichten nur wenig beaufsichtigt. Genau das werfen ihm jetzt französische Behörden vor. Am Samstagabend nahmen Beamte den 39-Jährigen am Pariser Flughafen fest. Laut dem Fernsehsender TF1 könnte noch am Sonntag ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden. Anscheinend laufen seit einiger Zeit bereits Vorermittlungen gegen Durow. Er soll sich mitschuldig gemacht haben an Drogenhandel, Betrug und Kindesmissbrauch, weil er auf Telegram zu wenig eingegriffen und nicht genügend mit den Behörden kooperiert habe.

Laut Guy Verhofstadt, Abgeordneter im Europaparlament und früherer belgischer Premierminister, steht Telegram im Zentrum der weltweiten Cyberkriminalität. „Meinungsfreiheit ist nicht ohne Verantwortung!“, schrieb er auf der Plattform X.

Diese Freiheit verteidigte Durow allerdings auch gegen russische Behörden, flüchtete 2014 aus dem Land. Ausgerechnet Russland will ihm nun beistehen. Das geht aus einer Mitteilung des Außenministeriums in Moskau hervor. Wladislaw Dawakow, Vizesprecher der Staatsduma, sagte, man solle „alle Anstrengungen“ unternehmen, um Durow in die Vereinigten Arabischen Emirate oder nach Russland zu bringen, sollte er nicht freigelassen werden. „Natürlich nur mit seiner Zustimmung“, fügte er hinzu.

„Er dachte, Russland sei das größte Problem“, schreibt Dimitri Medwedew, ehemaliger Präsident und Ministerpräsident des Landes, auf Telegram. „Für alle unsere gemeinsamen Feinde ist er immer noch ein Russe.“

Durow wurde 1984 in Russland geboren, wuchs aber teilweise im italie-

nischen Turin auf, wo sein Vater als Professor Philologie unterrichtete. Später kehrte die Familie nach Sankt Petersburg zurück. Dort gründete Durow mit seinem Bruder Nikolai 2006 VKontakte (heute vk.com), ein Facebook-ähnliches soziales Netzwerk. 2013 gründeten sie dann den Messengerdienst Telegram, den Schätzungen zufolge weltweit rund 900 Millionen Menschen monatlich nutzen.

Durow geriet immer wieder in Konflikt mit den russischen Behörden: Schon 2011 soll er sich geweigert haben, VK-Daten von Protestierenden an die russischen Behörden weiterzugeben. 2014 forderte der Kreml Durow auf, die Seite des bekannten Kremlkritikers Alexei Nawalny, der mittlerweile verstorben ist, zu sperren, um Proteste einzudämmen. Durow weigerte sich. Nach Durchsuchungen seiner Firmenzentrale und seiner Wohnung im selben Jahr trat er als VK-Direktor zurück, verkaufte seine Anteile und verließ Russland. Den Sitz von Telegram verlegte er später nach Dubai.

Querdenker nutzen Telegram

Der Dienst ist umstritten, weil die Chats und Kanäle von der Plattform nur sehr vereinzelt eingeschränkt werden – auch dann, wenn offen zu Straftaten aufgerufen wird und Nutzer mit Drogen handeln oder pornografische Inhalte in ihren Chats teilen. Auch in Deutschland ist die App beliebt, die Querdenker- und Impfgegnerszene organisierte sich darüber.

Telegram ist in Russlands immer noch eine der wichtigsten Plattformen für die ins Exil getriebenen unabhängigen Medien. Denn über Telegram-Kanäle können Russinnen und Russen deren Nachrichten lesen. Gleichzeitig nutzt auch die Regierung die Plattform, um Propagandanachrichten zu verbreiten. Die russischen Behörden versuchen seit Jahren, Telegram einzuschränken. In den vergangenen Tagen kam es in Russland vermehrt zu Problemen, seit Mitte August ist auch Youtube für Russinnen und Russen deutlich schwieriger zu nutzen.



Pflegeheim, Rolf Buch: Das Thema Pflege war von Anfang an ein Fremdkörper im Portfolio.

Getty Images, Jann Höfer für Handelsblatt

Immobilien

Vonovia will Pflegesperte verkaufen

Der Immobilienkonzern steuert auf einen wichtigen Deal zu. Doch es gibt einen bitteren Beigeschmack.

Carsten Herz, Hannah Krolle, Julian Trauthig Frankfurt, Köln

Es waren markige Worte, die Rolf Buch bei der Vorstellung der Halbjahreszahlen wählte. Der Vonovia-Chef sprach davon, bald wieder auf Wachstum umzuschalten. Die Zeit der Bilanzkonsolidierung sei vorbei. Die Voraussetzung dafür ist: Der Verkauf von weiteren Immobilien im Wert von 1,5 Milliarden Euro bis Ende 2024.

Um dieses Ziel zu erreichen, steuert ein entscheidendes Vorhaben nach Informationen des Handelsblatts aus Finanz- und Branchenkreisen nun auf einen Abschluss zu. Mehrere mit den Verhandlungen vertraute Personen gehen davon aus, dass eine Verkaufsvereinbarung noch im Sommer erfolgen werde. Dabei geht es um Teile der bei der Tochter Deutsche Wohnen angesiedelten Pflegesperte. Allerdings fällt die Trennung komplizierter aus als ursprünglich gedacht.

Denn es gibt für den Konzern einen bitteren Beigeschmack: Die Sparte werde nicht im Gesamtpaket verkauft, sagt ein Insider, sondern in mehreren Tranchen. Der Versuch, das Geschäft als einen Block zu verkaufen, sei zuvor an der Finanzierung gescheitert. Die Deutsche Wohnen hatte die Veräußerung in Paketen bereits auf ihrer Hauptversammlung angesprochen.

Bisher hatte der Dax-40-Konzern lediglich eine Trennung bis Ende des Jahres in Aussicht gestellt. Insgesamt steht die Pflegesperte mit rund 800 Millionen Euro bei Vonovia in den Büchern. Somit dürfte die Veräußerung der Pakete zusätzlich zu den größten Vonovia-Deals im laufenden Jahr zählen.

„Wir werden dann wieder mehr in unsere Bestände und den Neubau investieren.“

Rolf Buch
Vonovia-Chef

Eine Sprecherin von Vonovia wollte die Verhandlungen nicht kommentieren und verwies auf das Tochterunternehmen Deutsche Wohnen. Ein Sprecher der Deutschen Wohnen sagte, dass das Unternehmen grundsätzlich zu Marktgerüchten keine Stellung nehme.

Als Favoriten für einen Zuschlag werden in Finanzkreisen Investoren aus Asien gehandelt. Auch ein Staatsfonds soll zu den Interessenten zählen, heißt es.

Für die Bochumer wäre der Verkauf der Pflegesperte ein wichtiger Erfolg. Bereits im Jahr 2022 hatte der größte deutsche Immobilienkonzern beschlossen, einen Verkauf des Sektors zu prüfen – doch die Immobilienkrise und die Probleme im Pflegesektor machten eine Trennung schwieriger als erwartet. Ein Verkauf stand laut Finanzkreisen schon einmal vor längerer Zeit kurz bevor, scheiterte aber auf den letzten Metern. Auch intern sei zuletzt der Druck gestiegen, endlich einen Abschluss zu präsentieren, sagte ein Insider.

Vonovia war durch die 2021 erfolgte Übernahme des Rivalen Deutsche Wohnen an den Bereich gekommen, doch das Thema Pflege war von Anfang an ein Fremdkörper im Portfolio des Bochumer Konzerns. Die Deutsche Wohnen hatte das Segment schon vor Jahrzehnten aufgebaut, weil in der Pflege höhere Renditen als im normalen Wohnen zu erzielen sind. Die Berliner sind seit über 20 Jahren in der Pflege aktiv und mit mehr als 70 Pflegeheimen einer der größten Player in Deutschland. Zwei Drittel der Heime befinden sich im Eigenbetrieb. So besitzt die Deutsche Wohnen nicht nur Pflegeheime, sondern betreibt sie auch unter Marken wie

Katharinenhof sowie Pflegen & Wohnen Hamburg.

Doch Vonovia wurde mit der Pflegesperte nie richtig warm. Durch den Erwerb von Deutsche Wohnen habe man viel im Portfolio, „das wir sowieso verkaufen wollen“, sagte Buch bereits im vergangenen Jahr. Schon zum Jahresende 2023 hatte Vonovia Teile des Pflegesektors aus den normalen Zahlen des Geschäftsberichts herausgenommen und führt die Sparte bilanziell seitdem als „aufgegebenen Geschäftsbereich“. Bis Ende 2024 soll ein Käufer gefunden sein, hieß es damals schon. Angesichts einer alternden Gesellschaft und einer kontinuierlich steigenden Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen gelten Pflege- und Klinikgruppen grundsätzlich als interessante Investments für Finanzinvestoren, die ein Übernahmeobjekt zu meist um- und ausbauen, um es nach einigen Jahren weiterzuverkaufen.

Nachfrage nach Pflegeimmobilien steigt wieder

Die gestiegenen Energiepreise, zahlreiche Pleiten im Sektor sowie ein Fachkräftemangel beim Personal sorgten jedoch dafür, dass viele Investoren zuletzt einen Bogen um Pflegeimmobilien machten. Aus der Branche heißt es, dass der Markt nach der Anpassung der Pflegesätze jedoch mittlerweile wieder intakt sei. Das vergangene Jahr habe allerdings viel Vertrauen bei Investoren hierzulande zerstört. Das Fondshaus Dr. Peters Group machte zuletzt wieder ein gestiegenes Interesse ausländischer Investoren am Pflegemarkt aus.

Die Veräußerung soll den Bochumern finanziell weiteren Spielraum verschaffen. So will sich Vonovia-Chef Buch angesichts der vergleichsweise hohen Schulden des Konzerns dieses

Jahr auch noch von weiteren Wohnungsbeständen trennen, um die finanzielle Belastung zu drücken. Erst im Frühjahr hatte Vonovia in Berlin rund 4500 Wohnungen und ein Grundstück für rund 700 Millionen Euro an zwei kommunale Wohnungsgesellschaften verkauft sowie zu Beginn der zweiten Jahreshälfte ein Paket mit 1970 Wohnungen im Großraum Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet. Auch ein kleiner Teil der Pflegeheime wurde bereits im ersten Halbjahr verkauft.

Insgesamt sollen es in diesem Jahr Verkäufe für rund drei Milliarden Euro werden. Im abgelaufenen Jahr 2023 hatten die Bochumer durch Wohnungsverkäufe und den Verkauf von Minderheitsanteilen bereits Erlöse von rund vier Milliarden Euro erzielt – und lagen damit über Plan.

Das Pflegeheimgeschäft stand vor zwei Jahren noch mit 1,2 Milliarden Euro in den Büchern. Wegen gestiegener Kapitalkosten seien Geschäfts- oder Firmenwerte sowie die Markenrechte des Pflegebereichs abgewertet worden, begründete Vonovia den Schritt. Mit einem Bestand von rund 545.000 Wohnungen ist der Bochumer Konzern der größte Vermieter Deutschlands. Vonovia hatte im vergangenen Jahr wegen der Immobilienkrise sein Immobilienportfolio mehrfach abwerten müssen und damit Milliardenverluste erlitten.

Sollte der Verkauf der Pflegesperte und der restlichen Immobilien tatsächlich gelingen, hat Buch bereits eine klare Vorstellung für die Zukunft. Man wolle zunächst nicht weiter schrumpfen, sondern tendenziell wieder auf der Käuferseite aktiv werden, so der Vorstandschef. „Außerdem werden wir dann wieder mehr in unsere Bestände und den Neubau investieren.“

KI-Boom

Speicherchiphersteller Kioxia drängt an die Börse

Die frühere Chipsparte von Toshiba profitiert vom Hype um Künstliche Intelligenz und gehört heute zu den größten Herstellern.

Martin Kölling Tokio

Der japanische Chiphersteller Kioxia hat am Freitag einen Antrag auf Börsennotierung an der Tokioter Börse gestellt. Laut der japanischen Wirtschaftszeitung „Nikkei“ planen die Investoren, darunter der Investmentfonds Bain Capital, einen Börsengang des Unternehmens im Oktober.

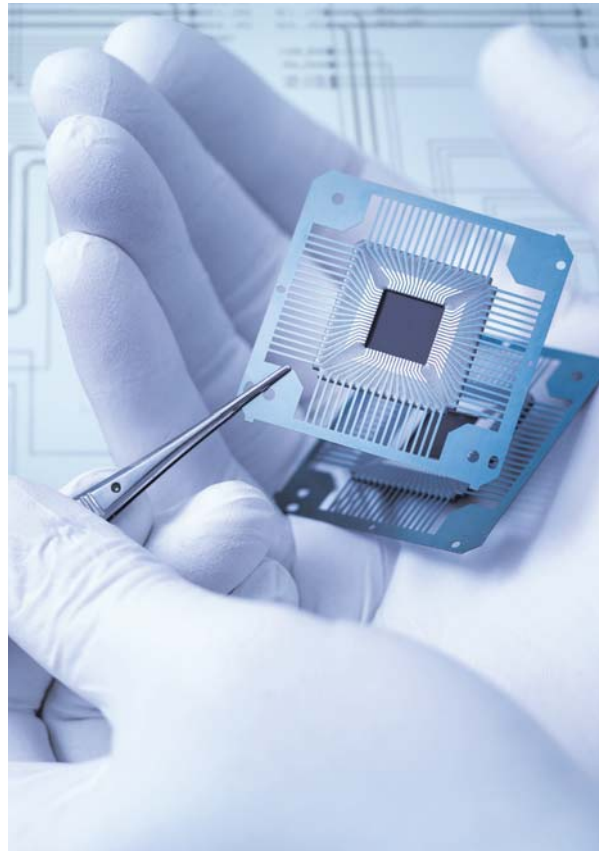
Die Investoren erwarten dem Bericht zufolge eine Marktkapitalisierung von mehr als zehn Milliarden Dollar. Dies wäre mit Abstand der größte IPO (Initial Public Offering) des Jahres in Japan. Denn Kioxia ist neben den südkoreanischen Konzernen Samsung Electronics und SK Hynix einer der drei großen Hersteller von Speicherchips, die gerade durch den Boom mit Künstlicher Intelligenz (KI) profitieren.

Besonders groß ist dabei die Nachfrage nach neuen, extrem schnellen sogenannten Dram-Speichern, die eine Art Kurzzeitgedächtnis für KI darstellen. Kioxia bietet zwar nur sogenannte Nand-Speicher an, die Informationen beispielsweise in Smartphones dauerhaft ablegen. Aber durch KI steigt deren Absatz. Zum einen benötigen

Handys mit KI-Funktionen leistungsfähigere Speicher. Zum anderen erhöht der KI-Trend die Nachfrage nach sogenannten Solid-State-Drives (SSD) für Unternehmensserver. Diesen Aspekt hält der taiwanische Marktforscher Trendforce für noch wichtiger. Die rasante Entwicklung des Speichermarkts hat Kioxia dieses Jahr bereits geholfen, sich aus tiefroten Zahlen herauszuarbeiten. Im Ende März abgelaufenen Bilanzjahr verbuchte der Halbleiterhersteller noch 244 Milliarden Yen (1,5 Milliarden Euro) Verlust. Seit Anfang des Jahres weisen die Quartalsbilanzen allerdings stark wachsende Gewinne aus.

Toshiba musste Chipsparte abspalten

Nach gescheiterten Fusionsverhandlungen mit dem Festplattenhersteller Western Digital sehen die Investoren durch diese Wende nun offenbar einen guten Zeitpunkt, ihr bereits sechs Jahre altes Engagement an die Börse zu bringen. Bis vor einigen Jahren war Kioxia die Chipsparte des Technikkonzerns Toshiba. Doch nach einem Bilanzskandal musste das Traditionsunternehmen seine lukrative Geschäftseinheit 2018 abspalten und An-



Speicherchip von Kioxia: Große Nachfrage durch KI-Hype.

teile verkaufen, um überleben zu können. Ein Konsortium unter Führung von Bain Capital, zu dem auch der südkoreanische Chiphersteller SK Hynix gehört, kaufte Teile des Geschäfts.

Die Firmengruppe hält derzeit 56 Prozent der Unternehmensanteile, Toshiba – das seit Ende 2023 selbst nicht mehr an der Börse gelistet ist – weitere 41 Prozent. Den bisherigen Berichten zufolge wollen die beteiligten Investoren ihre Anteile schrittweise auf den Markt bringen.

Details stehen noch nicht fest, dennoch stößt der Börsengang am Markt auf Interesse. Andrew Jackson, Leiter der japanischen Aktienstrategie bei Ortus Advisors, sagte der Nachrichtenagentur Bloomberg über den geplanten Börsengang: „Das Timing ist sehr gut.“ Er rät demnach seinen Kunden, so viele Aktien wie möglich zu erwerben.

Kioxia ist nicht das einzige Unternehmen, das den KI-Boom für den Schritt an die Börse nutzen will. In Südkorea vereinbarten zwei Halbleiter-Start-ups Anfang der Woche eine Fusion: Rebellions und Sapeon Korea vom Telekom-Konzern SK Telecom. Dadurch könnten sie leichter neues Geld von Investoren bekommen.

Getty Images

Anzeige

21-23
JAN
bcc Berlin

Handelsblatt ENERGIE GIPFEL 2025

Leonhard Birnbaum
E.ON

Prof. Dr. Veronika Grimm
TU Nürnberg

Kerstin Andreae
BDEW

Stefan Dohler
EWE

Nikolaus Valerius
RWE Generation

Raus aus dem Krisenmodus: wie die Energiewende zum Erfolg wird

Wir bringen die entscheidenden Köpfe aus Politik, Energie und Start-up zusammen, um die Weichen für den nachhaltigen Umbau des Energiesystems zu stellen.

Jetzt anmelden
handelsblatt-energiegipfel.de



Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Handelsblatt Insight
— Innovation —

Nie wieder Funkloch

US-Mobilfunker bauen einen Markt für Satelliten-Internet auf: Noch in diesem Jahr geht in den USA das erste Weltraumnetz für Smartphones in Betrieb. Vorn dabei sind Elon Musk und eine Tochter der Deutschen Telekom. Ein Milliardenmarkt lockt.

Philipp Alvares de Souza Soares
San Francisco

Elon Musk stammelte vor Aufregung, als er vor zwei Jahren auf eine Bühne im texanischen Boca Chica Village trat. Es gehe um einen „massiven Gamechanger“, der nicht nur ungeahnte Bequemlichkeit bieten, sondern auch „Leben retten“ werde, sagte der Milliardär, der auch Chef der Weltfirma SpaceX ist.

Konkret ging es um eine neue Art von Satelliten, von denen er Hunderte in die Erdumlaufbahn schießen wolle. Egal ob in den Bergen, auf dem Meer oder in der Wüste: Nutzer handelsüblicher Smartphones würden dank SpaceX bald in den ganzen USA telefonieren, Nachrichten schreiben und im Internet surfen können, versprach Musk. Die einzige Voraussetzung: ein unverstellter Blick in den Himmel.

Das Projekt trieb Musk gemeinsam mit Mike Sievert voran. Der ist Chef der Telekom-Tochter T-Mobile US, dem größten Mobilfunkanbieter des Landes. Sievert fasste das damals so zusammen: Man hänge „Mobilfunktürme in den Himmel“.

Umsatzpotenzial von „mehreren Milliarden Dollar“

Das Ziel: Die meisten Funklöcher, die in den USA zusammengenommen der Fläche von Frankreich und der Türkei entsprechen, sollen verschwinden. Zumindest eine Basisversorgung stünde im ganzen Land zur Verfügung. Ein neues Handy oder gar eine gesonderte Antenne sind dafür in der Regel nicht nötig. Die neue Technologie setzt auf konventionelles Funkspektrum, das auch auf der Erde verwendet wird. „Direct-to-Cell“, heißt das im Fachjargon.

Einfach umzusetzen ist das nicht. Die Satelliten hängen zwar auf einer niedrigen Umlaufbahn, was eine Verbindung mit geringer Verzögerung ermöglicht. Allerdings bewegen sie sich mit einer Geschwindigkeit von mehr als 27.000 Kilometern in der Stunde, was die Telekomunternehmen vor Herausforderungen stellt. So muss etwa der sogenannte Dopplereffekt herausgefiltert werden, der sonst Verzerrungen zur Folge hätte.

Es lockt die seltene Chance auf einen neuen Massenmarkt. Während Satellitentelefone bislang ein Schattendasein als Notfalldienst oder teures Spielzeug fristeten, ermöglicht die neue Technik einen preiswerten Ein-

satz im Alltag. Die Satelliten werden konventionelle Netze nicht ersetzen, aber erheblich aufwerten.

Jetzt verdichten sich die Anzeichen, das bereits im Herbst das erste Angebot von T-Mobile in den USA auf den Markt kommt. Mit dabei sind auch die Tech-Riesen Apple und Google, die mithilfe der neuen Technik ihre Smartphones aufwerten wollen. Analysten sprechen bereits von einem neuen „Weltraumrennen“, in dem es gelte, sich schnell einen guten Platz zu sichern.

„Plötzlich braucht jeder Telekomvorstand eine Satellitenstrategie“, sagt der Satellitenexperte Chris Quilty. Lluc Palerm-Serra, Forschungsdirektor beim Beratungshaus Analysis Mason, prophezeit den Unternehmen ein zusätzliches Umsatzpotenzial von „mehreren Milliarden Dollar“.

Quilty weist dabei auf ein weiteres Kalkül der großen Mobilfunkanbieter hin. In vielen Ländern müssen sie strenge Netzabdeckungsaufgaben der Behörden erfüllen. Doch der Ausbau mit klassischen Masten und Antennen wird immer teurer und ist einer der wesentlichen Kostentreiber der Branche. Gerade in der Provinz rentierten sich viele Standorte erst nach Jahrzehnten. Mithilfe der neuen Satellitentechnik könne dieser Druck erheblich reduziert werden, sagt Quilty. „Und die Investitionen müssen die Netzbetreiber zum größten Teil nicht mal selbst stemmen.“

Einstweilen liegen Musk und Sievert vorn. Laut einem Dokument, das SpaceX bei der Aufsichtsbehörde FCC eingereicht hat, steht die Einweihung des neuen Satellitenetzes kurz bevor. In dem Schreiben vom 30. Mai ist von einem kommerziellen Start „im Herbst“ die Rede.

Die Infrastruktur, die T-Mobile gemeinsam mit Musks Satelliteninternetdienst Starlink betreibt, ist wohl weitgehend fertig. Das Team habe „große Fortschritte“ gemacht, teilt eine T-Mobile-Sprecherin mit. Über 100 neue Satelliten seien bereits in Betrieb, 100 weitere sollen folgen. Kunden vieler Tarife sollen zum Start kostenlos auf sie zugreifen können.

”

Unsere Kunden werden entzückt sein.

JR Wilson
Vice President
AT&T



Zunächst soll es eine Art SMS-Angebot geben, das im kommenden Jahr durch Telefonate und Daten ergänzt werde, kündigten SpaceX und Starlink bereits Anfang des Jahres an. T-Mobiles Konkurrenten AT&T und Verizon werden ihre Kunden indes noch bis 2025 hinhalten müssen. Ihr Partner, AST Space Mobile aus Texas, plant, seine ersten „Bluebird“-Satelliten in den kommenden Monaten in den Himmel zu schießen.

Angeblich 5G-Geschwindigkeit erreichbar

Dafür sollen sie höhere Geschwindigkeiten bieten. AST wirbt gar mit 5G – ein mehr als selbstbewusstes Statement. Der derzeit modernste Mobilfunkstandard macht auf der Erde Geschwindigkeiten möglich, die sogar manche DSL- oder Kabelanschlüsse zu Hause nicht erreichen.

Selbst unter Idealbedingungen sind mit der aktuellen Satellitentechnologie jedoch lediglich niedrige LTE-Geschwindigkeiten – also 4G – möglich. AT&T spricht von einem Potenzial von um die zehn Megabit pro Sekunde. Für Videos in geringer Qualität würde das reichen.

Satellitenexperten wie Tim Farrar von der Beratungsgesellschaft TMF Associates rechnen in der Praxis jedoch mit weit langsameren Verbindungen. Da die Nutzerzahl je Satellit schnell zunehmen werde, sei mit ma-

ximal 50 Kilobit pro Sekunde nur ein Bruchteil der beworbenen Übertragungsraten realistisch. „Das Telefon wird 5G anzeigen“, sagt Farrar, aber das sei mehr „Hype als Realität“.

AT&T glaubt dennoch an seinen Satellitendienst. „Unsere Kunden werden entzückt sein“, sagt JR Wilson, der dort als Vice President die Netzstrategie entwickelt. Für ihn ist das Satellitenangebot ein Unterscheidungsmerkmal, ohne das künftig ein Premiumanbieter kaum am Markt bestehen können – gerade in den USA, die unter riesigen „dead zones“, also Funklöchern, in Nationalparks oder anderen beliebten Feriengebieten leiden. „In der Regel lohnt es sich nicht, dort einen Mobilfunkurm aufzustellen“, sagt Wilson. Dieses Problem könne man mit den AST-Satelliten nun relativ günstig lösen.

Seinen Kunden verspricht er dabei einen „nahtlosen“ Service. Verliere das Telefon etwa auf einer Autofahrt den Kontakt zum regulären Netz, würde ein laufender Anruf unterbrechungsfrei auf den Satellit übertragen. „Es wird keine Lücken mehr geben“, behauptet Wilson.

Deutsche Konzerne halten sich noch zurück

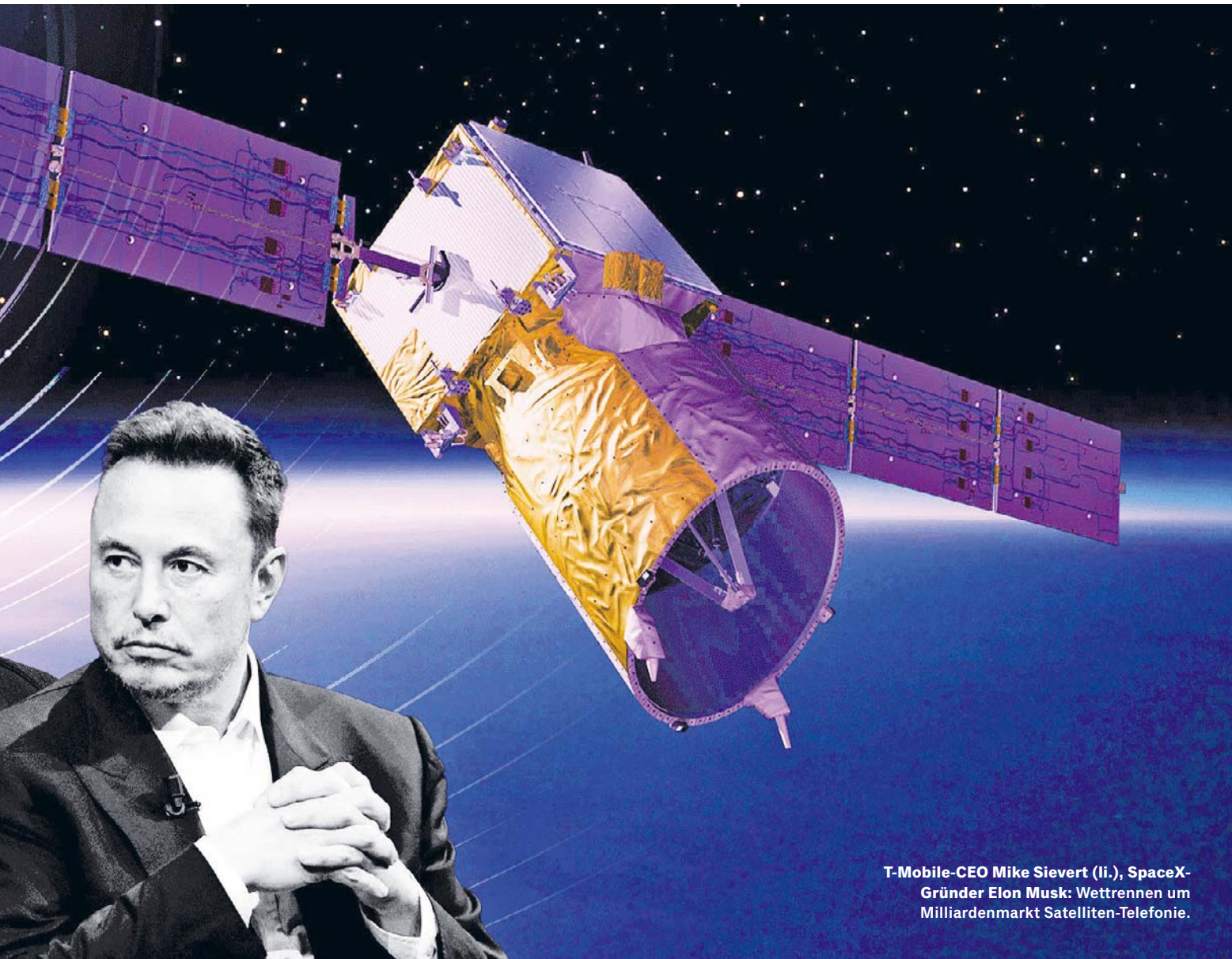
Unklar bleibt, welches Geschäftsmodell AT&T dabei verfolgen wird. Während AST vor Analysten davon sprach, Mobilfunkkunden Tagespässe verkaufen zu wollen, rechnen Branchenkreise bei AT&T mit einer monatlichen Zusatzgebühr in Höhe von bis zu zehn Dollar.

Wilson äußert sich dazu nicht. Er macht lediglich klar, dass es den Satellitenzugang nicht umsonst geben wird. T-Mobile soll Tim Farrar zufolge mit Starlink eine Art Provisionsmodell vereinbart haben. Demnach

Insight Innovation



Innovation ist Wirtschaft der Zukunft. Daher lohnt sich ein genauer Blick auf neue Produkte, Technologien und Verfahren. In der Serie „Insight Innovation“ will das Handelsblatt im Detail analysieren, wie Innovationen in Unternehmen funktionieren, welche Technologietrends auf uns zukommen und wie diese Branchen, Geschäftsmodelle und ganze Volkswirtschaften verändern.



T-Mobile-CEO Mike Sievert (li.), SpaceX-Gründer Elon Musk: Wettrennen um Milliardenmarkt Satelliten-Telefonie.

am Satellitenentwickler AST. Offiziell hieß es, dass es dabei um die Weiterentwicklung der Satellitenfunktionen des Betriebssystems Android gehe, das die Mehrheit der Smartphones weltweit antreibt.

155

Millionen Dollar

hat AT&T in AST Space Mobile investiert. AST wird in den kommenden Monaten besonders schnelle Satelliten in den Himmel schießen.

Quelle: Unternehmen

Amazon investiert derzeit einen zweistelligen Milliardenbetrag in ein unabhängiges, eigenes Satellitenetz namens Kuiper. Bislang plant der Konzern, mit dessen Hilfe schnelle Internetanschlüsse für zu Hause zu verkaufen. Die Angebote ähneln dabei denen von Musks Starlink.

Kuiper soll als Brückentechnologie zwar auch den Ausbau klassischer Mobilfunknetze vereinfachen. Eine direkte Verbindungsaufnahme zu normalen Smartphones ist mit den von Amazon gewählten Frequenzbändern aber nicht möglich.

Das Potenzial der neuen Satellitentechnik werde einstweilen noch immer unterschätzt, sagte Elon Musk 2022 in Texas. „Ich hoffe, dass die Öffentlichkeit die Tragweite erkennen wird.“ Gut möglich, dass sein Wunsch bald in Erfüllung geht.

würde die Telekom-Tochter für jedes Gigabyte bezahlen, das Musks Satelliten für ihre Kunden übertragen. T-Mobile wollte sich auf Anfrage nicht dazu äußern.

AT&T hat zusätzlich zu der bestehenden Partnerschaft im Januar 155 Millionen Dollar in AST investiert und stellt seitdem auch ein Mitglied des Aufsichtsrats. Der britische Anbieter Vodafone, der seine Tochtergesellschaften in Afrika mit Satellitendiensten stärken will, besitzt ebenfalls Anteile.

Die großen deutschen Telekommunikationskonzerne halten sich noch zurück. Im ebenso kleinteiligen wie dicht besiedelten Europa ist die Technologie nicht ohne Weiteres im großen Stil nutzbar.

Vor der US-Aufsichtsbehörde FCC ringen die Konzerne derzeit bereits um die Vorherrschaft. Kürzlich beantragten AT&T und Verizon dort

zum Beispiel, die Ansprüche von SpaceX in Sachen Signalstärke zu begrenzen. Offenbar fürchtet man, einen möglichen Vorsprung nicht mehr einholen zu können.

Apple sichert mit Satelliten seinen Premiumanspruch

In den USA setzen dabei nicht nur klassische Telekommunikationsunternehmen auf die neue Technologie. Auch Tech-Konzerne wie Apple oder Google drängen ins All. In der Folge entsteht eine bislang nie da gewesene Doppelstruktur. Während T-Mobile und Co. Satellitenetze für normale Mobilfunkkunden bauen, setzt das Silicon Valley auf exklusive Zusatzdienste für die Nutzer von Premium-Smartphones wie dem iPhone.

Insgesamt investierte der Apple-Vorstand um Chef Tim Cook bereits mehr als 450 Millionen Dollar in einen Satellitendienst, mit denen iPhone-Nutzer schon heute Notrufe absetzen und bald auch einfache Textnachrichten versenden können. Der Großteil der Mittel floss an den Satellitenbetreiber Globalstar, bei dem sich Cook rund 85 Prozent der Kapazitäten sicherte.

Da das Unternehmen Pläne für einen massiven Ausbau seines Netzes hegt, läge es nahe, wenn Apple sich daran beteiligen und künftig auch Anrufe und Datendienste anbieten würde. Auf Anfrage äußert sich der Konzern bislang nicht dazu.

Google, das in den USA bereits konventionelle Mobilfunkverträge anbietet, stellte Mitte August einen ähnlichen Satelliten-Notfallservice wie Apple vor. Käufer der neuesten Pixel-Smartphones werden ihn exklusiv nutzen können – zunächst ohne dafür bezahlen zu müssen. Parallel beteiligte sich auch Google

Anzeige

Es braucht 124 Berufe,
um das Wetter vorherzusagen,
aber nur einen Ort, um sich für
alle zu bewerben.

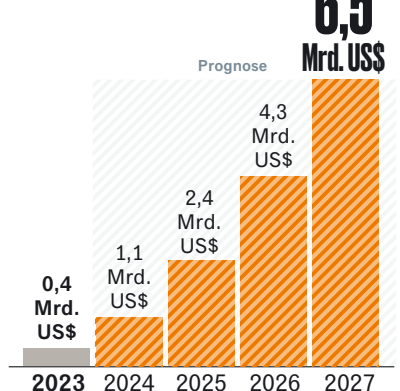


Jetzt auf
randstad.de



Neuer Markt im Weltall

US-Satelliten für Mobilfunk
Marktvolumen
in Mrd. US-Dollar



HANDELSBLATT

Quelle: Trendforce, März 2024

Strom

Regierungsplan trifft bei Energiefirmen auf Skepsis

Berlin hat ein Konzept vorgelegt, um die Stromversorgung trotz Kohleausstiegs zu sichern. Doch viele Energiekonzerne wollen an Altbewährtem festhalten.

Donald Trump, KI-generiertes Bild von Kamala Harris, angebliche Republikaner-Unterstützerin Taylor Swift: Trump nutzt KI, um Fake News über die Demokraten zu verbreiten.

Donald J. Trump
@realDonaldTrump



1:50 nachm. · 18. Aug. 2024 · 80,2 Mio. Mal angezeigt

101.305 Reposts 18.581 Zitate 787.651 „Gefällt mir“-Angaben

19.434 Lesezeichen

19.434

Besonders relevant

der ab, während der PR-Effekt der Provokation hängen bleibt. Musk weiß das für sich zu nutzen. Konzerne wie Google haben ihren KI-Assistenten und Bildgeneratoren bereits Schranken gesetzt, um Missbrauch zu verhindern. Freiwillig, denn anders als Musk haben sie bei ihren Zielgruppen noch einen Ruf zu verlieren. Der Tesla-Chef ließ sein KI-Modell Grok jüngst weitgehend von den Ketten. Angeblich im Namen der freien Meinungsäußerung. So kursieren seit Mitte August mit Grok generierte Schockbilder auf Musks Plattform X oder dem Berufsnetzwerk LinkedIn. Die Bilder zeigen etwa einen mit Pistolen schießenden Trump über einem koksenden George Bush, Trump neben einer schwangeren Harris oder Mickymaus, die mit einem Maschinengewehr vor toten Kindern posiert. Auch Trumps jüngste Wahlkampfbilder sollen mit Grok generiert worden sein.

Für KI-Forscher wie Etzioni ist das erst der Anfang. Angesichts der rasanten Fortschritte, die KI-Technologie zuletzt machte, werde es immer schwerer werden, zu unterscheiden, „was echt und was Fake ist“, sagt er. Den Tech-Konzernen ist die Gefahr wohl bewusst. Auch Ex-Google-Chef Eric Schmidt prophezeite, als er Ende März in der Columbia University in New York sprach, dass „das Problem“ noch schlimmer werde. „Vielleicht schon [zur Wahl] im November“, sagte Schmidt damals. „Aber ganz sicher in der nächsten Legislaturperiode.“

Catiana Krapp Düsseldorf

Ein Plan für die Zukunft der deutschen Stromversorgung treibt derzeit die Energiebranche um. Es geht um ein mehr als 100 Seiten umfassendes Papier des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWK), das Ideen präsentiert, wie auch nach einem Kohleausstieg die Versorgungssicherheit mit Strom in Deutschland gewährleistet werden soll.

Bei den Vorstandsvorsitzenden von Deutschlands größten Energiekonzernen stößt eine zentrale Idee des Papiers auf Skepsis. Sie sei zu komplex, warnen sie unisono.

Konkret geht es um einen Vorschlag des Ministeriums, der den sperrigen Namen „hybrider Kapazitätsmarkt“ trägt. RWE-Chef Markus Krebber sagt dazu, der deutsche Vorschlag höre sich „ziemlich kompliziert an“. In anderen Ländern gebe es bisher keine hybriden, sondern nur zentrale Kapazitätsmärkte.

44

Prozent

des deutschen Stroms stammen immer noch aus fossilen Brennstoffen wie Kohle und Gas.

Quelle: Statistisches Bundesamt

EnBW-Chef Georg Stamatelopoulos pflichtet ihm bei: „Die Praxis in Ländern wie Großbritannien oder Belgien zeigt, dass zentrale Kapazitätsmärkte ihr Ziel erreichen, auf effiziente Weise Versorgungssicherheit zu garantieren.“ Ein kombiniertes Modell hingegen sei komplexer und damit aufwendiger.

Und Uniper-Chef Michael Lewis sagt: „Wenn wir eine dringende und pragmatische Lösung finden müssen, rechnen wir damit, dass der Zentralmarkt besser ist.“

Was aber ist ein Kapazitätsmarkt, und warum ist es für Deutschlands

Energieversorgung so entscheidend, ob er hybrid oder zentral ist?

Das Thema ist deshalb so wichtig, weil sich die Stromversorgung in Deutschland grundlegend verändert. Immer mehr Strom stammt aus Wind- und Solarkraft. Im vergangenen Jahr erzeugten erneuerbare Energien bereits 56 Prozent des Stroms. Noch aber ist Deutschland auch auf fossile Kraftwerke angewiesen. So stammten 44 Prozent des Stroms aus konventionellen Energieträgern wie Kohle und Erdgas. Der Kohleanteil soll aber aus Klimaschutzgründen in den kommenden Jahren immer weiter sinken.

Das Problem: Es gibt nicht immer genügend Wind und Sonne. Deshalb müssen Stromkapazitäten bereitgestellt werden, die im Notfall genutzt werden können, falls der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Das können zum Beispiel Gaskraftwerke sein, aber auch Akkus, die Strom ins Netz abgeben.

Im aktuellen System würde es sich nicht lohnen, ein ganzes Gaskraftwerk „nur für den Notfall“ bereitzuhalten. Es würde zu selten Strom produzieren, um sich zu rechnen. Deshalb sollen künftig bestimmte Kraftwerksbetreiber nicht nur Geld bekommen, wenn sie tatsächlich Strom herstellen, sondern schon dafür, dass sie die bloßen Kapazitäten zur Stromproduktion bereithalten. Das nennt sich Kapazitätsmarkt.

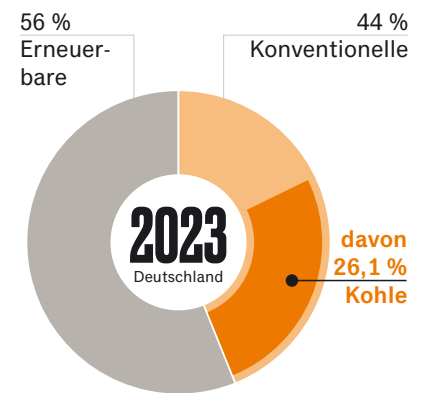
Diskussionen gibt es nun um die genaue Ausgestaltung eines solchen Kapazitätsmarkts. Die ist auch deshalb wichtig, weil sie mit darüber entscheiden dürfte, welche Art von Kapazitäten künftig stärker gefördert werden – ob also beispielsweise mehr Gaskraftwerke entstehen oder mehr Batteriespeicher.

Bei einem zentralen Kapazitätsmarkt legt eine staatlich beauftragte Stelle fest, wie viel Stromerzeugungskapazitäten das Land braucht. Die festgelegte Menge an Kapazität wird dann ausgeschrieben und Unternehmen können darauf bieten.

Dieses zentrale System ist vergleichsweise simpel, hat aber einen Haken: Es dürfte eher für den Bau neuer Gaskraftwerke sorgen als für die Nut-

Weniger fossiler Strom

Anteil im Inland produzierter und ins Netz eingespeister Strommenge



HANDELSBLATT

Quelle: Destatis

zung von Akkus. Dies würde dazu beitragen, Deutschlands Abhängigkeit von Gas zu verlängern.

So würde verhindert, dass die Nutzung von erneuerbarem Strom maximiert wird. Genau das ist aber ein klimapolitisches Ziel: Strom soll gezielt dann verbraucht werden, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht.

E-Autos statt Gaskraftwerke

Zusätzlich könnte grüner Strom in Zeiten, in denen mehr als genug davon entsteht, in Akkus gespeichert und später wieder entnommen werden. Dafür könnte man die Akkus von Elektroautos nutzen, die ohnehin einen Großteil des Tages an der heimischen Wallbox hängen. Sie würden – vereinfacht gesagt – automatisch geladen, wenn viel Solarstrom im Netz ist, und ein Stück weit entladen, wenn die Sonne untergegangen ist. So bräuhete man weniger neue Gaskraftwerke.

Um aber auch für solche Ansätze einen Anreiz zu schaffen, bräuhete es einen hybriden beziehungsweise kombinierten Kapazitätsmarkt. Hanns Koenig, Analyst bei der Energiemarktberatung Aurora Energy Research, erklärt: „Der Hauptvorteil des Kombi-Modells in den Augen des BMWK ist die bessere Integration flexibler Nachfrage, die in Zukunft allein von der Größenordnung her doppelt so viel beitragen wird wie flexible Gaskraftwerke.“

Die Idee dahinter: Stromverbraucher könnten im Rahmen dieses Modells selbst entscheiden, ob sie ihre Nachfrage in Knappheitsperioden reduzieren oder dafür Kapazitätssertifikate beschaffen. „Dies ist in zentralen Modellen nicht ohne Weiteres möglich“, sagt Koenig. Im Papier des BMWK heißt es denn auch, der zentrale Kapazitätsmarkt habe Probleme „bei der Einbindung von Lastflexibilität und Speichern“.

Ein hybrides System wäre komplexer und unerprobter als ein zentrales – wäre aber zumindest in der Theorie stärker auf eine klimafreundliche Zukunft ausgerichtet. Welches System wann genau eingeführt wird, ist noch offen. Einen Kapazitätsmarkt aber soll es – in der ein oder der anderen Form – ab 2028 in jedem Fall geben.

Stromerzeugung in Berlin-Wilmersdorf: Das ölbefeuerte Heizkraftwerk ging inzwischen vom Netz.

picture alliance [M]





Koffer „made in Germany“: Die Marke Titan wird seit der Corona-pandemie nicht mehr in Asien produziert.



PR (2)

Oliver Gruber, Jan-Oliver Nannen

„Egal was in Asien politisch passiert, wir können weiter produzieren“

Der Kofferhersteller Travelite hat die Produktion seiner Marke Titan zurück nach Deutschland geholt. Trotzdem sind sich die Geschäftsführer sicher, gegen Billigkonkurrenz bestehen zu können.

In der Pandemie hat der Kofferhersteller Travelite eine folgenschwere Entscheidung getroffen: Das Unternehmen, das der Hamburger Familie Nannen und der Passauer Familie Gruber gehört, hat die komplette Produktion seiner Premiummarke Titan zurück nach Deutschland geholt. Der Schritt war nicht ohne Risiko, werden doch alle Konkurrenzprodukte in Asien gefertigt, unter anderem weil dort die Lohnkosten deutlich niedriger sind. Jetzt zeigt sich, dass sich der Schritt trotzdem auszahlt hat.

Herr Nannen, Herr Gruber, Koffermarken gehören heute entweder zu großen Luxuskonzernen oder zu asiatischen Billiganbietern. Wie schaffen Sie es, als deutsches Familienunternehmen dazwischen nicht zerrieben zu werden?

Jan-Oliver Nannen: Entscheidend ist bei uns, dass wir sehr langfristige Beziehungen zu unseren Vertriebspartnern haben und für sie auch als Inhaberfamilie erreichbar sind. Wir nehmen jede Rückmeldung aus dem Handel sehr ernst und arbeiten ständig an Produktverbesserungen. Eine unserer Stärken sind die kurzen Entscheidungswege im Unternehmen. Wenn wir von irgendetwas überzeugt sind, schauen wir uns in die Augen und machen es. Und wenn es nicht gut war, machen wir es beim nächsten Mal besser.



Das Unternehmergespräch

Das Handelsblatt im Gespräch mit den Entscheidern in Familienunternehmen – jede Woche diskutieren wir über aktuelle Herausforderungen, Nachfolge-themen, über die Folgen der Digitalisierung sowie über Nachhaltigkeit und die Zukunftsfähigkeit von Geschäftsmodellen.

Wie wichtig ist es, dass Sie mit Ihrer Marke Travelite gegen die billige No-Name-Konkurrenz antreten können?

Oliver Gruber: Die Marke ist für uns wichtig, weil sie dem Kunden unsere Ansprüche bei Qualität und Service signalisieren soll. Die Koffer haben beispielsweise hochwertigere Rollen und Griffe und es steckt viel Arbeit im Design. Wir wollen unsere Marke noch stärker positionieren, um uns von der Billigkonkurrenz in Asien abzusetzen.

Wie stark setzen Sie denn Plattformen wie Temu und Co. unter Druck, auf denen Koffer zu Niedrigpreisen angeboten werden?

Nannen: Das Preis-Dumping auf Plattformen wie Temu und Shein wird ja bereits öffentlich hinterfragt und angeprangert. Wir würden uns wünschen, dass auch bei diesen Plattformen geltendes Recht angewendet wird und genauer hingeschaut wird, wie und unter welchen Bedingungen diese Produkte hergestellt werden. Zu aktuell bestehenden Angeboten auf diesen Plattformen, die wie unsere Produkte der Warengruppe Reisegepäck zugeordnet werden können, kann ich nur sagen: Billig gekauft ist teuer bezahlt.

Manche Händler fordern bereits, Temu in Deutschland deshalb zu verbieten. Sehen Sie das auch so?

Nannen: Wir können nur darauf hinweisen, was da falsch läuft, und uns ansonsten der Konkurrenz stellen, wir können daran nichts ändern. Ich habe durchaus Vertrauen, dass die Politik regulierend eingreift, aber die Mühlen in der EU mahlen schon langsam.

Aber die Plattformen wecken bei den Kunden die Erwartung, dass es immer noch billiger geht.

Nannen: Ja, die Kunden werden immer preissensibler. Die Preistransparenz ist durch das Internet extrem hoch, gleichzeitig kaufen die Verbraucher nicht so oft Koffer, wissen also nicht, worauf sie bei der Qualität achten müssen. Das muss man ständig erklären. Aber einer unserer Vorteile ist, dass ein Käufer den Koffer meist kurzfristig braucht. Da ist er im Fachhandel besser bedient als bei Temu, wo er im Zweifel 14 Tage auf die Lieferung wartet.

Sie wollen doch nicht sagen, dass Sie die Billigkonkurrenz nicht im Geschäft spüren?

Gruber: Natürlich spüren wir das. Aber man kann seine Marke ja nur in einem bestimmten Preissegment platzieren, mit den Billigsten können und wollen wir nicht konkurrieren, das könnte auf Dauer unsere Marke Travelite beschädigen. Aber wir denken gerade darüber nach, eine vierte, preiswertere Marke einzuführen. Aber auch die

muss eine Qualität haben, bei der wir noch in den Spiegel schauen können.

Wie wichtig ist der Onlinehandel für Ihr Unternehmen?

Gruber: Der E-Commerce ist bei uns stark gewachsen, das hat auch die Coronazeit noch mal deutlich befördert. Aber das stationäre Geschäft über die Fachhändler macht bei uns immer noch fast die Hälfte des Umsatzes aus.

Wie stark setzt Ihnen dann das Sterben der Fachhändler zu?

Gruber: Es werden weniger Händler, das ist richtig, aber die einzelnen Händler werden größer. Für uns ist immer noch wichtig, dass es in jeder Stadt einen Lederwarenhändler gibt. Es ist und bleibt ein Beratungsprodukt, das der Kunde kurzfristig kauft. Es ist eine Herausforderung für den Handel, aber wir sehen da nicht so schwarz.

Als vor gut vier Jahren die Pandemie in Deutschland ausbrach, hatten Sie wahrscheinlich einen weniger optimistischen Blick nach vorn.

Nannen: Von einem Tag auf den anderen haben wir fast keinen einzigen Koffer mehr ausgeliefert, uns ist der Umsatz auf einen Schlag um 80 Prozent eingebrochen. Wir hatten gerade alles für die Hochsaison bestellt und vieles war schon geliefert. Wir haben Lager angemietet bis hoch nach Elmshorn, um die Ware einzulagern. Das war ein finanzieller Kraftakt. Und ich muss sagen: Auch wenn wir finanziell solide aufgestellt waren, hätten wir das ohne staatliche Unterstützung nicht überlebt.

Gruber: Aber das hatte auch eine positive Seite. In der Zeit hat sich unser Führungsteam auf das Wesentliche fokussiert und sich bei allem gefragt, ob wir das so weitermachen wollen. Ein Ergebnis war die Neupositionierung der Marke Titan. Wir haben die komplette Produktion nach Deutschland geholt und können sie jetzt als „Made in Germany“ vermarkten. In einem Moment, in dem du eh schon null Umsatz machst, kannst du solche Entscheidungen leichter treffen.

Und wie bewerten Sie aus heutiger Sicht die Entscheidung?

Gruber: Die Marke Titan wird heute als höherwertig wahrgenommen. Und die Produktion in Deutschland wird jetzt noch ausgebaut: Im Januar ziehen wir in ein neues Werk im bayrischen Wald um. Dort können 150.000 bis 180.000 Koffer pro Jahr produziert werden, in der bisherigen Fabrik sind es 40.000.

Nannen: Das war auch eine strategische Entscheidung. Die Produktion in Deutschland reduziert unser Risiko in den Lieferketten. Außerdem machen wir uns unabhängiger von geopolitischen Krisen. Egal was in Asien politisch passiert, wir können weiter Koffer produzieren. Und erreichen in Deutschland eine viel höhere Qualität als dort.

Woran liegt das?

Nannen: Wir haben viel mehr Kontrolle über die Produktion, kennen die Qualität der Materialien,

die Mitarbeiter werden von uns geschult, und wir müssen uns keine Sorgen machen, dass jemand unsere Innovationen und unser Know-how kopiert.

Gruber: In Asien ist die Produktion deutlich stärker automatisiert, in Deutschland haben wir fast eine Manufaktur, mit viel Handarbeit. Das ist natürlich nur möglich, wenn du die Koffer auch zu einem gewissen Preis verkaufen kannst.

Aber das konnten Sie nicht wissen, als Sie die Produktion nach Deutschland verlegt haben.

Gruber: Wenn Sie den optimistischen Blick nach vorn nicht haben, dann bleiben Sie am besten morgens im Bett. Entweder Sie glauben an etwas, dann machen Sie es zu 100 Prozent, oder Sie lassen es. Das Potenzial dafür ist auf jeden Fall da.

Wie schlägt sich das heute schon in Ihren Zahlen nieder?

Gruber: Viele kleinere Wettbewerber sind in der Pandemie vom Markt verschwunden und wir konnten Marktanteile gewinnen. Im Ergebnis liegt der Umsatz jetzt 60 Prozent über dem Niveau von 2019. Im vergangenen Jahr haben wir einen Umsatz von knapp 80 Millionen Euro gemacht und werden ihn in diesem Jahr weiter steigern.

Welches Wachstum erwarten Sie in diesem Jahr?

Nannen: Das hängt von vielen Faktoren ab, die sich heute noch nicht einschätzen lassen. Ein wichtiger Punkt sind die Frachtkapazitäten. Wir haben jetzt 87 Container auf einen uralten Frachter gebucht, den wir früher nie in Betracht gezogen hätten, nur um Kapazitäten zu bekommen. Wir verlieren gerade sehr viel Geld, weil Koffer für unsere wichtigste Serie der Marke Travelite nicht geliefert werden konnten.

Das heißt, Sie bestellen so viel, wie Sie bekommen können?

Nannen: Wir sind da immer voll ins Risiko gegangen. Auch während Corona haben wir voll produziert und jeden bei unseren Lieferanten bestellten Koffer abgenommen. Davon hat Travelite profitiert: Als die Nachfrage wieder anzog, waren wir einer der wenigen, die lieferfähig waren. Aber es war auch eine große Herausforderung, im Hochlauf die ganze Ware zu finanzieren. Denn die Erlöse kamen ja erst zeitverzögert rein.

Wie stark sind Koffer dem Modegeschmack unterworfen? Können Sie jeden Koffer zur Not auch ein Jahr später verkaufen?

Gruber: Das würden sich manche Wettbewerber wünschen, dass der Koffer ein Fashion-Produkt ist, damit die Menschen öfter neue kaufen. Das sehen wir nicht. Der Koffer hat einen gewissen modischen Anspruch, aber eine Kollektion wechselt bei uns etwa alle vier bis fünf Jahre.

Bekommen wir bald den digital vernetzten Koffer?

Vita

Das Unternehmen Der Kofferhersteller Travelite, der den Familien Nannen und Gruber gehört, wurde 1949 in Hamburg gegründet. Anfangs verkaufte das Unternehmen handgeknüpfte Ballnetze und Einkaufsnetze, heute macht es mit Reisegepäck einen Umsatz von 80 Millionen Euro. Neben der Marke Travelite bietet das Familienunternehmen die Premiummarke Titan und die nachhaltig produzierte Marke Impact an.

Jan-Oliver Nannen Der 50-Jährige ist vor 25 Jahren ins Familienunternehmen eingestiegen, heute führt er es mit Alfred Gruber als geschäftsführender Gesellschafter. Seine Karriere startete er nach dem Studium in London als Einkaufsmanager bei Procter & Gamble. Er ist ein Enkel des Stern-Gründers Henri Nannen.

Oliver Gruber Der 27-Jährige hat an der Universität Passau BWL studiert und ist im März 2020 als Produktmarketingmanager bei Travelite eingestiegen. Der Sohn von Alfred Gruber steigt jetzt dort zum dritten Geschäftsführer auf und soll das Familienunternehmen perspektivisch allein führen.

Gruber: Nein, alle diskutierten technischen Features wie Powerbank oder Tracking des Koffers setzen sich bisher nicht durch. Das erwartet der Kunde nicht von einem Koffer und er will es auch nicht bezahlen. Und es wird keine Innovation werden, die von den Kofferherstellern kommt. Auch die Fluggesellschaften werden das nicht forcieren, sie können sich ja nicht mal auf einheitliche Größen für Bordgepäck einigen. Das Tracking der Koffer würde sich erst durchsetzen, wenn es die Behörden irgendwann fordern würden.

Immer mehr Menschen verzichten aus Klimaschutzgründen auf Fernreisen, Dienstreisen werden durch Videokonferenzen ersetzt. Da braucht doch niemand mehr Koffer.

Gruber: Ich denke nicht. Das hat sich auch während Corona gezeigt: Die Leute lassen sich ihre Reise nicht nehmen. Darauf sparen sie. Auch der Bedarf für Dienstreisen nimmt nicht wirklich ab, es ändern sich nur die Produkte. Wir verkaufen weniger klassische Business-Trolleys, dafür aber mehr kleine Koffer mit einer Vortasche für den Laptop.

Nannen: Wegen dieser Entwicklungen ist es ja auch so wichtig, unser Geschäft zu internationalisieren. Reisen ist ein Megatrend und weltweit wird sich das Reisevolumen in den nächsten 15 Jahren noch mal verdoppeln.

In welchen Märkten sehen Sie die besten Chancen in den kommenden Jahren?

Gruber: Wir investieren sehr stark in Europa mit einem eigenen Vertrieb, beispielsweise in Italien, Spanien, Frankreich, Portugal und Großbritannien. Neu setzen wir jetzt einen Fokus auf Asien, dafür haben wir extra einen Vertriebsleiter eingestellt.

Hoffen Sie darauf, dass Ihre in Deutschland produzierten Titan-Koffer in Asien besonders gut ankommen?

Gruber: Beide Marken werden in Asien angeboten. Aber wenn da insbesondere unsere Titan-Koffer gefragt sind, weil sie „Made in Germany“ sind, werden wir nicht nein sagen.

Diese neue Phase wird nun maßgeblich die vierte Familiengeneration gestalten. Wie werden Sie den Übergang auf Oliver Gruber gestalten?

Nannen: Hier wird einem nichts geschenkt, wir mussten uns auch jedes Prozent Gesellschaftertum hart erarbeiten. Und so wird es auch bei Oliver sein. In den nächsten drei bis fünf Jahren werden wir aber alles Wissen und alle Erfahrung an ihn weitergeben.

Bisher wurde das Unternehmen von zwei Geschäftsführern geführt, jeweils einer aus den beiden Eigentümerfamilien. Wird Oliver Gruber nach dem operativen Austritt von Ihnen und Alfred Gruber allein verantwortlich sein?

Nannen: Für Familienunternehmen ist die Nachfolge die größte Herausforderung, das kann mitunter tödlich enden. Mal kommt ein Nachfolger, der will, aber nicht kann, oder es kann einer, will aber nicht. Wir haben das große Glück: Wir sind zwei Familien, die seit Jahrzehnten gut zusammenarbeiten. Und es ist schön zu sehen, dass Oliver will. Aber noch viel schöner ist es zu sehen, dass er kann. Gerade in der Coronazeit haben wir gemerkt, wie er uns Impulse von außen gab, alles noch einmal neu zu sehen.

Und es ist für Sie kein Problem, wenn dann kein Vertreter Ihrer Familie mit an der Spitze steht?

Nannen: Ich habe nicht nur eine Verantwortung meinen Kindern gegenüber, sondern auch der Firma gegenüber. Und wichtig ist, dass die Nachfolge gewährleistet ist. Meine Kinder sind noch jünger. Aber auch für sie ist die Tür nicht verschlossen.

Herr Nannen, Herr Gruber, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Florian Kolf.



Die Travelite-Spitze: Oliver Gruber, Alfred Gruber und Jan-Oliver Nannen (von links): „Wir sind immer voll ins Risiko gegangen.“



Jackson Hole

Powell gibt den Märkten Rückenwind

Bei der Notenbankertagung in Jackson Hole in den USA sorgt der Fed-Chef für veränderte Koordinaten: Die Risiken verschieben sich von Rezession zu Inflation.

Stefan Reccius, Frank Wiebe Frankfurt

Die ersten Reaktionen der Märkte auf die Rede von US-Notenbankchef Jerome Powell am Freitag zeigen, wo es langgeht: Aktien, Anleihen, Gold und Bitcoin reagierten positiv, Risikoaufschläge bei Hochzinsanleihen sind gesunken, der Dollar-Kurs wurde schwächer – wobei die Veränderungen sich alle im Rahmen halten (siehe Tabelle). Powell hatte die Märkte auf eine bevorstehende Zinssenkung eingestimmt. „Es ist an der Zeit, die Geldpolitik anzupassen“, sagte Powell in seiner mit Spannung erwarteten Rede beim Notenbankertreffen in Jackson Hole.

Der Fed-Chef stellte klar, dass die Währungshüter ihren Fokus nun stärker auf den schwächelnden Arbeitsmarkt legen werden. „Eine weitere Abkühlung“ des Arbeitsmarktes werde „weder angestrebt noch begrüßt“. Auch das ist ein klarer Hinweis, dass es nach Ansicht der Notenbanker höchste Zeit für Zinssenkungen ist.

Anders als die Europäische Zentralbank und die britische Notenbank hat die Federal Reserve die Zinswende noch nicht begonnen. Analysten und Investoren rechnen fest damit, dass die Fed am 18. September nachziehen wird.

Völlig offen bleibt indes der Umfang der möglichen Zinssenkung. Powell lieferte keinen Hinweis, ob ihm eine kleine Zinssenkung um 0,25 Prozentpunkte oder gleich eine große Zinssenkung um einen halben Prozentpunkt vorschwebt. „Die Richtung ist klar“, sagte Powell, blieb ansonsten aber vage: „Der Zeitpunkt und das Tempo der Zinssenkungen werden von den eingehenden Daten, den sich entwickelnden Prognosen und dem Gleichgewicht der Risiken abhängen“. Sollte die Arbeitslosenquote auf 4,4 oder 4,5 Pro-

”

Die Richtung ist klar, Zeitpunkt und Tempo der Zinssenkungen hängen von Daten und Prognosen ab.

Jerome Powell

Chef der US-Notenbank (Fed)



zent steigen, könnten sich die Notenbanker am 18. September gleich zu einer kräftigen Zinssenkung um einen halben Prozentpunkt gezwungen sehen. Als wahrscheinlicher gilt unter Händlern aber auch nach Powells Rede ein kleiner Schritt, wie Daten der Terminbörse CME zeigen.

Powell betonte in seiner Rede Fortschritte in Sachen Inflation: „Meine Zuversicht ist gewachsen, dass die Inflation auf einem nachhaltigen Weg zurück zu zwei Prozent ist“. Vom Arbeitsmarkt gehe wahrscheinlich kaum noch Inflationsdruck aus. Die Lage dort habe sich „erheblich abgekühlt“.

Mit seinen Äußerungen hat der Fed-Chef deutlich gemacht, dass seine Priorität sich verschiebt: Während bisher die Inflationsbekämpfung im Vordergrund stand, ist es jetzt die Sorge um den Arbeitsmarkt. Diese Verschiebung spricht für weitere Zinssenkungen und lässt, sollte sich die US-Konjunktur überraschend stark verschlechtern, auch die Option eines größeren Zinsschritts um einen halben Prozentpunkt zu, während zunächst nur ein Viertelpromille erwartet wird. Für Anleger ergibt sich daraus vor allem eine geänderte Risikomischung.

Die Gefahr, dass die Fed die US-Konjunktur abwürgt, ist jetzt geringer. Das Szenario, dass die Inflation wieder aufflammt, ist dagegen etwas wahrscheinlicher. Der US-Hedgemanager Craig Shapiro warnt sogar vor einer schnellen Rückkehr des Preisdrucks. Er argumentiert auf X (ehemals Twitter), dass das Fundament des Dollars durch die Rückkehr einer weicherer Geldpolitik in Gefahr sei.

Diese krassen Töne sind die Ausnahme. Aber dass der grundsätzliche Schwenk der US-Notenbank zu mehr Aufmerksamkeit auf die Konjunktur und weniger Blick auf die Preise letztlich die Risiken verschiebt, ist kaum abzustreiten. Auch die Schwächung des Dollars ist plausibel.

Hier ein Blick auf Aussichten einzelner Marktsegmente:

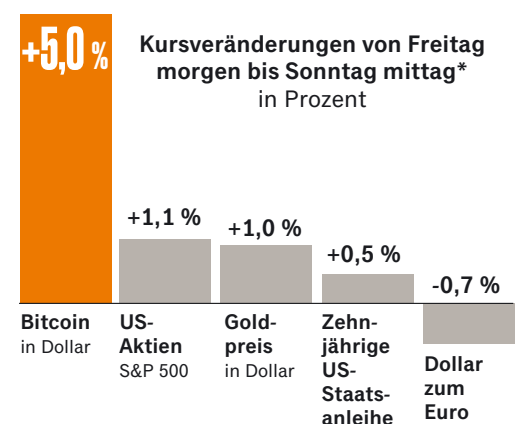
Normalisierung bei Anleihen

Anleihen reagieren quasi mechanisch auf die Ankündigung niedrigerer Zinsen, weil sich bei den Papieren Rendite und Kurs immer gegenläufig verhalten. Dabei hängen die kurzfristigen Zinsen mehr am Leitzins der Fed. Entsprechend haben sie auch stärker reagiert, weshalb sich die inverse Zinskurve, bei der kurze Laufzeiten mehr bringen als lange, abbaut. Diese verdrehte Konstellation gilt oft als Vorbote einer Rezession.

Hinzu kommt, dass Unternehmensanleihen von schwindenden Rezessionsängsten profitieren. Dies gilt für Hochzinspapiere mit schwacher Bonität noch mehr als für Bonds mit Investmentgrade (IG), also guter Bonität. Auf der anderen Seite

Mehr Optimismus

So reagieren die Märkte auf Fed-Chef Powell



*23.8. bis 25.8.2024 • Quellen: LESG Market Monitor, Coinmarketcap.com, eigene Berechnung



Börse New York:
Die Akteure
begrüßten die
Kommentare von
Jerome Powell.

gilt aber: Sollte das von Powell jetzt in den Hintergrund geschobene Inflationsrisiko plötzlich doch zurückkehren, reagieren die Anleihen sofort negativ. Möglicherweise überschätzen Investoren jetzt wieder einmal den Zinseffekt. Der frühere US-Finanzminister Larry Summers hat am Wochenende zwar bestätigt, dass Zinssenkungen kommen müssen. Aber er fügte die Warnung hinzu: „Ich wäre überrascht, wenn die Fed die Zinsen über die kommenden zwei Jahre so senken könnte, wie die Anleger erwarten.“

Zwei Faktoren treiben Aktien

Bei Aktien sind gleich zwei Faktoren wirksam: schwindende Rezessionsrisiken und die gestärkte Aussicht auf sinkende Zinsen. Dabei wirkt der Zinseffekt besonders stark bei Wachstumstiteln, deren Bewertungen vor allem auf der Hoffnung künftiger Gewinne beruhen, weil diese künftigen Gewinne bei niedrigeren Zinsen in der Gegenwart kalkulatorisch mehr wert sind. Am Aktienmarkt hat sich zuletzt vor allem in den USA eine Rotation raus aus hoch bewerteten Aktien, rein in die Breite des Markts gezeigt. Diese Entwicklung hat sich auch nach Powells Rede bestätigt, wie zum Beispiel der bekannte US-Ökonom Mohamed El-Erian anmerkt: Der US-Aktienindex S&P 500 sei jetzt nur ein Prozent vom früheren Rekordhoch entfernt, aber rechne man die sieben größten Titel heraus, hätten die 493 übrigen am Wochenende einen neuen Rekord erreicht.

Angst lässt Gold und Bitcoin steigen

Die positiven Reaktionen von Gold und Bitcoin lassen sich gleich mehrfach deuten: Eine Abnahme der Risiken hilft vor allem dem Bitcoin, ein Rückgang laufender Erträge im Anleihemarkt stützt Gold und Bitcoin, weil beide ohne laufende Erträge im Vergleich besser aussehen als zuvor. Beide profitieren auch von vagen Ängsten um den Dollar.

Bloomberg, iMAGO/Xinhua

iMAGO/greatif



Skyline Frankfurt, Bankenviertel: Das Dealgeschehen nimmt in der zweiten Jahreshälfte Experten zufolge zu.

M&A

Mehr Mega-Deals bis Jahresende

Die Bereiche Konsum und Energie boomen. Doch die Gesamtzahl an Transaktionen sinkt.

Hannah Krolle Frankfurt

Der Markt für Fusionen und Übernahmen (Mergers and Acquisitions, kurz M&A) wird wieder aktiver. Daten des Softwareanbieters Datasite zeigen eine steigende Zahl an Transaktionen, die aktuell in Vorbereitung sind. „Das deutet auf eine positive Entwicklung des Gesamtmarktes in der zweiten Jahreshälfte hin“, sagt Datasite-Chef Markus Schiller im Gespräch mit dem Handelsblatt.

Zuletzt waren aufgrund des schlechten Marktumfelds mit volatilen Börsen und hohen Zinssätzen M&A-Deals seltener geworden. Nun dürfte den Daten zufolge weltweit insbesondere die Zahl großer Deals zunehmen. Damit sind Transaktionen im Wert von fünf Milliarden Euro und mehr gemeint.

Gleichzeitig nehme die Gesamtzahl der abgeschlossenen Deals aber ab. „Fast die Hälfte aller geplanten Transaktionen findet keinen erfolgreichen Abschluss“, sagt Schiller. Hohe Energiepreise, höhere Zinsen und weniger Risikokapital ließen die Unternehmen zögerlicher vorgehen. „Die Transaktionsfreude nimmt ab, Unternehmen konzentrieren sich verstärkt auf ihr Kerngeschäft.“

Das zeige sich auch bei der Deal-Vorbereitung, der Markt wird vorsichtiger: „Die Prüfung der Unternehmensdaten wird rigorosier – Käufer schauen genauer auf die Zahlen“, sagt Schiller. Denn Kapital sei teurer geworden und das konjunkturelle Umfeld schwieriger. Stefan Jaecker, Deutschlandchef der Investmentbank DC Advisory, ergänzt: „Es ist sehr viel Geld vorhanden, doch Private-Equity-Investoren sind selektiver geworden.“ Der Fokus liege vor allem darauf, nachhaltige, krisenresistente Geschäftsmodelle zu identifizieren.

Trotz aller Zurückhaltung steige der Transformationsdruck angesichts der schlechteren Konjunkturbedingungen, sagt Schiller: „Größere Unternehmen können die aktuellen Konjunkturschwankungen und mangelnde

Erfolge oft besser abfedern. Deshalb sind sie aktuell aktiver im Markt.“

Datasite bietet als Software-as-a-service-Anbieter eine Plattform, die den Datenaustausch etwa bei M&A-Transaktionen und Börsengängen ermöglicht. Entsprechend groß ist der Datensatz des Unternehmens: Mehr als 20.000 Transaktionen wickelt der Dienstleister jährlich auf dieser Plattform ab. Vor allem die Sektoren Konsum und Energie boomen. Der Konsumentenbereich habe stark angezogen, sagt Schiller. Trotz zahlreicher Insolvenzen „besteht Raum für Konsolidierung“, sagt er. „Wir erwarten in diesem Sektor zahlreiche Deals in den nächsten sechs Monaten – gerade bei Unternehmen mit einem Wert zwischen 50 und 500 Millionen Euro.“

32

Milliarden Euro

betrug der Transaktionswert im ersten Halbjahr 2024 – das bedeutet ein Wachstum um zwölf Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Quelle: Datasite

739 Transaktionen wurden im ersten Halbjahr im EMEA-Raum (Europa, Naher Osten und Afrika) bekannt gegeben, ein leichter Rückgang um sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Der Wert der Transaktionen stieg allerdings auf fast 32 Milliarden Euro – ein Wachstum um zwölf Prozent, zeigt die Auswertung von Datasite. Bei der Anzahl der Deals liegt Großbritannien vorn, gefolgt von Frankreich, Italien, Deutschland und den Niederlanden. Auch beim Volumen steht Großbritannien an der Spitze, vor Dänemark, den USA, Frankreich und der Schweiz.

Besonderes Wachstum versprechen Transaktionen innerhalb einer Nische, beispielsweise die Übernahme der britischen Getränkefirma Britvic durch die dänische Brauerei Carlsberg für rund 4,6 Milliarden Euro. Britvic kooperiert mit dem US-Hersteller PepsiCo und vertreibt Marken wie 7Up und Lipton Ice Tea.

Auch der Bereich Energie boomt, beobachtet Schiller. Zwar ist die Zahl der Transaktionen um rund 14 Prozent auf 501 Deals im ersten Halbjahr zurückgegangen. Der Wert der Transaktionen dagegen ist um fast 78 Prozent auf 70,7 Milliarden Euro gestiegen. Damit ist dieser Sektor am stärksten gewachsen. „Die Volumina im Energiesektor sind beachtlich“, sagt Schiller. Ursache seien der Windkraftausbau, die Transformation der Branche sowie das hohe Interesse ausländischer Investoren: „Im Energiebereich werden wir demnächst einige großvolumige Deals sehen.“

Bei der Höhe des Dealvolumens führen die USA die Liste an, gefolgt von Kanada, Südafrika, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Großbritannien. Bei der Anzahl der Deals liegt Großbritannien vorn, gefolgt von Frankreich, Italien, Deutschland und Norwegen. Der größte Deal in Deutschland war die Übernahme des Hamburger Wind- und Solarparkbetreibers Encavis durch den US-Finanzinvestor KKR mit einem Volumen von rund 4,2 Milliarden Euro. Im März hatte KKR seine Pläne bekannt gegeben, Encavis zu übernehmen.

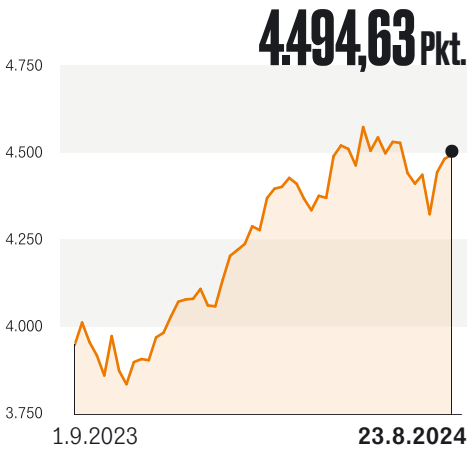
Ein wesentliches Hemmnis von Transaktionen waren in der Vergangenheit unterschiedliche Preisvorstellungen von Käufern und Verkäufern. Diese näherten sich langsam wieder an, sagt DC-Advisory-Chef Jaecker.

Hinzu kommt: „Viele Verkäufer wollen Transaktionen starten, aber sie finden keine Käufer“, sagt Schiller. „Es gibt einige Ladenhüter, beispielsweise Unternehmen, die durch die Mobilitätswende im Automobilbereich schwer verkäuflich sind, oder energieintensive Betriebe.“

Europäische Indizes

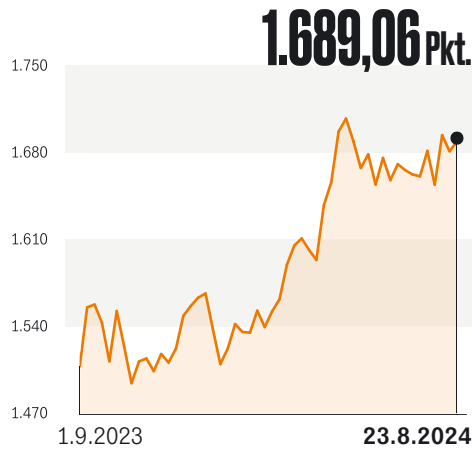
Stoxx Europe 50

Aktienindex Europa in Punkten



S&P Großbritannien

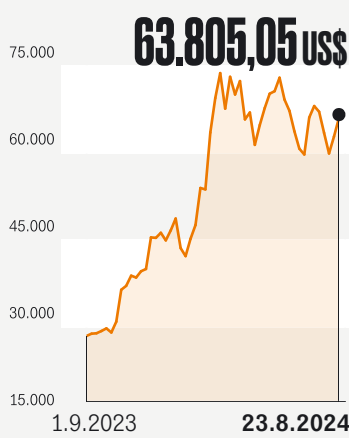
Aktienindex Großbritannien in Punkten



Währungen

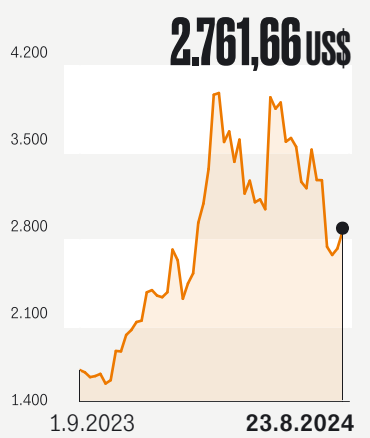
Bitcoin

Kurs in US-Dollar



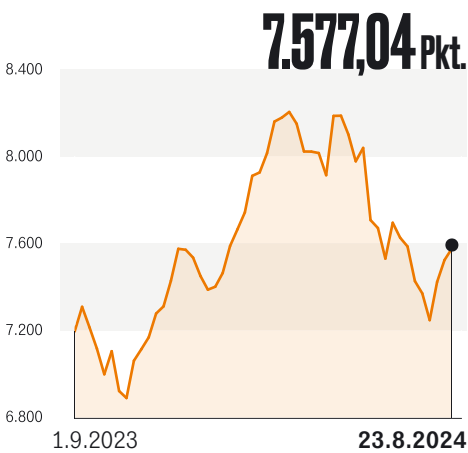
Ethereum

Kurs in US-Dollar



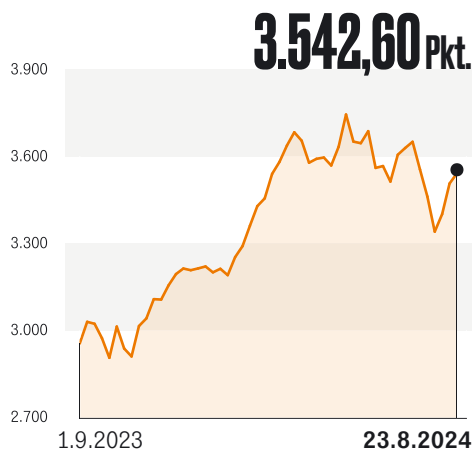
CAC 40

Aktienindex Frankreich in Punkten



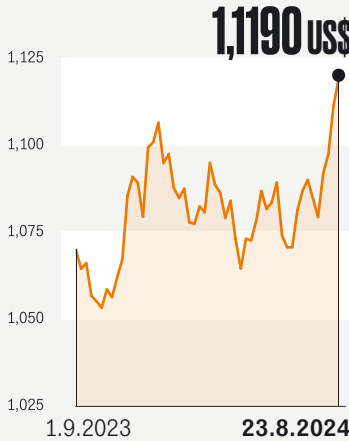
Dow Jones Italy Titans 30

Aktienindex Italien in Punkten



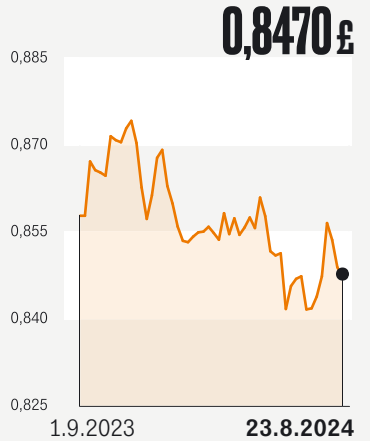
Euro/US-Dollar

Wechselkurs in US-Dollar je Euro



Euro/Britisches Pfund

Wechselkurs in brit. Pfund je Euro



Rohstoffe

Gold

Preis in US-Dollar je Feinunze



Kupfer

Preis in US-Dollar je Tonne



Staatsanleihen

Bundesanleihe

Laufzeit 10 Jahre Rendite in Prozent

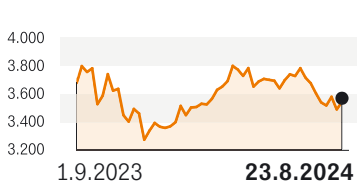


US-Staatsanleihe

Laufzeit 10 Jahre Rendite in Prozent



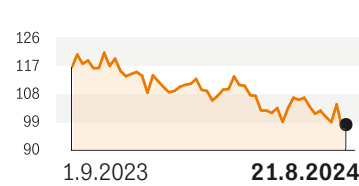
GSCI 3545,49 | +1,58%



DEUTSCHE EDELMETALLE

Table listing prices for silver, platinum, palladium, and gold in various forms.

Heizöl (Ø 15 Städte) 99,29 | -3,98%



Schalterkurse Edelmetalle

Table showing buy/sell prices and yields for various gold bars and coins.

TOP-FLOP DER ROHSTOFFTITEL

Table listing top-performing commodity titles like Palladium, Zucker, and Aluminium.

DEUTSCHE METALLPREISE

Table listing prices for aluminum, lead, copper, cobalt, nickel, zinc, and tin.

HEIZÖLPREISE

Table listing heating oil prices for various cities like Berlin, Bremen, and Hamburg.

Die Quelle der An- und Verkaufspreise (gültig für sehr gut erhaltene Stücke) ist die Degussa Goldhandel GmbH...

Ausgewählte Einzelwerte

EuroStoxx50

4909,20 | +0,50% | 52-Wochen-Hoch 5.121,71 | 52-Wochen-Tief 3.993,10

Table with columns: TOPS des Jahres, 52-Wochen-Hoch, Dividendenrendite, KGV. Lists companies like UniCredit, Adyen, Ferrari, Intesa Sanpaolo, etc.

Table with columns: Schluss, ± % Vortag, ± % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz, Letzte Div., Div. Rend., Ergebnis, KGV, MK Streu. Lists companies like AB Inbev, Adyen, Ahold Delhaize, etc.

Dow Jones

41175,08 | +1,14% | 52-Wochen-Hoch 41.376,00 | 52-Wochen-Tief 32.327,20

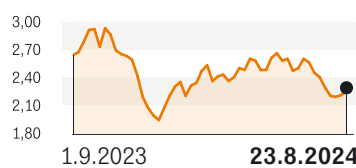
Table with columns: 23.8.2024, Schluss, ± % Vortag, ± % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz, Letzte Div., Div. Rend., Ergebnis, KGV, MK Streu. Lists companies like Amazon.com, Apple Inc., Microsoft, etc.

Aktuelle Kursinformationen finden Sie unter http://finanzen.handelsblatt.com

Zinsen

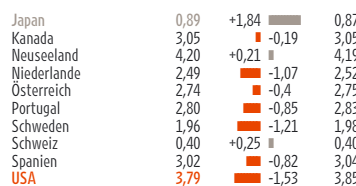
Umlaufrendite

2,26 | +0,04 | 52-Wochen-Hoch 2,95 | Tief 1,95



INTERNATIONALE RENDITEN

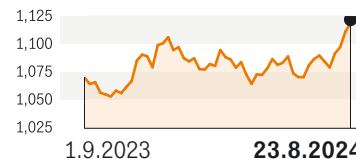
Table with columns: 10-j. Staatsanleihen, 23.8.2024, ± in %, 22.8. Lists countries like Australien, Belgien, Dänemark, etc.



Devisenmärkte

US \$ je Euro

1,1190 | +0,70% | 52-W.-Hoch 1,1201 | Tief 1,0448



Devisen- und Sortenkurse für 1 Euro

Table with columns: 23.8.2024, Devisen, Brief, 3 Monate, 6 Monate, Ref.kurse, Bankschalter. Lists currencies like Australien, Dänemark, etc.

EURO-LEITZINSEN

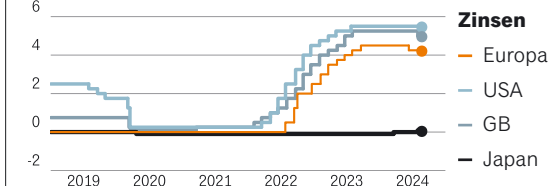
Table with columns: REFINANZIERUNG (REFI), ZINSKANAL FÜR TAGESGELD, MINDESTRESERVE, BASISZINS. Lists rates for various terms.

EURO-RENDITEN

Table with columns: 22.8.2024 Hypo. und Öffentl., 22.8.2024 Hypo. und Öffentl. Lists yields for different maturities.

AUSLÄNDISCHE LEITZINSEN

Table with columns: Dänemark, Grossbritannien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn. Lists rates for various countries.



Hinweis zum Kursteil: Telefon: 0800 0002053 oder Mail hb.aboservice@vhb.de. Aktien: Börsenplatz Dax, MDax, SDax ist Xetra; Euro Stoxx, Dow Jones und S&P500 Heimatbörsen; Kurse und Dividenden von an deutschen Börsen gehandelten Werten verstehen sich in Euro pro Stück sofern es keine anderen Angaben gibt.

Sudoku (mittel) puzzle grid.

Lösungen vom 23.08. Das Kulträtsel Sudoku auch unter: www.handelsblatt.com/sudoku So funktioniert es: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 - 9.

Sudoku (schwer) puzzle grid.

Devisen

Der starke Yen ist eine Chance für Anleger

Der Anstieg der japanischen Währung lässt die Kurse von Exportkonzernen sinken. Doch mit einer angepassten Strategie sind weiterhin Gewinne möglich.



Martin Kölling Tokio

Rasche Erholungen nach einem Aktienmarktcrash können trügerisch sein. Das fürchten internationale Anleger derzeit vor allem in Japan, ihrem bisherigen Lieblingsziel. Anfang August hatte der Leitindex Nikkei-225 in einem historischen Crash in zwei Tagen etwa 20 Prozent seines Wertes verloren. Nun hat er mehr als die Hälfte seiner Verluste wieder gut gemacht. Mit Schlusskurs vom heutigen Freitag liegt der Nikkei nur noch rund zehn Prozent unter seinem Rekord vom 10. Juli.

Doch die positive Performance könnte von kurzer Dauer sein, warnen Experten. Grund dafür ist der Anstieg der lokalen Währung Yen seit Ende Juli. Weil japanische Unternehmen einen Großteil ihrer Geschäfte im Ausland tätigen, drückt der starke Umrechnungskurs etwa zum Dollar ihre Gewinne. Diese Auswirkung ist so stark, dass sie sogar die jüngsten Börsenkorrekturen in den USA und Europa mitverursachte.

Für Investoren ist es daher von großer Bedeutung, wie es mit dem Yen weitergeht. Zudem gehört ihre bisherige Anlagestrategie auf den Prüfstand. Im Fokus sollten nicht länger die Exportkonzerne stehen, sondern Unternehmen, die von einer Yen-Stärke profitieren. Und davon gibt es einige.

Wie geht es weiter mit dem Yen?

Lange Zeit war der Yen so niedrig bewertet, dass Experten ihn schon mit Devisen von Entwicklungsländern verglichen. Davon profitierte die Japan AG, denn bei der Umrechnung aus Dollar und Euro stiegen ihre im Auslandsgeschäft erzielten Gewinne. Dies trieb auch die Aktienkurse auf Rekordstände. Dann aber änderte die Bank of Japan Ende Juli ihre Geldpolitik: Sie hob die Leitzinsen deutlich an. Der Yen-Kurs änderte plötzlich die Richtung, ließ dadurch die Gewinne der Exportkonzerne sinken und zog auch den Aktienmarkt nach unten.

Aktuell liegt der Kurs bei 145,59 Yen zum Dollar. Manche Strategen wie Naka Matsuzawa von der japanischen Investmentbank Nomura setzen trotzdem auf eine andauernde Yen-Schwäche und damit auf eine weitere Erholung des Aktienmarkts.

Adam Slater hingegen, Volkswirt des Thinktanks Oxford Economics, erwartet auch künftig einen Stand deutlich unter 140 Yen. Darauf würden die Kursdifferenzen zu den USA hindeuten. „Die Möglichkeit weiterer Yen-Gewinne ist ein deutliches Risiko“, warnt er. Die japanische Volkswirtin Sayuri Shirai sieht das ähnlich, sie war früher Mitglied im geldpolitischen Ausschuss der japanischen Notenbank. „Der Yen wird allmählich aufwerten, sobald die Fed beginnt, den Leitzins zu senken“, sagt sie.

Das Tempo der Zinssenkungen würde dabei das Ausmaß der Yen-Wende bestimmen. Mögliche Zinsanhebungen durch die Bank von Japan könnten diesen Trend noch verstärken. Mit fünf Prozentpunkten ist der Unterschied der Leitzinsen in Japan und den USA groß. Dies war eine der Ursachen für die Yen-Schwäche und könnte nun von beiden Seiten aus angegriffen werden.

Jedoch besteht die Gefahr einer Überkorrektur. Jesper Koll, Expert Director bei der japanischen Finanzgruppe Monex, hält in den kommenden sechs bis zwölf Monaten daher einen Kurs von 115 bis 120 Yen für möglich. Das wäre das Niveau vor Russlands Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022.

Was bedeutet ein stärkerer Yen für den Aktienmarkt?

Schon beim jetzigen Niveau des Yen scheinen neue Aktienrekorde außer Reichweite. Die US-Investmentbank JP Morgan Chase beispielsweise senkte ihr Kursziel für den Nikkei-225 von 42.000 auf 39.000 bis 40.000 Punkte. Steigt der Yen weiter, dürften diese Kursziele erneut sinken, da Japans Aktien historisch gesehen schon recht hoch bewertet sind.

Derzeit werden die Werte im Nikkei mit dem 15,5-fachen erwarteten Gewinn gehandelt. Das

ist günstig im Vergleich zu den USA. Aber im langjährigen Schnitt lag das sogenannte Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) in Japan nur bei 14.

Ein Anstieg der japanischen Währung um zehn Yen würde die Gewinne der börsennotierten Unternehmen im Schnitt um acht Prozent senken, rechnet Ökonom Koll vor. Die größten Verlierer dürften dann die bisherigen Gewinner sein: Unternehmen mit einem hohen Exportanteil oder einem großen Auslandsgeschäft.

Die Automobilindustrie zeigt das teilweise schon jetzt. Die Aktie des weltgrößten Autoherstellers Toyota verlor am Donnerstag gegen den Markttrend ein Prozent an Wert. Am folgenden Handelstag machte sie diese Verluste zwar teilweise wett. Mit 2682 Yen wird die Aktie dennoch etwa ein Viertel unter ihrem Juli-Hoch gehandelt.

Welche Unternehmen würden von einem starken Yen profitieren?

„Für einige Sektoren und Aktien bietet die Erholung der Aktienkurse nach wie vor Anlage-

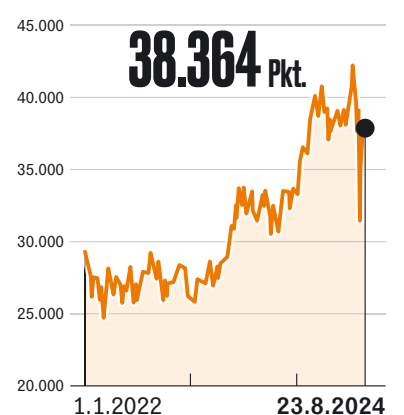
Yen-Banknote: Deutlich höhere Leitzinsen sorgten dafür, dass der Kurs der japanischen Währung anzog.

Yen und Nikkei

Wechselkurs, Yen je US-Dollar



Nikkei, Aktienindex in Punkten



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

chancen“, meint das Chief Investment Office der Großbank UBS. Unter ihren Empfehlungen sind sogar einige exportorientierte Branchen wie elektronische Bauteile und Halbleiterherstellungsanlagen.

Die japanische Investmentbank Nomura preist ein paar Unternehmen zum Kauf an, die sie für deutlich unterbewertet hält. Dazu gehört der Technikkonzern Panasonic, dessen Autoakkugeschäft wächst. Der Aktie trauen die Analysten einen Anstieg um 88 Prozent auf 2200 Yen zu.

In der Halbleiterbranche raten sie zu globalen Topkonzernen wie dem Anlagenbauer Tokyo Electron und Advantest, einem Hersteller von Messgeräten. Ihnen schreiben sie Kurspotenziale von 25 beziehungsweise zehn Prozent zu. Das könnte Anlegern etwas Puffer geben, falls der Yen wieder steigt und Druck auf die Aktienkurse ausübt.

Zudem würde das Gros der auf den Binnenmarkt fokussierten Firmen von einer Yen-Stärke profitieren. Sie haben schwere Zeiten hinter sich. Denn der schwache Yen verteuerte nicht nur die Preise für ihre Importe, allen voran Energie und Rohstoffe. Er senkte durch höhere Inflation auch die Kaufkraft der japanischen Kundschaft.

Steigt der Yen weiter, könnte der Binnenkonsum, damit das Wachstum und die Gewinne dieser Unternehmensgruppe zulegen. Die UBS-Strategen raten daher auch zu binnenmarkt-orientierten Unternehmen, besonders aus der Immobilienbranche, und zu Banken, die zudem von steigenden Zinsen in Japan profitieren könnten.



REUTERS (2)

Bonus-Faktor:

Corporate-Governance-Reformen

Die Regierung und die Tokioter Börse drängen Firmen seit Jahren dazu, mehr auf Investoren zu hören, effizienter zu wirtschaften und ihren Marktwert zu steigern. Für Kei Okamura, Portfolio-Manager des US-Fonds Neuberger Berman, zeigt dies inzwischen Wirkung: „Die Denkweise der Manager hat sich geändert“, sagt Okamura. Die Zahl der Unternehmen, die deutlich unterhalb ihres Bilanzwerts gehandelt werden, nehme ab. Die Zahl der Manager, die Investoren zuhören, nehme zu.

Ein Beispiel für das Umdenken liefert derzeit ein großes Übernahmeangebot für Japans führenden Einzelhändler Seven & I Holdings, zu der die globale Convenience-Store-Kette Seven-Eleven gehört. Der kanadische Einzelhandelsriese Alimentation Couche-Tard hat Anfang der Woche ein Angebot abgegeben – und die Japaner haben ihn nicht sofort abgeschmettert. Ein Ausschuss soll nun entscheiden.

Der Aktienkurs von Seven & I stieg seitdem um mehr als 19 Prozent. Dies dürfte auch andere börsennotierte Unternehmen dazu ermuntern, ihre Profitabilität und ihren Marktwert zu erhöhen. Gelingt ihnen das, könnte der japanische Markt selbst bei einem stärkeren Yen höhere Bewertungen rechtfertigen als bisher. Naomi Fink, Chefstrategin bei Nikko Asset Management, ist sich daher sicher: „Die strukturelle Erholung Japans sollte die Kurse weiterhin stützen.“

Steuertipp

Wie werdende Eltern Gentests von der Steuer absetzen

Eine gesunde Frau kann bei einer Krankheit ihres Partners Untersuchungskosten steuerlich geltend machen. Dies gilt auch für unverheiratete Paare.

Martina Schäfer Berlin

Kinder zu haben ist für viele Menschen das größte Glück. Dass es dem Nachwuchs gesundheitlich an nichts fehlen soll, gehört dabei selbstverständlich dazu. Doch nicht jedes Paar kann unbeschwert an die Familienplanung herangehen. Grund dafür sind mitunter erblich bedingte Vorbelastungen, die einer der beiden Partner mitbringt. Es drohen Erbkrankheiten, eine Tot- oder Fehlgeburt.

Viele Betroffene möchten ein solches Risiko so gut wie möglich ausschließen. Bei einer künstlichen Befruchtung können Mediziner im Rahmen der sogenannten Präimplantationsdiagnostik (PID) schon vorm Einsetzen der befruchteten Eizelle in den Mutterleib nach schwerwiegenden genetischen Erkrankungen suchen.

Diese Gentests sind in Deutschland innerhalb enger Grenzen erlaubt, jedoch ethisch umstritten. Vom Designer-Baby ist teilweise die Rede. Die Gegner befürchten, dass Menschen mit Behinderung stärker diskriminiert werden und sich Eltern rechtfertigen müssen, die sich bewusst für ein behindertes Kind entscheiden oder die Tests nicht in Anspruch nehmen.

Abgesehen davon sind die Verfahren teuer. Gerade weil Frauen je nach Geburtstermin im Jahr der Untersuchung meist ein geringeres Jahreseinkommen haben, würden sie die Kosten für den Gentest gern von der Steuer absetzen.

So hatte der Bundesfinanzhof vor Kurzem über einen Fall zu entscheiden, in dem eine Frau Ausgaben in Höhe von 23.000 Euro für eine PID als außergewöhnliche Belastung ansetzen wollte (Az. VI R 2/22). Für den Test hatte sie sich aufgrund einer bei ihrem Partner vorliegenden Chromosomenmutation entschieden. Diese hätte dazu führen können, dass ein auf natürlichem Weg gezeugtes gemeinsames Kind an schwersten körperlichen oder geistigen Behinderungen leiden oder bei der Geburt nicht lebensfähig sein würde. Die Wahrscheinlichkeit dafür wurde vorab als hoch eingeschätzt.

Im Rahmen einer Kinderwunschbehandlung werden die Kosten für die die PID teilweise durch die Krankenkassen übernommen. Ist eine Frau gesund, muss ein Paar die Aufwendungen jedoch in der Regel vollständig selbst tragen. Dies war auch im BFH-Verfahren der Fall. Die Frau machte die Kosten daher in ihrer Einkommensteuererklärung als außergewöhnliche Belastungen geltend. Das zuständige Finanzamt lehnte die Berücksichtigung jedoch ab. Dagegen wehrte sich

23.000

Euro
Kosten für Präimplantationsdiagnostik setzte eine Frau als außergewöhnliche Belastung in der Steuererklärung an. Der Bundesfinanzhof gab ihr recht.

Quelle: Bundesfinanzhof

die Frau vor dem Niedersächsischen Finanzgericht, wo die Richter ihre Auffassung bestätigten.

In der anschließenden Revision vor dem Bundesfinanzhof schlossen sich die Richter der Meinung der Vorinstanz an. Dabei betonten sie, dass die Kosten der Frau zwangsläufig entstanden waren, um eine durch Krankheit ihres Partners bedingte körperliche Einschränkung auszugleichen. Aufgrund der Tatsache, dass es bei der Familienplanung auf die biologische Gesundheit beider Partner ankommt, wäre allein die Behandlung des Mannes in diesem Fall nicht zielführend gewesen.

Daher unterscheidet sich dieses medizinische Gebiet wesentlich von anderen, was auch beim Ansatz von Behandlungskosten zu berücksichtigen ist. Entsprechend kommt es nicht darauf an, dass die Frau selbst gesund ist. Auch die Tatsache, dass das Paar nicht verheiratet war, spielte bei der Berücksichtigung der Kosten für die PID keine Rolle.

Praxistipp: Behandlungskosten steuerlich geltend machen

Grundsätzlich gilt, dass Steuerpflichtige sämtliche Krankheitskosten in ihrer Einkommensteuererklärung ansetzen können. Dazu zählen zum Beispiel Aufwendungen für Brillen, Zahnersatz oder auch Akupunktur. Maßnahmen im Rahmen der Gesundheitsvorsorge werden allerdings nicht berücksichtigt.

Außerdem hängt der Umfang, in dem Behandlungskosten die Steuerlast reduzieren, von der Höhe des Einkommens, dem Familienstand und der Anzahl der Kinder ab. Denn bei den außerordentlichen Belastungen ist eine individuelle Belastungsgrenze zu berücksichtigen. Erst Ausgaben oberhalb der zumutbaren Belastung wirken sich steuerlich aus. Verdienen Frauen im Jahr der Geburt weniger, weil sie unterjährig in Mutterschutz beziehungsweise Elternzeit gehen, ist dieser Eigenanteil schneller überschritten.

Krankheitskosten können allerdings nur dann anerkannt werden, wenn der Behandler eine Zulassung hat. Dies betrifft zum Beispiel Aufwendungen für Heilpraktiker, Logopäden, Psycho- oder Physiotherapeuten. Wer Ausgaben für Medikamente steuerlich geltend machen möchte, benötigt ein Rezept. Das gilt auch für nicht rezeptpflichtige Arzneimittel oder Naturheilmittel. Sind diese vom Arzt verordnet, zählen sie zu den Kosten im Rahmen der außergewöhnlichen Belastungen. Selbst alternative Behandlungsmethoden muss das Finanzamt grundsätzlich anerkennen.

Kinderwunsch:
Der Bundesfinanzhof sieht Kosten für Gentests als steuerlich absetzbar an.



Maskot/Getty Images



Handelsblatt Crime



Bloomberg/Getty Images

Wirecard: Richter glaubt Chefbuchhalter nicht

Die Sommerpause im Wirecard-Prozess ist vorbei, und der dritte Angeklagte, der frühere Wirecard-Chefbuchhalter Stephan von Erffa, ist im Strafprozess um den Milliardenbetrug gleich schwer unter Druck geraten. Der Vorsitzende Richter machte deutlich, dass er dem Manager an entscheidenden Stellen nicht glaubt. Einen Irrtum halte er für ausgeschlossen.



Was Sie hier sagen,
stimmt einfach nicht.

Markus Födisch
Vorsitzender Richter

Währenddessen wachsen auch die finanziellen Sorgen von Erffas und anderer Ex-Wirecard-Manager. 17 ehemalige Führungskräfte müssen die Kosten für Anwälte und mögliche Schadenersatzzahlungen womöglich aus eigener Tasche leisten. Der Grund? Die Managerhaftpflichtversicherungen verweigern die Zahlung. Die Anwälte von Ex-Chef Markus Braun haben deshalb schon hingeworfen. Warum der Rückzug der Versicherer für manchen Ex-Wirecard-Manager gar den finanziellen Ruin bedeuten könnte, erklären die Reporter René Bender und Volker Votsmeier in der neuen Folge von Handelsblatt Crime.

Moderiert von Solveig Gode



Handelsblatt Crime beleuchtet die spektakulärsten Kriminalfälle aus der Wirtschaft. Der Podcast erscheint alle 14 Tage sonntags.



L'Oréal, Beiersdorf, Estée Lauder

Diese Kosmetik-Aktien sind nun attraktiv

Kosmetikriesen mit Produkten für die tägliche Pflege sind für viele Anleger einen Blick wert. Eine Aktie gilt als Turnaround-Kandidat.

Dirk Wohleb Köln

Sommerzeit ist Reisezeit. Im Gepäck darf eines nicht fehlen: die Sonnencreme. Guter Sonnenschutz ist in Zeiten steigender UV-Strahlung wichtiger denn je. Das Bewusstsein der Menschen dafür nimmt zu. Der Umsatz mit Sonnencreme wird weltweit auf rund 10,7 Milliarden Euro im Jahr geschätzt. Er soll laut Prognosen bis 2028 auf 12,7 Milliarden steigen. Das entspricht einem jährlichen Wachstum von im Mittel 4,4 Prozent.

Gewinner der Entwicklung sind Kosmetikhersteller, deren Aktien mit ihrem Angebot an Produkten für die tägliche Pflege als Bausteine in vielen Depots zu finden sind. „Kosmetik- und Pflegeprodukte, die sie vertreiben, sind in der Regel krisenresistent, da sie zum täglichen Bedarf vieler Menschen gehören. Dies führt zu stabilen Umsätzen und potenziell zuverlässigen Renditen“, sagt Nedko Geshev, Analyst beim Broker Activ Trades. Hinzu kommt: In Schwellenländern wächst die Mittelschicht, wodurch zusätzliches Potenzial entsteht.

Darüber hinaus berichten Marktexperten von Trends, die für die Firmen Herausforderung und Chance zugleich sind: So nimmt die Nachfrage nach nachhaltigen und umweltfreundlichen Kosmetikprodukten zu, wie Salah Bouhmidi, leitender Märkteexperte beim Onlinebroker IG, sagt. „Verbraucher legen zunehmend Wert auf natürliche Inhaltsstoffe und umweltfreundliche Verpackungen“, betont er.

Auch der Direktvertrieb über E-Commerce-Plattformen hat einen immer größeren Anteil am Absatz der Kosmetikriesen. Unternehmen versuchten, ihre Produkte direkt an die Verbraucher zu bringen und so die Kundenbindung zu stärken, sagt Bouhmidi. So bemühen sie sich, mithilfe neuer Technologien auf den individuellen Bedarf von Kunden einzugehen. „Die Integration von Technologie, beispielsweise von Künstlicher Intelligenz für personalisierte Hautanalysen, wird immer wichtiger, um den Verbrauchern maßgeschneiderte Pflegeempfehlungen zu bieten“, erklärt der Experte.

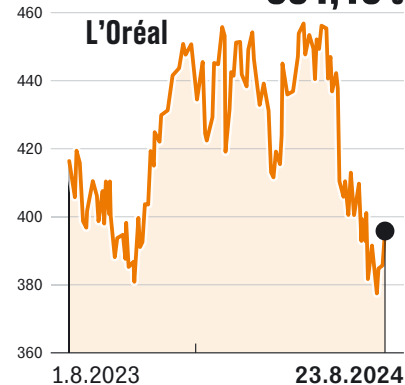
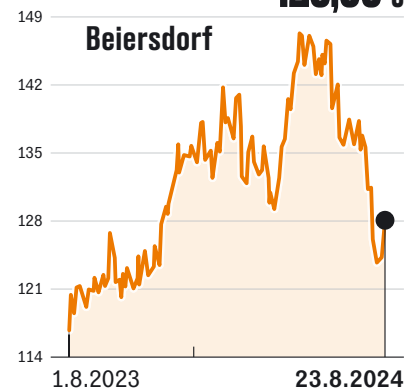
Der französische Konzern L'Oréal ist der größte Kosmetikhersteller der Welt. Auch L'Oréal ist gut im Segment der Sonnenschutzmittel vertreten. „Die hohe Markenbekanntheit und die breite Aufstellung des Produktportfolios sorgen dafür, dass sich das Unternehmen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten robust entwickelt“, sagt Analyst Geshev. Im ersten Halbjahr stieg der Umsatz von L'Oréal um zwölf Prozent auf 20,6 Milliarden Euro. Der operative Gewinn legte um fast 14 Prozent auf knapp 4,3 Milliarden Euro zu. Geht es nach den Analysten, hat die Aktie Kurspotenzial von rund 15 Prozent. Ihr durchschnittliches Kursziel liegt bei 440,23 Euro. Das Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV), bezogen auf den erwarteten Gewinn für 2024, ist



Moment/Getty Images

Sonnenschutzmittel: Beiersdorf gehört mit der Marke Nivea zu den Marktführern.

Kosmetik-Konzerne

Kurs in Euro **394,40 €**Kurs in Euro **128,00 €**Kurs in US-Dollar **93,70 us\$**

HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

mit gut 30 nicht niedrig. 14 Analysten empfehlen den Kauf der Aktie, zwölf sind neutral gestimmt, und vier raten zum Verkauf.

Wer an Sonnencreme denkt, dem fällt Nivea ein. Der Kosmetikkonzern Beiersdorf, zu dem die Marke gehört, meldete ein gutes erstes Halbjahr. Der Umsatz stieg um 7,1 Prozent auf 5,2 Milliarden Euro. Das operative Konzernergebnis gab aber von 852 Millionen Euro im Vorjahr auf 838 Millionen Euro nach. „Die Aktie hat in diesem Jahr bereits eine Achterbahnfahrt hinter sich und hat seit Jahresbeginn rund neun Prozent verloren“, sagt Marktexperte Bouhmidi. Die Analysten sind uneins über das Potenzial der Aktie, dessen KGV mit gut 28, bezogen auf die Gewinnerwartungen in diesem Jahr, etwas niedriger als das von Konkurrent L'Oréal liegt. 13 Analysten empfehlen die Aktie zum Kauf, elf raten, sie zu halten, und drei zum Verkauf. Bei einem Kursziel von 141,88 Euro bleibt ein Potenzial von rund 15 Prozent.

Im Gegensatz zu L'Oréal und Beiersdorf steckt Estée Lauder in einem anhaltenden Abwärtstrend. Das US-Unternehmen zählt zu den weltweit führenden Herstellern von hochwertigen Pflegeprodukten und hatte zuletzt mit sinkenden Umsätzen zu kämpfen. Für das vergangene Quartal meldete das Unternehmen einen Umsatz von 3,8 Milliarden US-Dollar, gegenüber 3,6 Milliarden US-Dollar ein Jahr zuvor. Der Nettoverlust stieg von 33 Millionen auf 284 Millionen US-Dollar.

Während der Corona-Krise war die Aktie stark nachgefragt, doch seit ihrem Höchststand hat sie mehr als 75 Prozent an Wert verloren. „Der Abwärtstrend ist weiterhin intakt und erreicht bereits wichtige Unterstützungsmarken aus dem Jahr 2016“, meint Bouhmidi. Das KGV, bezogen auf den Gewinn 2024, liegt mit gut 41 hoch. Geht es nach den Analysten, ist die Aktie ein Turnaround-Kandidat: Bei einem Kursziel von 133,58 Dollar liegt das Kurspotenzial für das Unternehmen bei rund 50 Prozent. 13 Analysten raten zum Kauf, 21 positionieren sich neutral. Kein Analyst rät zum Verkauf der Aktie.



Reichstagskuppel: Die Bundesregierung will die Rente an den Kapitalmärkten absichern.

Altersvorsorge

Großes Interesse an gefördertem Depot

Die Bundesregierung will eine private Vorsorge mit ETFs und Aktien fördern. Eine Mehrheit der Deutschen will dies nutzen.

Anke Rezmer Frankfurt

Viele Deutsche wollen mit ETFs und Aktien privat fürs Alter vorsorgen, selbst wenn sie bisher nicht am Aktienmarkt investiert waren. Das ergibt eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage der Marktforschungsfirma Yougov im Auftrag der Postbank unter 2248 deutschen Erwachsenen.

Anlass für die Befragung ist die von der Bundesregierung geplante Förderung einer privaten Altersvorsorge mit ETFs und Aktien. Demnach würde die Mehrheit ein solches Altersvorsorgedepot nutzen. Und fast jeder zweite Nichtanleger würde Wertpapiere kaufen. Von den Befragten, die bereits Fonds und Aktien für die Altersvorsorge nutzen, wollen 86 Prozent ihre Investitionen ausbauen. Jeder Fünfte aller Befragten gab dagegen an, keine Wertpapiere kaufen zu wollen.

Bis Ende 2024 will die Bundesregierung das Gesetz ins Parlament einbringen, heißt es im Bundesfinanzministerium (BMF). Experten erwarten einen Schub für den Kapitalmarkt, wenn die Förderung umgesetzt wird.

Für die private Vorsorge fördert der Staat etwa im Rahmen der Riester-Rente schon bestimmte Altersvorsorgeverträge wie Rentenversicherungen. Beim geplanten Altersvorsorgedepot könnten auch andere Produkte wie ETF-Sparpläne gefördert werden.

Den Vorschlag hatte eine von der Bundesregierung eingesetzte Fokusgruppe erarbeitet. Sie sollte Reformvorschläge für die private Altersvorsorge machen, um dem sinkenden gesetzlichen Rentenniveau etwas entgegenzusetzen. Vor gut einem Jahr hat die Gruppe aus Politikern, Wissenschaftlerinnen und Finanzexperten die Idee eines geförderten Depots präsentiert, über das die Deutschen ohne Kapitalgarantien zum Beispiel in Fonds für das Alter sparen können.

Zudem hat die Bundesregierung zur Stabilisierung der gesetzlichen Rente Ende Mai die Aktienrente beschlossen. Geplant ist ein kreditfinanzierter Kapitalstock von 200 Milliarden Euro. Die Erträge sollen die Beitragszahler entlasten. Denn der Beitragssatz der gesetzlichen Rente steigt durch die Alterung der Gesellschaft immer mehr an.

Im FDP-geführten BMF befindet man sich „aktuell in regierungsinternen Abstimmungen“ zum Gesetzentwurf, heißt es dort. Die Liberalen stellen sich konkret steuerfreie Sparpläne auf Wertpapiere vor, mit ETFs, Fonds, Aktien und Anleihen. Die Verträge sollen bis zu einer bestimmten Grenze aus dem Bruttoeinkommen bespart werden, auch die Kapitalerträge sollen zunächst steuerfrei bleiben. Im Rentenalter wird dann alles besteuert. Zudem ist eine Förderung für Familien und Menschen mit geringerem Einkommen geplant.

Ob das Altersvorsorgedepot breite Bevölkerungsschichten erreichen kann, hängt Experten zufolge von verschiedenen Dingen ab. Philipp Bulis, Partner der Unternehmensberatung Oliver Wyman, sagt: „Man kann am Beispiel Schwedens erkennen, dass das Altersvorsorgedepot dem Kapitalmarkt einen Schub geben würde.“

200

Milliarden Euro

will der Bund bis 2035 zur Absicherung der gesetzlichen Rente an den Finanzmärkten anlegen.

Quelle: Bundesregierung

Im Durchschnitt handelten die Schweden siebenmal so viel am Kapitalmarkt wie die Deutschen, ist seine Beobachtung. In Schweden fließen obligatorisch 2,5 Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens in eine geförderte private Vorsorge. Wenn sich die Schweden dafür keinen Fonds aussuchen, fließt das Kapital in den staatlich organisierten Fonds AP7.

Ein Altersvorsorgedepot nach dem Modell der FDP mit Steuerförderung und Zulage würde die Zahl der privaten Akteure am Kapitalmarkt auf Anhub von heute rund sieben Millionen verdoppeln, schätzt Bulis. Die Kernfrage ist für ihn aktuell, welche Kompromisse nötig werden, um das Vorhaben politisch durchzusetzen.

Chart des Tages

Zahlen schieben Workday-Aktie an

Der US-Personaldienstleister kündigt zudem Aktienrückkäufe an.

Überraschend gute Geschäftszahlen haben den Aktienkurs des US-Personalsoftwareanbieters Workday aus dem Technologieindex Nasdaq 100 beflügelt. Das Papier stieg am Freitag um bis zu 15 Prozent auf das höchste Niveau seit April.

Das Unternehmen berichtete für das zweite Quartal einen Gewinn von 1,75 US-Dollar je Aktie. Analysten hatten 1,65 Dollar erwartet. Workday weist einen Umsatz von 2,09 Milliarden Dollar aus, Analysten hatten mit 2,07 Milliarden Dollar gerechnet. Zudem kündigte Workday Aktienrückkäufe für eine Milliarde Dollar an.

Hintergrund für die positive Entwicklung ist ein Anstieg bei den Ausgaben von Unternehmen für Personal- und Gehaltsabrechnungsprodukte. Analysten gefällt zudem die Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) bei Workday. Seit Jahresbeginn liegt die Aktie noch knapp sechs Prozent im Minus. Im Mai war der Kurs nach einer Prognosesenkung eingebrochen. Ferner steht Workday vor Gericht: Es gibt eine Sammelklage, da deren KI-unterstützte Software angeblich bei der Auswahl von Bewerbern diskriminiere. HB

Workday

Aktienkurs in US-Dollar

259,95 US\$



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

Anzeige

**26/27
Nov**
IM LOFTHAUS
DÜSSELDORF

Handelsblatt
**CHANGE²⁴
CONGRESS**
ChangeGPT – KI als Veränderungstreiber

Prof. Dr. Katharina A. Zweig
Professorin Fachbereich
Informatik, Rheinland-Pfälzische
Universität Kaiserslautern-Landau

Gisbert Rühl
Entrepreneur & Investor,
Chairman Iearnd SE, ehem.
CEO, Klöckner & Co. SE

Andrea Nahles
Vorsitzende des Vorstandes,
Bundesagentur für Arbeit

Prof. Dr. Niels Van Quaquebeke
Professor of Leadership and
Organizational Behavior,
Kühne Logistics University

Jetzt informieren und anmelden:
change-congress.de

Partner

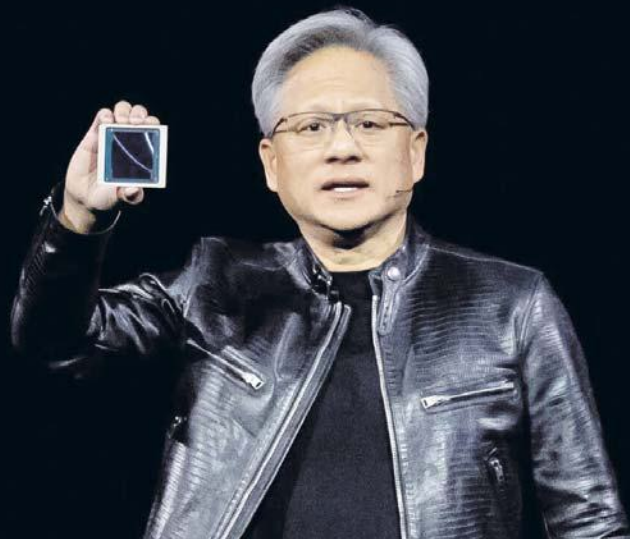
Handelsblatt
Substanz entscheidet.

MSCI World Aktien ↗ 3.649,56 Pkt. +1,16 %	MSCI Emerging Markets → 1.100,68 Pkt. -0,03 %	Yen/Euro ↗ 161,58 Yen +0,61 %	CHF/Euro ↘ 0,9490 sfr -0,21 %	10-jährige Bundesanleihe → 2,225 % Rendite -0,02 PP	10-jährige US-Staatsanleihe → 3,799 % Rendite -0,05 PP	Silber (Feinunze) ↗ 29,82 US\$ +2,86 %	Bitcoin ↘ 63.863 US\$ -0,48 %
--	--	--	--	--	---	---	--

— Märkte-Insight —

Spannung bis zum Schluss

Als Nachzügler unter den großen US-Tech-Konzernen legt Nvidia seine Zahlen vor. Das Quartalsergebnis des KI-Stars wird mit darüber entscheiden, ob die Börsenrally weitergeht.



**Nvidia-CEO
Jensen Huang:**
Der Konzern legt
in dieser Woche
Zahlen vor.

Bloomberg

Die Welt scheint nun wirklich wieder in Ordnung für Anleger: Die US-Wirtschaft dürfte um eine Rezession herumkommen, Firmen haben überwiegend positiv über das zweite Quartal berichtet. Und für September hat US-Notenbankchef Jerome Powell auf der Konferenz in Jackson Hole die Zinswende ausgerufen. Die Aktienkurse streben wieder nach oben, ausgebügelt sind die Verluste vom Monatsbeginn. Ob die gute Laune aber anhält, kann sich schon in der neuen Woche zeigen: Dann kommen wichtige Inflationzahlen, und mit Nvidia berichtet der am stärksten gefragte Tech-Riese über sein Geschäft.

Analysten halten das Aufwärtspotenzial für Aktien schon wieder für ziemlich ausgereizt. Andreas Hürkamp von der Commerzbank erwartet in den kommenden Wochen eine nervöse Börsenentwicklung mit erhöhten Kursschwankungen. Jedoch sollten sich Indizes wie der Dax nach Rückschlägen recht schnell erholen, meint er, zumindest solange die Gewinnerwartungen nahe ihrem Allzeithoch stabil bleiben.

Sören Hettler von der DZ Bank erkennt ebenfalls nur wenig nachhaltigen Rückenwind für Aktien. Der Analyst bezieht sich auf die US-Zinswende: Vier Leitzinssenkungen der Notenbank Fed seien bis Jahresende eingepreist, argumentiert er, bei lediglich drei ausstehenden Sitzungen. Auf mindestens einer der Sitzungen müsste sich die Fed folglich zu einem „großen“ Zinsschritt in Höhe von 0,5 Prozentpunkten durchringen, was er für wenig realistisch hält, denn die US-Wirtschaft

wächst weiter und der Preisdruck ist hartnäckig.

Besonders wichtig werden daher am Freitag neue Zahlen zu einem der zentralen Indikatoren für die US-Geldpolitik. Analysten erwarten, dass der sogenannte PCE etwas höhere Konsumausgaben im Juli gegenüber dem Vormonat ausweist und einen etwas niedrigeren Preisanstieg im Monats-, aber bisher nicht im Jahresvergleich.

In Europa kommen Ende der Woche Inflationzahlen für August. Eine von 2,6 auf 2,2 Prozent im Jahresvergleich gesunkene Inflationsrate in der Eurozone dürfte den Weg für eine erneute Zinssenkung der Europäischen Zentralbank (EZB) bereiten, meint Commerzbank-Ökonom Vincent Stamer. Bis zum Jahresende erwartet er aber einen erneuten Anstieg der Inflation auf 2,5 Prozent, was oberhalb der Zielmarke der EZB von zwei Prozent liegt.

Anke Rezmer ist Co-Teamleiterin
Geldanlage im Finanzressort.
Sie erreichen sie unter:
rezmer@handelsblatt.com



Michael Englert

Zum Ende der Firmenberichtssaison zum zweiten Quartal kommt noch ein Highlight: die Zahlen von Nvidia, die der Chipkonzern am Mittwoch nach Börsenschluss in den USA vorlegt. Anleger hoffen, dass erneut starke Zahlen die Aktie des Produzenten für Chips für Künstliche Intelligenz (KI) einmal mehr auf Rekordniveau hieven. Allein 2024 ist die Aktie um gut 161 Prozent geklettert. Bisher hat Nvidia die hohen Erwartungen von Investoren und Analysten stets übertroffen. Zuletzt hat der Konzern seinen Umsatz auf 26 Milliarden US-Dollar gegenüber dem Vorjahresquartal vervierfacht und den Gewinn auf knapp 15 Milliarden Dollar versiebenfacht. Nach den letzten beiden Quartalsberichten schoss die Aktie um knapp zehn und 16 Prozent in die Höhe. Zuletzt notierte sie vier Prozent unterhalb des Rekordhochs bei 135 Dollar.

Inzwischen rechnen Analysten aber mit einer Verlangsamung des enormen Wachstums: Im zweiten Quartal stieg der Umsatz ihren Schätzungen zufolge noch um 113 Prozent auf 28,7 Milliarden Dollar. Das liegt nicht nur am immer höheren Vergleichsniveau. Die Experten fragen sich, ob Nvidia die schon hohen Lieferungen von Chips weiter steigern kann. Das hängt auch von der Produktion des Konkurrenten TSMC ab, der als Nvidia-Auftragsfertiger in Fernost arbeitet. Auch der sich verschärfende Handelsstreit zwischen den USA und China beeinträchtigt Nvidia. Und nicht zuletzt arbeiten andere Chiphersteller und große Tech-Konkurrenten an eigenen Hochleistungschips für KI.

Börse am Montag

Vier Punkte, die für Anleger heute wichtig sind

1 LBBW-Zahlen

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) aus Stuttgart legt ihre Halbjahreszahlen vor. Andere Landesbanken haben ihre Zahlen bereits präsentiert. Während die BayernLB im ersten Halbjahr einen Vorsteuererfolg von 944 Millionen Euro vorlegte, fuhr die Helaba ein Vorsteuerergebnis von 413 Millionen Euro ein.

2 Geschäftsklima

Das Ifo-Institut veröffentlicht die Augustdaten zu Geschäftsklima, zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen. Die Juli-Angaben hatten eine eingetrübte Stimmung der deutschen Unternehmen angezeigt. „Die deutsche Wirtschaft steckt in der Krise fest“, hatte es vom Ifo-Institut geheißen. Die August-Daten könnten etwas besser ausfallen. Das erwarten zumindest die Experten der BayernLB.

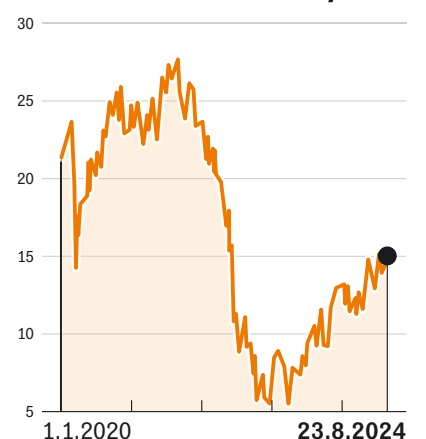
3 TAG Immobilien

Die TAG Immobilien lädt zu ihrem Aktionärstreffen. Im Zuge der Immobilienkrise hatte der Aktienkurs in der Spitze fast 80 Prozent verloren. Im Vergleich zum Tief im Frühjahr hat sich der Kurs zwar mehr als verdoppelt. Allerdings sehen auch optimistische Analysten nur noch begrenztes Potenzial. Laut dem Finanznachrichtendienst Bloomberg gibt HSBC das höchste Kursziel aus, das aber mit 16,50 Euro nicht mehr weit von der aktuellen Notierung entfernt ist.

TAG Immobilien

Aktienkurs in Euro

14,95 €



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

4 US-Daten

Nach der Rede von Jerome Powell am Wochenende in Jackson Hole stehen die nächsten US-Wirtschaftszahlen und hier die Auftragseingänge für langlebige Güter im Juli an. Sie dürften zwar noch von den Aussagen des Fed-Chefs überlagert sein. Trotzdem werden Ökonomen aus den aktuellen Daten wieder Rückschlüsse auf den Zustand der Konjunktur, die daraus folgende Geldpolitik und kommende Zinssenkungen ziehen.